

großes und wertvolles erzieherisches Moment bei den in diesem Heim bereits untergebrachten Burschen liegt auch darin, daß sie bereits bei dem Bau des neuen Traktes, in den dann später die Mädchen kommen sollen, mitarbeiten können. Arbeit ist schließlich das beste Erziehungsmittel, das wir uns nur wünschen können.

Was Frau Kollegin Lendl früher von der viel zu kleinen Anzahl an Fürsorgerinnen gesagt hat, kann ich nur wärmstens befürworten und unterstreichen. Wenn wir uns vor Augen halten, daß auf eine Fürsorgerin oft tausend Kinder, die zu befürsorgen sind, kommen, dann können wir uns ein ungefähres Bild von der Arbeit machen, die hier zu leisten ist. Wenn die Fürsorgerin ein so befürsorgtes Kind dann wenigstens zweimal im Jahr aufsucht — und das ist eine bescheidene Forderung —, dann ist das eine Leistung, die einer Betreuung von 2000 Kindern gleichkommt. Wenn sie nur bei jedem Kind eine Stunde verbringt, so bedeutet das allein schon ein Übermaß an Arbeit für die betreffende Fürsorgerin. Und eine Stunde ist das mindeste an Zeit, was man verlangen kann, es soll ja das Kind eine gewisse Fühlung mit der betreffenden Fürsorgerin bekommen und behalten, es soll Vertrauen zu ihr fassen, denn nur so ist es möglich, daß die Fürsorgerin wirklich Anliegen und Wünsche des Kindes erfahren und erfüllen kann. Das ist aber nicht möglich, wenn die Fürsorgerin durch die spärlichen Besuche dem Kinde dauernd fremd bleibt. Die Fürsorgerin hat ja nicht nur diese tausend Kinder zu betreuen. Sie ist außerdem noch tätig in der Seuchenbekämpfung, ihr obliegt die Sorge für Mutter und Kind, die Betreuung von Schwangeren, die TBC-Bekämpfung und vieles andere mehr. Diesen Übelständen kann erst abgeholfen werden, wenn wir genug Fürsorgerinnen haben. Diese Art der Betreuung kommt dem Lande auch bestimmt billiger, auch wenn eine Fürsorgerin anständig bezahlt wird, als die Betreuung solcher Kinder in geschlossenen Anstalten. Denn in einer Anstalt kommt die Pflege eines Kindes dem Land auf 450 S monatlich.

Ich möchte hier noch anführen, daß nicht nur unser Wunsch nach Errichtung des Polizeijugendheimes erfüllt wurde, sondern auch ein anderer Herzenswunsch, und das war ein Gesetz zur Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur. Zum Schlusse möchte ich noch erwähnen, daß die Schülerausspeisung durch die Unicef ab 1. April d. J. in Graz ihr Ende gefunden hat, aber in vielen Gebieten auf dem Lande, wo die Kinder einen weiten und beschwerlichen Schulweg haben, wird sie noch weiter durchgeführt, wird aber, wie mir gesagt wurde, auch dort im Laufe des Jahres 1951 aufhören. Vielleicht läßt sich mit Hilfe des Landes irgendein Ausweg finden, um diesen Kindern der Bergbauerngemeinden noch weiter in dieser Weise behilflich zu sein. (Bravorufe und Händeklatschen bei ÖVP und SPÖ.)

Abg. Pölzl: Ich kann den Herrn Abg. Stöffler nicht verstehen, wie er zu der Meinung kommen kann, daß irgend jemand, oder besser gesagt, eine ins Gewicht fallende Zahl von Leuten, die es nicht wirklich notwendig haben, Sehnsucht haben sollte nach der öffentlichen Fürsorge. Mir scheint, er weiß

nicht oder nimmt keine Notiz davon, mit welchen bescheidenen Mitteln die Öffentlichkeit die von ihr Befürsorgten, auf den einzelnen Kopf gerechnet, betreut. Die große Zahl der Fürsorgebedürftigen ist ein Charakteristikum der Gesellschaftsordnung, in der wir leben. Wenn der Herr Abg. Stöffler vom Arbeitswillen spricht, so muß man ja bedenken, daß gerade diese Menschen, die nur eine beschränkte Arbeitsfähigkeit haben, es bei der heutigen Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkte besonders schwer haben, ein Platz zu finden, wo sie arbeiten und neuen Lebensmut schöpfen können. Wenn man auf der einen Seite sagt, „wir von der ÖVP sind sehr für die Fürsorge“, sich aber dann auf der anderen Seite gar nicht um die Hintergründe dieser Dinge weiter schert, so ist das nichts anderes als Ablehnung dieses Gedankens in einer anderen Form.

Besonders bedaure ich aber, daß ein der Weltanschauung der ÖVP angehöriger, aber sonst fortschrittlicher Bauer wie der Herr Abg. Hegenbarth heute noch nicht zu der Überzeugung gekommen ist, daß die Zeiten der Prügelpädagogik vorüber sind. Wenn er draußen in Hartberg einen Mann gefunden hat, der dort erzieherische Tätigkeit leisten soll und sich Sozialist nennt, offensichtlich aber keiner ist, und der es bedauert, daß man ihm die Rute entzogen hat, mit der er seine Zöglinge züchtigen möchte, so soll gerade diese Äußerung eines solchen Auch-Pädagogen Anlaß geben, um dort in Hartberg einmal nachzuschauen, wie die Erzieher beschaffen sind, die junge Menschen, die ein oder auch mehrmals im Leben gestraucht sind, wieder zu positiven Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft erziehen sollen. Wahrscheinlich sind nämlich dort nicht die richtigen Leute am Werke. Ich staune, daß die hier vertretenen Lehrer unter den Sozialisten, die sonst immer sehr empfindlich waren, wenn von Prügelpädagogik die Rede war, nicht ein Wort dagegen fanden, als der Herr Abg. Hegenbarth davon sprach, die Prügelpädagogik in den Landesanstalten wieder einzuführen.

Landesrat Maria Matzner: Hohes Haus! Ich möchte vor allem feststellen, daß es richtig ist, daß der Finanzausschuß alle Erhöhungsanträge, die vom Referenten gestellt worden sind, zustimmend zur Kenntnis genommen hat und ich darf auch das Hohe Haus bitten, diesen Anträgen die einhellige Zustimmung nicht zu versagen. Wenn Sie den Gesamtaufwand des laufenden Budgetjahres 1951 betrachten, so möchte ich feststellen, daß der Aufwand für die Fürsorge auf der Ausgabenseite nicht einmal 9% der Ausgaben beträgt. Es ist dies vielleicht die Antwort auf die Ausführungen des Abg. Stöffler, der die Sorge verkörpert und ausgedrückt hat, was wird geschehen mit dem unerhörten Aufwand an sozialer Fürsorge in einem Zeitpunkt der Krise. Der Gesamtaufwand an Fürsorgerleistungen des Landes beträgt nicht einmal 8,9%, er ist sogar weit kleiner, weil mehr als 44% des Aufwandes an Leistungen der Gemeinden und Fürsorgeverbände und an Drittel-Verpflegskosten hereinkommt. Was das Land Steiermark tatsächlich aus eigenen Mitteln an freiwilligen und gesetzlichen Fürsorgerleistungen aufzu-

bringen hat, beträgt für 1951 18 Millionen Schilling. Das bitte zur Klarstellung!

Ich möchte aber zu den Ausführungen des Herrn Abg. Stöffler folgendes sagen. Ich will mich nicht mit dem beschäftigen, daß wir unter sozialer Fürsorge vielleicht etwas anderes verstehen als die Vertreter der ÖVP, die hier gesprochen haben. Ich kann mir nicht vorstellen, daß in einem Zeitpunkte, in dem so unsichere wirtschaftliche und politische Verhältnisse sind, es nicht Aufgabe der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit ist, dafür zu sorgen, daß der notleidende und hilfsbedürftige Mensch, gleichgültig, aus welcher Ursache er das geworden ist, nicht seine Hilfe findet. Es ist richtig, daß daraus für den Staat große Lasten erwachsen. Aber wenn wir die Kostenseite allein sehen und nicht der Ursache nachgehen, kommen wir zu einem Trugschluß, den wir in unserer Zeit nicht mehr gelten lassen dürfen. Wenn ich das anführe als Beispiel, als abschreckendes Beispiel über die Einstellung verschiedener Personen zu der Fürsorge und den Maßnahmen der Fürsorge, was Abg. Hegenbarth über die Erziehungsanstalt Hartberg gesagt hat, so sieht man dann, wie obenhin Pädagogen die Fürsorge behandeln, ohne sich damit zu beschäftigen, ob die Gesellschaft in der heutigen Form in ihrer Gesamtheit mitschuldig daran ist, daß man zu solchen Auffassungen kommt und überhaupt diese jungen Menschen in diesem Ausmaße Fürsorgemaßnahmen anheimfallen müssen. Wenn heute noch die Auffassung besteht, daß die Prügelstrafe die richtige erzieherische Maßnahme für schwer Erziehbare ist, so befinde ich mich da in absolutem Gegensatz zu allen jenen sogenannten Pädagogen oder Politikern. Im Gegenteil! Als ich einmal in einer dieser Anstalten eine Rute gefunden habe, habe ich erklärt: Wenn ich diese nicht zum letzten Male gesehen habe, sind Sie am längsten am Platze gewesen. Ich kann mir nicht vorstellen, selbst nicht bei schwer Erziehbaren, daß wir junge Menschen erziehen, indem wir sie prügeln, und zwar diejenigen, die ohnedies genug geprügelt sind durch die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Zeit. Wir sollten alles dazu tun, daß unsere grundsätzliche Auffassung zur Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme unserer Zeit sich anders vollzieht, als den Unschuldigen zu strafen. Wer kommt in die Erziehungsanstalt? Vorwiegend uneheliche Kinder und solche Kinder, wo die Familie in sozial unerhört zerrütteten Verhältnissen lebt, wo die Eltern unerhört primitiv eingestellt sind, wo die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Erziehung nicht gesichert sind, nicht einmal für die Aufziehung eines jungen Menschen und wir, die neunmalklugen Erwachsenen mit gesammelter Lebenserfahrung, wir maßen uns an, zu strafen, statt die Ursache dieses Elendes auszumerzen. Es muß etwas geschehen, mit radikalen Mitteln geschehen, damit wir die abwegig Gewordenen wieder auf den rechten Weg zurückbringen. Ich glaube, so können wir in unserer heutigen Zeit bei den unerhörten Anforderungen, die die zweite Nachkriegszeit an uns gestellt hat, die Probleme nicht lösen.

Ich habe vor der Nachmittagssitzung dieses Hohen Hauses zufällig mit der Frau Abg. Wolf gesprochen

und ihr gesagt, daß ich glaube, daß ein Großteil der Lehrer sich nicht voll und ganz bewußt ist, daß sie außer dem Unterricht auch andere Aufgaben haben, jenen jungen Menschen, die durch den Krieg, durch den Bombenkeller, durch die Nachkriegszeit auf Abwege geraten sind, deren Fortschritt in der Schule nicht so ist, wie wir wünschen, ein wenig mehr ihr Augenmerk zuzuwenden, statt in einem solch einfachen Verfahren ihr Gutachten in der Richtung abzugeben, daß diese jungen Menschen in eine Erziehungsanstalt eingewiesen werden müssen. Wir haben eine große und ernste Verantwortung und eine große und schwere Aufgabe zu erfüllen, deshalb ist es unser aller Bestreben, die von der Fürsorgearbeit tatsächlich etwas verstehen, die mit ganzem Herzen, aber auch im Verstande dabei sind, dafür zu sorgen, daß Anstalten geschaffen werden, in denen die jungen Menschen fern vom Elend in der Familie, fern von der Rohheit des Vaters oder Stiefvaters wirklich wieder zu brauchbaren Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft erzogen werden. Das erreichen wir aber nicht mit prügeln und nicht dadurch, daß wir meinen, wir können mit Strafsanktionen sie wieder zu rechten Staatsbürgern machen. Ich bin mir vollkommen bewußt, daß nicht alles, was in den Erziehungsanstalten geschieht, schon vorbildlich und richtig ist, aber auch hier sind sowie auf wirtschaftlichem und auf kulturellem Gebiet auch auf dem Gebiete der Fürsorge neue und schwere Aufgaben noch zu leisten. Ein Teil der Erzieher ist nicht in der Demokratie groß geworden, ein Teil der Erzieher hat die Deutsche Wehrmacht mitgemacht und sind oder waren der Auffassung, daß die Kinder in einer solchen Anstalt stramm zu stehen haben. Man muß es ihnen mühselig beibringen, daß es sich nicht nur um körperlich unterernährte Menschen handelt, sondern auch um seelisch schwer Erkrankte, die wieder aufgerichtet werden müssen, denen ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft klargemacht werden muß.

Unser aller Bestreben war es, vor allem auf sozialistischer Seite und vor allem meines Vorgängers, des Herrn Landesrates Oberzaucher, Einrichtungen in den Anstalten zu schaffen und Erzieher anzustellen, die wirklich geeignet sind und von denen wir glauben, daß sie in positivem Sinne zu produktiver Fürsorge beitragen. Wenn ich von einer produktiven Fürsorge spreche, so gilt das nicht nur für die Anstalterziehung der Jugendlichen, sondern ich möchte es anwenden für alle Gebiete der Fürsorge. Und wenn der Herr Abg. Stöffler sagt, daß wir als sozialistische Partei der Ansicht sind, daß wir einen Rentnerstaat schaffen wollen, so kann ich dem entgegenhalten, daß wir der Auffassung sind, daß jedem Menschen der Arbeitsplatz gegeben werden soll, den er auszufüllen imstande ist und auf dem er im Interesse der Allgemeinheit auch sein Teil beizutragen hat. Aber, meine sehr verehrten Abgeordneten, ist es in der heutigen Zeit nicht so, daß eine Großzahl von Menschen gerade infolge des Krieges nicht imstande ist jede Arbeit anzunehmen, ist es nicht so, daß z. B. in Graz allein 3000 Frauen arbeitslos sind, die gerne arbeiten möchten, aber keine Arbeit finden? Weil wir im Grazer Gebiet und in der Steiermark überhaupt

zufolge der Schwerindustrie, die wir hier ja hauptsächlich haben, weniger Frauen in die Wirtschaft eingliedern, als dies in einem anderen Bundesland, z. B. in Tirol oder Vorarlberg, der Fall sein könnte. Wir müssen uns auch vom Schlagwort abwenden und in jedem einzelnen Fall überprüfen, wo und wie wir zu helfen haben. Darf ich den Herren z. B. sagen, daß mir aus der Oststeiermark gestern ein Fall übermittelt wurde, daß ein Familienvater mit 7 Kindern eine Fürsorgeunterstützung von seiner Gemeinde im Betrage von 100 S erhält. Wenn Sie in diesem Falle zu der Auffassung kommen, daß das eine überhöhte Leistung ist, noch dazu, wenn dieser Mann nicht imstande ist, sich auf eine andere Weise zusätzlich etwas zu verdienen, dann muß ich schon sagen, daß wir bei weitem noch nicht unsere Pflicht gegenüber den Notleidenden erfüllt haben. Und der eben geschilderte Fall ist absolut kein Ausnahmefall. Ich könnte Ihnen aus den ländlichen Bezirken noch Dutzende von Fällen anführen, wo man es für selbstverständlich findet, vielleicht auch aus der finanziellen Not der Gemeinde und der Bezirksverbände heraus, mit 30 und 50 S Fürsorgeunterstützung an alte Menschen die sogenannte Lebensgrundlage zu heben. Das ist alles zu wenig. Wir wissen das. Wir wissen aber und das, glaube ich, unterscheidet meine Partei in ihrer Auffassung von der anderer Parteien, wenn wir hier Verbesserungen durchführen, daß wir da keineswegs Gefahr laufen ein Rentnerstaat zu werden, sondern, daß wir erst unsere Aufgabe in dieser Zeit zu erfüllen beginnen. Die allgemeine Not, die sicherlich unerhört groß geworden ist, konnten wir in dieser kurzen Zeit nach dem Kriege noch nicht meistern. Unser aller Bestreben soll deshalb sein, nicht zu fragen, was sein wird, wenn es noch mehr zu Unterstützende gibt, sondern jenen Weg zu suchen, der am zweckmäßigsten ist, um unsere Fürsorgeaufgaben gegenüber der Jugend, gegenüber den kranken und alten Menschen zu erfüllen.

Wenn ich weiters noch eingehen darf auf einige besondere Ausführungen, so möchte ich dem Herrn Landesrat Dr. Elsnitz sagen, daß im Voranschlage für das Jahr 1951 nicht nur 500.000 S für die Bekämpfung der verwahrlosten Jugend vorgesehen sind, sondern darüber hinaus ein Betrag von 200.000 S, der für Hauswirtschaftskurse für nicht landwirtschaftliche Mädchen gedacht ist, ebenfalls aus dem Bestreben heraus, die schulentlassenen jungen Mädchen, die keine Lehre oder Arbeitsstelle bekommen können, hauswirtschaftlich etwas vorzuschulen und ihnen damit nicht nur für den künftigen Beruf, sondern überhaupt für ihr ferneres Leben etwas mitzugeben. Ich darf auch darauf hinweisen, daß der Betrag von 500.000 S, der für Lehrstellen vorgesehen ist, ebenfalls seine Ursache darin hat, daß man daran gedacht hat, mehr Lehrlinge, als normalerweise möglich ist, dem Erwerbsleben zuzuführen. Das sind also im Landesvoranschlage für 1951 1.200.000 S.

Der Herr Abg. Hegenbarth hat auf das Problem der Flüchtlinge verwiesen und bemerkt, daß wir in Steiermark eine sehr große Zahl von Flüchtlingen haben. Ja, das ist richtig! Wir haben in Steiermark noch immer mehr als 72.000 Flüchtlinge und davon

in den Lagern mehr als 8000. Ihnen gilt unsere große Sorge. Wenn auch zum überwiegenden Teile der Bund selbst die Kosten hiefür trägt, so ist gerade bei dem Kapitel „Landeshilfsbedürftige“ die Leistung des Landes auch eine wesentliche. Ich kann hier sagen, daß ausländische oder volksdeutsche Flüchtlinge genau so behandelt werden, wie zu befürsorgende Österreicher, daß sie die gleichen Rechte in diesem Lande haben und wir uns ihnen gegenüber auch in der gleichen Weise verpflichtet fühlen.

Die Frau Abg. Wolf hat im Zusammenhange mit dem „Rosenhof“ darauf hingewiesen, daß das Fürsorgeproblem ein sehr ernstes ist. Ich habe darüber auch im Finanzausschuß gesprochen und habe die Hoffnung, daß es uns gelingen wird, in absehbarer Zeit innerhalb der Landesregierung einmal Klarheit darüber zu schaffen und durch die Heranbildung von genügend Fürsorgerinnen, aber auch durch die Schaffung von Fürsorgeausschüssen bei den Bezirksfürsorgeverbänden jenen Mitarbeiterstab zu sichern, der notwendig ist, um nicht erst dann, wenn der Jugendliche kriminell wird und nicht erst dann, wenn irgendein idiotischer Mensch, so wie es in Hafendorf der Fall gewesen ist, zufällig auftaucht, diesen Menschen helfen, sondern daß wir schon vorbeugend alles erfassen, was unsere Hilfe benötigt.

Ich möchte abschließend noch sagen, daß es mit zu den Auffassungen über Kultur und Menschheit in der heutigen Zeit gehört, mit zu den Auffassungen darüber, ob wir uns als ein Kulturvolk bezeichnen können oder nicht, ob wir imstande sind, Fürsorgeeinrichtungen zu schaffen, wie wir sie gestalten und welche Mittel wir für die Fürsorge aufwenden. Ich danke den Mitgliedern des Finanzausschusses für das Verständnis, das sie den Forderungen für mein Referat entgegengebracht haben und bitte alle Mitglieder des Hohen Hauses, wenn Sie von Fürsorge sprechen, es nicht nur schlagwortartig zu tun, sondern sich mit den Ursachen der sozialen Zusammenhänge zu beschäftigen und dann erst zu entscheiden. (Beifall und Bravorufe bei SPÖ.)

**Präsident:** Die Rednerliste ist erschöpft. Ich erteile dem Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. **Hofmann:** Nachdem sämtliche Redner des Hohen Hauses positiv zur Gruppe 4 gesprochen haben, kann ich mich kurz fassen und den Antrag stellen, das Hohe Haus möge die Gruppe 4 mit den in der Beilage 42 enthaltenen Abänderungsanträgen des Finanzausschusses zum Beschluß erheben.

**Präsident:** Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Wer diesem Antrage die Zustimmung gibt, den bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zur

#### **Gruppe 5: Gesundheitswesen und körperliche Er- tüchtigung.**

Berichterstatter ist Abg. **Taurer.** Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Taurer:** Ich habe namens des Finanzausschusses Ihnen eine Reihe von Erhöhungsanträgen zur Annahme zu empfehlen, sowohl auf der Einnahmen- wie auf der Ausgaben-

seite. Ich darf es mir jedoch ersparen, die einzelnen Posten hier anzuführen, da sie in dem Zusatzheft vorliegen. Es handelt sich im wesentlichen um Erhöhungen für Investitionen, für Wäschenachschaffungen im besonderen, für ärztliche Erfordernisse, für Beheizung und Beleuchtung und um ein Mehrerfordernis von 1 Million Schilling für den Bau des septischen Operationssaales in Fürstenfeld. Außerdem sind noch einige Beträge eingesetzt im Kapitel „Einrichtungen der körperlichen Ertüchtigung“. Der Gesamtbetrag, von dem der erste Ansatz im Finanzausschuß erhöht wurde, beträgt bei den Ausgaben 3,146.000 S. Auf Seite der Einnahmen handelt es sich um die Erhöhung der Verpflegungsgebühren, die hier eingestellt wurden und hier ist eine Gesamterhöhung von 10,123.800 S vorgesehen. Ich bitte Sie im Namen des Finanzausschusses nochmals, die zuerst im ersten Budgetentwurf eingesetzten Posten einschließlich der vom Finanzausschusse beantragten Erhöhungen anzunehmen.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. h. c. Machold:** Hohes Haus! Das Kapitel Gesundheitsverwaltung, dem in abgerundeter Weise die Landeskranken-Heil- und Pflegeanstalten und die allgemeine Gesundheitsverwaltung schlechweg unterstehen, umfaßt finanziell rund ein Viertel des gesamten Landesbudgets, ein Beweis für die Größe der in dieses Ressort fallenden Aufgaben, aber auch ein Beweis dafür, daß das Land Steiermark auf diesem sozialsten aller Gebiete ganz immense Verpflichtungen auf sich genommen hat.

Vom Jahre 1932 bis 1946 ist auf dem Gebiete der Ausgestaltung und Modernisierung unserer Kranken-Heil- und Pflegeanstalten nichts oder sehr wenig geschehen und so haben Landesregierung und Landtag vieles nachzuholen, damit wir diese wertvollen und unerläßlichen Wohlfahrtseinrichtungen wieder auf die notwendige Höhe bringen.

Der Zustand der Stagnation wurde im Vorjahre durch die gebesserte günstige finanzielle Situation des Landes überwunden.

Im Territorium des Landeskrankenhauses in Graz bemühen sich hunderte fleißiger Arbeiterhände seit Monaten um die Neuerrichtung eines neuzeitlichen und allen Anforderungen gerecht werdenden Zentralröntgen- und Radiuminstitutes. Hiefür wurden im Jahre 1950 2,170.000 S aufgewendet. Damit sind jedoch nur die Kosten abgedeckt, welche der Rohbau dieser Anstalt erfordert. In kurzem wird die Gleichfeier stattfinden. Nahezu das dreifache dieses Betrages, also über 6,000.000 S, werden für die für das nächste Jahr vorgesehene Fertigstellung und Einrichtung aufgebraucht werden müssen. Aber auch andere Veränderungen baulicher und einrichtungsmäßiger Art mußten an diesem größten Krankenhaus Österreichs auch in diesem Jahre durchgeführt werden, wie z. B. die Aufstockung auf die landschaftliche medizinische Abteilung, die Erweiterung der Ambulatorien der medizinischen Klinik sowie auch der Klinik für Frauenkrankheiten. Dazu kommen die ständig laufenden einmaligen Betriebsausgaben, die einen Betrag von 1,500.000 S erforderten. Im Jahre 1951 werden 500.000 S zum Ausbau einer neuzeitlichen Wasserbettenstation auf der dermatologischen Abteilung verwendet werden

müssen und weitere 500.000 S zum Ausbau der Zahnklinik. Dieser Ausbau ist um so notwendiger, als von der Zahnklinik der zahnärztliche Nachwuchs für das ganze Land herangebildet werden muß. In Zukunft ist durch ein jetzt schon bestehendes Gesetz der Stand der Dentisten auf den Aussterbeetat gesetzt und ist die Zahnbehandlung ausschließlich nur mehr den Ärzten vorbehalten.

Für den Ausbau der chemisch-pharmazeutischen Werke des Landes Steiermark, welche nicht nur einen Teil der Medikamentenversorgung der Landeskrankenhäuser durchzuführen haben, sondern auch an der Medikamentenversorgung der Bevölkerung des Landes ihren Anteil haben, wurden im Jahre 1950 120.000 S aufgewendet.

Eine ungemein wichtige Frage konnte leider im Jahre 1950 noch nicht gelöst werden, und zwar der notwendige Neubau einer Krankenpflegeschule.

Durch das neue Krankenpflegegesetz wurde die Krankenpflegeausbildung auf drei Jahre verlängert und die Befugnis zur Ausübung des Krankenpflegeberufes ausschließlich diplomiertem Krankenpflegepersonal vorbehalten. Durch diese Neuregelung kann mit den zur Verfügung stehenden 20 Internatsplätzen an der Krankenpflegeschule in Graz nicht mehr das Auslangen gefunden werden und ist zur Heranbildung des Krankenpflegerinnennachwuchses für die Steiermark für mindestens 120 Schülerinnen (40 pro Jahrgang) ein Internat zwingend notwendig. Da im Landeskrankenhause Graz keine Räume für ein solches Internat zur Verfügung stehen, ist die Errichtung eines Neubaus unerläßlich. Der einstöckige Neubau ist im Anschluß an das bereits erbaute Wohnhaus auf einer Wiesenfläche unterhalb des Rekonvaleszentenheimes geplant und soll 116 Schwestern Unterkunft bieten. Durch einen allfälligen späteren Ausbau des Dachgeschosses könnten noch weitere 30 Schwestern untergebracht werden.

Vor zwei Tagen hat das Bundesland Kärnten sein neues Schwesternheim eröffnet in der Erkenntnis, daß die Unterbringung von Krankenschwestern und die Heranbildung neuer Krankenschwestern zu den unbedingten Forderungen der Krankenpflege gehört. Dieser Mangelberuf stellt eine schwere Sorge der Sanitätsverwaltung dar. Die Ausbildung der diplomierten Krankenschwestern, deren Wirken für das Wohl der Patienten unzweifelhaft von größter Bedeutung ist, kann nicht verzögert werden. Wenn es auch verständlich ist, daß sich diesem Berufe nur wirklich Berufene zuwenden, so muß doch getrachtet werden, den Nachwuchs für diesen Stand zu verbreitern und eine geeignete Unterkunftsmöglichkeit zu bieten, damit wir nicht in absehbarer Zeit vor der Tatsache stehen, die Pflege unserer Kranken gesetzwidrig und unfachgemäß weitgehend dem undiplomierten Wartepersonal anvertrauen zu müssen. Ich muß daher heute die Hoffnung aussprechen, daß der im außerordentlichen aber unbedeckten Voranschlag vorgesehene Betrag von 3,000.000 S für den Bau eines Schwesternheimes im Laufe des Jahres 1951 doch wird aufgebracht werden können, da die Verantwortung für die weitere Entwicklung ohne entsprechende Vorsorge

für diesen Stand sonst kaum jemand übernehmen können dürfte.

Die im Landeskrankenhaus Bruck a. d. Mur bedingten unleidlichen Personalunterbringungsverhältnisse — es mußten dort weltliches und geistliches Schwesternpersonal in den Kellerräumen untergebracht werden — zwangen uns zu einem Neubau eines Personalhauses. Dadurch konnte gleichzeitig Raum für die Errichtung einer Frauenabteilung als Vergrößerung des bestehenden Entbindungsheimes geschaffen werden, so daß der Neubau des Personalhauses in Bruck sich im doppelten Sinne segensreich auswirken wird. Auch hier ist der Rohbau bereits fertig und wurden 1,800.000 S bisher dafür aufgewendet. Im kommenden Finanzjahre werden zur weiteren Ausgestaltung rund 2,500.000 S notwendig sein. An sonstigen einmaligen Instandsetzungen, wie z. B. Fertigstellung der Heizung für das Isolierhaus, sind mehr als 70.000 S ausgegeben worden.

Das Landeskrankenhaus Feldbach konnte heuer das Grazer provisorische Krankenhaus Graben aufnehmen. Dieses ehemalige Kriegslazarett wurde von seinen Eigentümern, dem fürstbischöflichen Knabenseminar, mit Recht zurückgefordert. Die Landesregierung war bestrebt, diese notwendige Umstellung und Umsiedlung so vorzunehmen, daß den Kriegsbeschädigten daraus keinerlei Schaden entstand. Diese sind jetzt in Feldbach in zufriedenstellender Weise untergebracht und bestens versorgt. Allein an Adaptierungskosten hiefür mußten 160.000 S aufgewendet werden. Für sonstige Herstellungen, wie z. B. Fertigstellung eines modernen Operationssaales, für die Schaffung von Personalunterkünften, Schaffung neuer Krankenzimmer und ähnlichem mußten an einmaligen Ausgaben für dieses Krankenhaus 130.000 S verausgabt werden.

In Fürstenfeld war es leider im abgelaufenen Berichtsjahre nicht möglich, den schon geplanten Neubau des Operationssaales vorzunehmen. Er wird jedoch in diesem Jahre mit einem Kostenaufwand von 1 Million Schilling in Angriff genommen werden können. Die Summe der kleineren einmaligen Anschaffungen des Krankenhauses Fürstenfeld erreicht auch im abgelaufenen Jahr 80.000 S.

In Hartberg wurde ein neuer Operationssaal geschaffen und hiefür eine Viertelmillion Schilling verausgabt. Die übrigen Neuanschaffungen erreichten den Betrag von mehr als 110.000 S. Im kommenden Jahre werden zur Ausgestaltung des Krankenhauses Hartberg weitere 230.000 S notwendig sein.

Im Krankenhause Judenburg waren auch im abgelaufenen Finanzjahre 90.000 S an einmaligen Ausgaben aufzuwenden. Eine Modernisierung dieses Krankenhauses durch einen Zubau wird für die nächsten Jahre notwendig werden.

Für die Ausgestaltung des Krankenhauses Knittelfeld wurden im vergangenen Jahre 120.000 S in Anspruch genommen. Das Zukunftsprogramm für das Krankenhaus Knittelfeld sieht einen notwendigen Bettenaufzug vor.

Seit Jahren erfordert das Krankenhaus Leoben umfassende Veränderungen und Neugestaltungen. Allein die Schaffung von neuen Behandlungs- und Patientenräumen sowie die Ausgestaltung der

chirurgischen Abteilung erforderte pro 1950 einen Betrag von rund 200.000 S, während der Abschluß und die Vollendungsarbeiten der in den vergangenen Jahren errichteten Neubauten rund 700.000 S beanspruchten. Die noch ausständige Zentralheizung für das Krankenhaus Leoben wird im nächsten Jahr einen Betrag von rund 900.000 S erfordern.

Das Krankenhaus Mariazell benötigte hauptsächlich wegen der Herrichtung der Kanalisation rund 100.000 S. Es wird ebensoviel im kommenden Jahre bedürfen. Alle maßgebenden Faktoren von Mariazell und alle Parteien verlangen nachdrücklich eine Modernisierung und Ausgestaltung dieses völlig veralteten Krankenhauses. Bis jetzt mußten vorrangige Aufgaben diesen Wünschen vorangestellt werden.

Einen gleich hohen Betrag verausgabte das Krankenhaus Mürzzuschlag, einen Betrag, der sich im nächsten Jahr auf mehr als eine Viertelmillion Schilling erhöhen wird.

Das Krankenhaus Radkersburg, das erst nach dem Zusammenbruche des Krieges wieder seinem Zwecke zugeführt worden ist, hat unter der Leitung des neuen Primarius einen wesentlichen Aufschwung genommen. Es erforderte für Neuanschaffungen 180.000 S. Im kommenden Jahre werden hiefür mehr als eine Viertelmillion Schilling gebraucht werden.

Im Krankenhause Rottenmann mußte dem dringenden Bedarf der Unterbringung des im Spital notwendigen Personals endlich Rechnung getragen werden. Es wurde die vorgesehene Aufstockung durchgeführt, wofür ein Betrag von 600.000 S aufgewendet wurde. Der Rohbau ist fertig. Im nächsten Jahre werden zur Vollendung und Ausgestaltung etwas mehr als 1 Million Schilling erforderlich sein. Darüber hinaus bedarf auch dieses Krankenhaus noch nahezu 300.000 S für Sonderaufwendungen.

Ähnlich lagen die Verhältnisse im Krankenhause Voitsberg. Genau so wie in Bruck war hier das geistliche Schwesternpersonal notdürftig in Räumen untergebracht, die den Patienten vorbehalten sein sollen. Es war daher auch dort notwendig, Personalunterkünfte zu schaffen, um so auch die Belagsmöglichkeit in diesem Krankenhause für Patienten entsprechend zu erhöhen. Der für die Erbauung des Personalhauses aufgewendete Betrag beträgt im heurigen Jahre 1,500.000 S. Das Gebäude ist im Rohbau fertig und wird im nächsten Jahre für Einrichtung und Vollendung die Summe von rund 3,000.000 S erfordern.

Um den Betrieb in dem Krankenhause Wagna überhaupt weiterführen zu können, waren hier eine Reihe von Adaptierungen notwendig. Sie haben im abgelaufenen Jahre ein Ausmaß von 70.000 S erreicht. Es ist auf die Dauer nicht möglich, dieses Krankenhaus, welches aus einem Barackenspital des ersten Weltkrieges hervorgegangen ist und dem nur eine begrenzte Lebensdauer, die längst überschritten ist, zugebilligt wurde, weiterzuführen. Gesehen vom Standpunkte der Bevölkerung besteht aber ein Bedarf für dieses Krankenhaus. Im kommenden Jahre wird es sich als notwendig erweisen, dieser Frage ein wichtiges Augenmerk zuzuwenden. Ein Betrag von 2,000.000 S, der in das außerordentliche Budget eingestellt erscheint, wird kaum ausreichen, um

diesem Krankenhaus die erforderliche Stabilität zu verleihen.

Für die Sonnenheilstätte Stolzalpe mußte die endlich fällige Wasserversorgung gesichert werden. Seit mehr als 20 Jahren steht diese Anstalt, ohne in der für eine Sanitätsanstalt so wichtigen Frage der einwandfreien Versorgung mit Trinkwasser völlig gesichert zu sein, weil eine Anzahl guter Quellen im Laufe der Zeit versiegt ist. Die einwandfreie Versorgung mit Trinkwasser ist nun endlich geschehen und die Trinkwasserversorgung der Sonnenheilstätten Stolzalpe erscheint nun für alle Zeiten geregelt, wodurch auch die Basis für die Erweiterung dieser Heilstätten erst möglich wurde. Vor wenigen Tagen konnte die Wasserleitung dem Betriebe gebrauchsfähig übergeben werden. 1,400.000 Schilling mußten im abgelaufenen Jahre für diesen Zweck verausgabt werden. Darüber hinaus hat das Land Steiermark die Mittel zur Verfügung gestellt, um den so notwendigen Wiederaufbau des im Jahre 1943 abgebrannten Kinderheimes durchzuführen. Der Rohbau steht fertig da und reiht sich würdig an die internationalen Ruf besitzende Hauptanstalt an. 2,600.000 S wurden heuer dazu verwendet. Im nächsten Jahre wird die Fertigstellung weitere 7,200.000 S beanspruchen. Daneben waren noch 200.000 S für andere einmalige Anschaffungen in der Sonnenheilstätte der Stolzalpe erforderlich und wurden verausgabt.

In den Lungenheilstätten Hörgas-Enzenbach wurde je eine zahnärztliche Station für die Behandlung der Patienten neu eingerichtet mit einem Kostenaufwande von rund 50.000 S. Andere einmalige Anschaffungen für Desinfektionsanlagen, Neuanschaffung von Maschinen für Wirtschaftsbetriebe u. dgl. erforderten 270.000 S. Auch hier werden im neuen Jahre wieder Beträge erforderlich sein, die in die Hunderttausende von Schillingen gehen.

Die Entwicklung der Behandlung der spezifischen Lungenkrankheiten hat uns gezwungen, auch hier dieser neuen Anschaffung Rechnung zu tragen. Während vor nicht allzu langer Zeit alle diese Erkrankungen im wesentlichen durch Bettruhe, frische Luft und gute Verpflegung eine Besserung ihres Zustandes erreichen sollten, ist es nach den gegenwärtigen Auffassungen der medizinischen Wissenschaft notwendig, diesen Heilungsprozeß zu beschleunigen und zu sichern. Dies geschieht nunmehr in vielen Fällen durch operative Maßnahmen. Daher müssen auch durch bauliche Umänderungen in der Lungenheilstätte Hörgas-Enzenbach die Grundlagen für die Vornahme dieser Behandlungsmethoden geschaffen und hiefür nun der Betrag von 500.000 S aufgenommen werden.

In der Landes-Heil- und Pflegeanstalt „Am Feldhof“ konnte heuer das wiederaufgebaute Frauenpensionat fertiggestellt werden. Weit mehr als 100 Patienten werden dadurch untergebracht werden können. Die im abgelaufenen Jahre dafür verausgabten Geldmittel betragen mehr als 1,800.000 S. Auch andere Bombenschäden mußten in dieser Anstalt noch behoben werden. Die Erweiterung und der Ausbau der Anstalt bedingen auch eine Erweiterung der technisch-wirtschaftlichen Einrichtungen. Hiezu wurde ein Betrag von 900.000 S auf-

gewendet. Für ebensolche Zwecke ist im nächsten Jahre noch ein Betrag von 1,700.000 S aufzuwenden.

Eine Frage von besonderer Wichtigkeit, aber auch von besonderer Schwierigkeit, die für sämtliche Landes-Kranken- und Pflegeanstalten ihre größte Bedeutung hat, wird in Bälde einer Lösung zugeführt werden müssen, nämlich die Frage einer Verkürzung der Arbeitszeit für das Warte- und Pflegepersonal. Diese Beschäftigten müssen heute noch 60 Stunden pro Woche und noch länger arbeiten.

Bei Behandlung dieser Frage muß hervorgehoben werden, daß die Landesregierung für diese Beschäftigten-Kategorie eine Reihe wesentlicher Begünstigungen gegenüber der Arbeiterschaft in Industrie und Gewerbe geschaffen hat. In materieller Beziehung ist die Angleichung an die Bezüge der öffentlichen Angestellten durchgeführt, die definitive unkündbare Anstellung ist vorgesehen, also die Sicherheit der Existenz gewährleistet.

Besondere Schwierigkeiten ergeben sich deshalb, weil die Art der Beschäftigung es mit sich bringt, daß sie in den Anstalten wohnen und essen müssen. Heute schon wird dadurch viel Bettenraum dem ursprünglichsten Zwecke der Anstalten entzogen.

Trotz alledem müssen und werden alle Schwierigkeiten, die einer Verkürzung der Arbeitszeit für das Pflege- und Wartepersonal entgegenstehen, überwunden werden, weil der gegenwärtige Zustand im Interesse der Gesundheit, der Arbeitsfreude und Arbeitsfähigkeit nicht aufrecht erhalten werden kann.

Meine Damen und Herren! Ich habe mich bei diesem kurzen Bericht nur auf das Größte und auf abgerundete Zahlen beschränkt und trotzdem können Sie sehen, daß sehr große Beträge für Zwecke der Gesundheitsverwaltung aufgewendet werden müssen. Die Summe der von mir genannten Beträge ergibt für das abgelaufene Jahr mehr als 17,000.000 S und für das kommende Jahr nahezu 31,000.000 S.

Neben diesen rein kurativen Aufgaben der allgemeinen Gesundheitsverwaltung müssen aber, an Bedeutung immer mehr zunehmend, die vorbeugenden Maßnahmen zur Erhaltung der Gesundheit erwähnt werden. So z. B. wurde zur Vorbeugung der Tuberkulose im abgelaufenen Jahre der ansehnliche Betrag von 140.000 S ausgegeben. Rund 110.000 vorbeugende Impfungen gegen Tuberkulose wurden in Steiermark im abgelaufenen Jahre vorgenommen. 150.000 Untersuchungen waren hiefür notwendig. Da die Bevölkerungszahl in Steiermark innerhalb der Impfalersjahrgänge über 300.000 beträgt, so ist also die Hälfte dieser Jahrgänge untersucht worden. Die Tuberkuloseschutzimpfung muß aber, um wirksam zu sein, eine dauernde, jährlich immer wieder durchzuführende Aktion bleiben. Auch für das Jahr 1951 ist die Fortsetzung der BCG-Impfung in Aussicht genommen. Hiebei werden die besonders tuberkulosegefährdeten Jahrgänge, das sind die Kleinkinder und die zur Schulentlassung kommenden Jugendlichen vordringlich erfaßt werden. Während im Jahre 1950 die Aktion durch die UNICEF und das Schwedische Rote Kreuz weitgehend unterstützt wurde, sind für 1951 solche Hilfen leider nicht zu

erwarten. Vom Schwedischen Roten Kreuz wurden der Sanitätsverwaltung drei große Kraftwagen zur Erleichterung der Durchführung der Impfung auf dem Lande gespendet. Sie werden im Jahre 1951 zum Einsatze kommen. Die Gesamtaufwendungen des Landes in diesem Jahre für diesen Zweck werden ungefähr die gleichen sein wie im Vorjahre.

In den letzten Jahren ist bedauerlicherweise ein Anwachsen der Rachitis zu verzeichnen. Zur Bekämpfung derselben wurde im laufenden Winter mit einer allgemeinen Prophylaxe durch Verabreichung von Vitamin D-2-Präparaten begonnen. Dies geschieht in den rund 200 Mütterberatungsstellen, die den Sanitätsreferat der Bezirkshauptmannschaften unterstehen. Hiefür war ein Betrag von 30.000 S erforderlich. Es ist unbedingt notwendig, diese wichtige Aktion auch im folgenden Jahre fortzusetzen.

Große Aufgaben stehen auf dem Gebiete der vorbeugenden Gesundheitsfürsorge noch bevor. Ich verweise insbesondere auf die Einrichtung des einheitlichen schulärztlichen Dienstes. Diesbezüglich wurden die notwendigen Vorarbeiten bereits aufgenommen.

Nicht verabsäumen möchte ich, Ihnen von der Tätigkeit auf dem Gebiete der Säuglingssterblichkeitsbekämpfung einige Daten zur Kenntnis zu bringen. Während in den Jahren 1945 die Säuglingssterblichkeit noch 15,2% für das ganze Land Steiermark betragen hat, betrug sie im Jahre 1949 nur mehr 8,8%. Im abgelaufenen Jahre dürfte ungefähr diese gleiche Höhe festzuhalten sein. Wir hoffen jedoch, daß durch die getroffenen Maßnahmen auf diesem Gebiete diese Ziffer noch eine wesentliche Senkung erfahren wird, vorausgesetzt, daß es möglich wird, die erforderlichen Geldmittel beizustellen.

Daß es auch gelungen ist, die Seuchenlage des Landes wieder zu normalisieren, möchte ich nur am Rande erwähnen. Die hiefür aufgewendeten Geldmittel stammen zum größten Teil aus Bundesmitteln.

Wollen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, aus meinen Darlegungen entnehmen, daß sich das Sanitätsreferat ehrlich bemüht hat, die ihm obliegenden Aufgaben zu bewältigen. Ich bin mir dabei voll bewußt, daß dies nicht auf allen Gebieten und nicht auf einmal geschehen konnte und geschehen kann. Ich bin mir auch bewußt, daß bei einer so großen Aufgabe und einem so vielfältigen Programm leicht dort oder da eine kritische Beurteilung einzusetzen vermag. Ich glaube aber nicht, daß die zur Verfügung gestellten Mittel im großen und ganzen hätten besser, zweckmäßiger und rationeller ausgenützt werden können, als sie ausgenützt worden sind. Bei allen diesen schwierigen Aufgaben handelt es sich vornehmlich darum, Versäumtes aus der Vergangenheit nachzuholen. Mag es auch dem einen oder anderen unverständlich erscheinen, warum gerade sein Wunsch, so berechtigt er auch sein mag, nicht erfüllt werden konnte, so steht dem gegenüber doch die Tatsache, daß das Land Steiermark auf diesem Gebiete das Äußerste geleistet hat. In den Dezennien meiner Verantwortlichkeit als Landessanitätsreferent ist mir keine Zeitperiode bekannt, in der mehr als im abgelaufenen Jahr auf dem Gebiete des Gesundheitswesens geleistet wurde

und es ist durch den Voranschlag vorgesorgt, daß diese fruchtbringende Tätigkeit im Jahre 1951 fortgesetzt wird. (Lebhafter Beifall und Bravorufe.)

**Abg. Stöffler:** Hohes Haus! Ich möchte mich vor allem mit den Krankenhäusern des Landes befassen. Nicht in allen Ländern sind die Krankenanstalten Eigentum des Landes oder vom Lande geführt. Wir in Steiermark haben diese Aufgabe nun einmal seinerzeit übernommen und wir müssen uns eben damit abfinden, das heißt aber nicht, daß das Land genug Geld hat, um jedes Defizit aus der Führung der Krankenanstalten zu decken. Wenn man sich mit der Führung unserer Krankenanstalten näher vertraut macht, kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß die Koordinierung der verschiedenen Erfordernisse und Wünsche fehlt und daß vielfach einerseits am falschen Fleck gespart wird, auf der anderen Seite aber die geldausgebende Hand vielleicht etwas zu eifrig ist und schließlich — und das trifft vor allem das Allgemeine Krankenhaus in Graz in mancher Hinsicht — geradezu saloppe Zustände herrschen. Ich habe verschiedene Mängel im Finanzausschuß aufgezeigt, die Erwiderung darauf war aber nicht befriedigend, so daß ich es für notwendig erachte, einiges davon dem Hohen Hause vorzutragen, damit die Gewähr geboten wird, daß diese Mißstände beseitigt und daß sie nicht mehr als wenig tragisch bezeichnet werden.

Zum Personalstand ist vor allem zu sagen, daß einem Stande von etwa 300 Ärzten eine Zahl von 280 Bediensteten allein im sogenannten technischen Betriebe gegenübersteht. In einem solch großen Betrieb, wie ihn das Landeskrankenhaus darstellt, ist sicherlich solches technisches Personal notwendig, der Betrieb muß aber anders geführt werden. Die einzelnen Glieder dieses technischen Betriebes fuhrwerken ziemlich selbständig und es hat sich auch die Zahl dieser Bediensteten seit 1938 wesentlich vermehrt, aber andererseits haben auch die Privatarbeiten, die dort verrichtet werden, wesentlich zugenommen. In der Generaldebatte im Finanzausschuß haben wir von Herrn Präsidenten Stockbauer gehört, daß er die Sparsamkeit überall dort unterschreibe, wo die Geldausgabe nicht notwendig ist. Wir haben nun hier reichlich Möglichkeit, diese Sparsamkeit zu verwirklichen, denn hier läßt sich eine Steigerung sehr mäßiger Leistungen erzielen und verschiedene der bestehenden Übelstände, die uns heute Geld kosten, lassen sich beseitigen.

Ein Zweites: Die Bäume im Landeskrankenhaus wurden heuer gestutzt und obwohl sich die betriebs-eigenen Gärtner darum bemüht haben — es gibt eine erkleckliche Anzahl von Gärtnern im Landeskrankenhaus — wurde viel Geld dafür ausgegeben, indem man nämlich diese Arbeiten einer Firma übertrug. Dasselbe gilt für die Umgestaltung der Parkanlagen. Man hat rund 20.000 S auf diese Weise ausgegeben, obwohl diese Arbeiten mit dem ohnehin vorhandenen Personal hätten getätigt werden können.

Ein Drittes: Man hat im Krankenhaus tausende Schillinge für den Ausbau von Dachterrassen ausgegeben, die fast niemand benützen kann, weil es im Sommer dort viel zu heiß ist und im Winter

Schnee darauf liegt. Außerdem ist es nur wenigen Patienten möglich, überhaupt auf das Dach zu gelangen.

Ein Viertes: Es fehlt an Liegewagen für den Transport von Kranken. Man bestellte also solche in Wien und um es recht gut zu machen, entsandte man einen Einkäufer nach Wien, der kaufte aber statt der Liegewagen 60 Sitzwagen und diese stehen jetzt im Magazin. Außerdem sind diese Sitzwagen so filigran gebaut, daß ihre Verwendung selbst als solche in Frage gestellt ist. Das sind wieder ein paar tausend Schilling, die hätten erspart werden können.

Dazwischen wieder ein Wort des Herrn Präsidenten Stockbauer aus seinen Ausführungen im Finanzausschuß, er sagte: „Wir können auf den notwendigen Ausbau und die Anschaffung medizinischer Einrichtungen nicht verzichten“, wobei ich diese Worte unterstreiche und besonders das Wort „notwendig“ hervorhebe. Notwendig erscheint mir, daß in einem Spital genügend Injektionsspritzen vorhanden sind, jede Injektionsspritze muß zwar vom obersten Chef der gesamten Krankenhausverwaltung angewiesen werden, weil man ja doch sparen muß, trotzdem besteht ein furchtbarer Mangel an solchen Injektionsspritzen. Um für den Ankauf von chirurgischen Nähadeln die Genehmigung zu erhalten, erfordert es den persönlichen Einsatz des Vorstandes der chirurgischen Klinik. „Uns als Laien ist es erschwert, über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit medizinischer Einrichtungen zu urteilen“ — wieder ein Wort des Herrn Präsidenten Stockbauer. Aber so viel Hausverstand dürfte doch wohl angewendet werden, um zu beurteilen, daß zuerst Injektionsspritzen und chirurgische Nähadeln angeschafft werden müssen und dann erst sollen die weniger wichtigen Wünsche, das sind der Dachterrassenbau und die Parkanlageumgestaltung, zur Erfüllung kommen. Einstweilen wird man sich eben mit den vorhanden gewesenen Fliederbüschen begnügen müssen.

Wenn man aber hört, daß nicht genügend Geld vorhanden gewesen sei, um Flaschen für die Blutbank anzuschaffen, dann stellt dies wohl den Gipfel von Sinnlosigkeit dar. Ich habe mich nochmals eingehend darüber erkundigt und stelle hier fest, daß von 300 angeforderten Flaschen, deren Bezug keine ernstlichen Schwierigkeiten bereitet, nur 60 mit der Begründung bewilligt wurden, daß damit das Auslangen gefunden werden müsse, denn es sei kein Geld für eine größere Anzahl vorhanden. Diese Sache ist nicht in Ordnung. Von den Auswirkungen dieses Flaschenmangels will ich lediglich aufzeigen, daß man Blutspender abweisen mußte. Mehr darüber zu sagen, verbietet mir die Überlegung, daß das Ansehen des Landeskrankenhauses allein schon durch den Mangel an Flaschen genügend geschädigt ist.

Ich will mich vorderhand mit den aufgezeigten Übelständen begnügen, weil sie schon zur Genüge zeigen, daß die Verwaltung der Anstalt eine nicht so steife und unverständige sein darf und daß das zuständige Referat dafür sorgen muß, daß eine lebendigere, den sich ergebenden Bedarfsänderungen angepaßte Verwaltung Platz greifen muß.

Die Gesamtdotierungen für die Krankenanstalten sind durchaus nicht kleinlich bemessen, so wurde z. B. für Neubauten und Erweiterungen, Instandsetzungen und größere Inventarnachschaffungen für das Jahr 1951 allein im ordentlichen Haushalt ein Betrag von 6,208.200 S eingestellt. Für Gebäudeinstandhaltung und Inventar finden wir 3,623.600 S, also insgesamt 9,831.800 S, hierbei ist der Ausbau in Fürstenfeld nicht miteingeschlossen. Wenn vernünftig gewirtschaftet wird, kann man mit solchen Beträgen doch auf einige Jahre hinaus den einschlägigen Bedarf weitgehend decken. Es ergeben sich aber auch weitgehende Ausgleichsmöglichkeiten, um ähnliches zu vermeiden, wie ich es aufgezeigt habe.

Es wird aber auch sonst notwendig sein, daß sich irgend jemand etwas mehr um die Zustände vor allem im Landeskrankenhaus in Graz kümmert. Es dürfte doch nicht vorkommen, daß Fahrräder und Motorräder im Gelände des Spitals herumflitzen können, wie auf einer Rennbahn. Dies zeigt, daß die Klagen der Patienten entweder noch nicht dorthin gelangt sind, wo sie hingehören oder daß sie noch kein Gehör gefunden haben. Ich bin der Meinung, daß der Abteilung 12 der Steiermärkischen Landesregierung im Rahmen der Koordinierung der Wünsche und Erfordernisse auf dem Gebiete des Gesundheitswesens sicherlich ein fruchtbareres Betätigungsfeld eröffnet wird, als dies die Zuteilung von Seife, Bodenpaste und Glühlampen darstellt. Die Lösung der noch offenen Fragen hinsichtlich der Gestaltung des Gesundheitswesens dürfte dem Lande wahrscheinlich mehr Geld ersparen, als alle Glühlampen wert sind, die in den nächsten zehn Jahren verbraucht werden. Wenn das Land schon so tief in die Tasche greift, in der sich das Geld des Volkes befindet, dann müssen wir erwarten, daß alle Anstrengungen gemacht werden, um mit den bereitgestellten Mitteln wirklich das Beste für die Bevölkerung zu erzielen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit aber noch etwas streifen, was im Finanzausschuße zur Debatte stand, und zwar ist das die Frage der Vergütungen, die das Land den Krankenkassen gewährt, also die Frage der Nachlässe von 10% usw. Es ist richtig, daß sich die Krankenkassen fast durchwegs in einer äußerst schwierigen finanziellen Lage befinden, obwohl ihnen an sich riesige Geldbeträge zufließen. Die Tatsache ist darin begründet, daß die Kassen von den Versicherten selbst förmlich ausgelaugt werden. Das Jahr 1949, für welches schon genaue Statistiken vorliegen, beweist dies deutlich. So ergaben sich im Jahre 1949 bei einem durchschnittlichen Stand von 177.800 versicherungspflichtig Beschäftigten 44.116 Krankenhausfälle bzw. 965.275 Krankenhaustage, für deren Kosten die Krankenkasse aufzukommen hatte. Wenn man annimmt, daß im Durchschnitt ein Versicherter nur einmal im Jahre so weit arbeitsunfähig erkrankt, daß er das Spital aufsuchen muß, so ergibt sich, daß 24,9% der Versicherten im Jahre 1949 in ein Krankenhaus eingeliefert wurden. Die Statistik sagt weiter, daß der durchschnittliche Aufenthalt jedes einzelnen rund 23 Tage betragen hat. Die Krankenstandstage sind ein weiterer Beweis. Im

Jahre 1949 wurden in Steiermark 3,084.604 Krankenstandstage gezählt, das heißt, daß sich jeder Versicherte durchschnittlich 17·4 Tage im Jahr im Krankenstand befand. Mit diesen Ziffern erscheint auch die Behauptung des Herrn Präsidenten Stockbauer bewiesen, die er im Finanzausschusse gemacht hat, indem er sagte, daß an der Krankheit der Krankenkassen vor allem der Rückgang der allgemeinen Moral schuld sei. Die Auswirkungen davon sind, daß der brave und fleißige Arbeiter, wenn er wirklich einmal krank ist und die Hilfe der Krankenkasse in Anspruch nimmt, sie nicht in jenem Ausmaß erhält, als die von ihm und seinem Arbeitgeber geleisteten Zahlungen dies erwarten ließen, weil eben die Mittel zum größten Teile von solchen verbraucht wurden, die in Verkennung der Aufgabe der Sozialversicherung sich einen zweiten Urlaub oder eine bezahlte Arbeitspause verschafft haben.

Der Versuch der Krankenkassen, diesen Bestrebungen durch die Einrichtung von Ambulatorien zu begegnen, ist ein Versuch mit untauglichen Mitteln. Die Ambulatorien aber sind für die Landeskrankenanstalten eine beachtliche Konkurrenz. Wie man aus der Statistik der Gebietskrankenkasse für 1949 entnehmen kann, wurden in den steirischen Ambulatorien im Jahre 1949 54.000 Personen behandelt und an ihnen 292.493 Behandlungen durchgeführt. Diese Ziffern zeigen deutlich, wie weit diese Ambulatorien bereits in das ursprüngliche Aufgabengebiet unserer Landeskrankenanstalten eingegriffen haben. Wie lange wir uns vom Lande aus noch leisten können, diese untauglichen Versuche gegen die Auslaugung der Krankenkassen dadurch zu unterstützen, daß wir diesen Instituten Nachlässe gewähren, mit denen wir nur den Ausbau der Ambulatorien fördern — im Jahre 1949 haben die Krankenkassen rund 1 Million Schilling für diese Ambulatorien ausgegeben — das ist fraglich. Wir werden eines Tages ja doch dazu kommen müssen, einen klaren Trennungsstrich zu ziehen und den Sozialversicherungsträgern die Bezahlung der Heilbehandlung zuzuweisen, während das Land seine Mittel dazu verwenden wird müssen, seine Krankenhäuser auszugestalten, um den wirklich Kranken auch wirklich helfen zu können. Es ist unbedingt notwendig, daß wir unsere Einrichtungen in den Krankenanstalten den neuen medizinischen Errungenschaften weitgehend anpassen und dadurch in verstärktem Ausmaße wirklich mithelfen können, die Gesundheit der Menschen zu verteidigen. (Beifall und Bravorufe bei ÖVP und VdU.)

Landesrat **Horvatek**: Hohes Haus! Der Herr Abg. Stöffler hat das, was wir von ihm schon ausführlich im Budegetausschuß gehört haben und worauf ihm sehr klar erwidert wurde, neuerlich hier vorgebracht. Ich möchte dazu folgendes sagen: Seine Kritik ist kleinlich, trifft vielfach überhaupt nicht zu und beruht auf Informationen, die er nicht überprüfen konnte, die aber auch nicht stimmen. Ich will nur zwei Dinge, die ich selber weiß, hier anführen: Es war eine Klage von der Anstaltsleitung eingegangen darüber, daß die Gartenanlagen im Landeskrankenhaus Graz-Ost einfach nicht mehr zu reichend sind. Die Gebüsche waren sämtlich ver-

altet und konnten nicht mehr verjüngt werden. Man hat daher einen Gartenarchitekten gebeten, sich die Dinge anzuschauen und uns dann zu sagen, wie das am besten geändert werden könnte. Nach dem Urteile dieses berufenen Sachverständigen hat man dann die erforderlichen Gartenarbeiten durchgeführt, und zwar nur unter Heranziehung von zwei Leuten des Gartenarchitekten, alles übrige wurde mit eigenen Kräften gemacht. Zu sagen, daß diese Anlagen nicht zweckmäßig seien und den Unwillen weiter Kreise hervorgerufen hätten, ist also absolut falsch. Jede solche neue Gartenanlage schaut zu erst nichts gleich, sie muß ja erst anwachsen. Wir müssen also geduldig das Anwachsen der Pflanzungen abwarten, dann werden wir sehen, daß diese Arbeiten gut und notwendig waren und eine für die Zwecke dieser Anstalt durchaus geeignete Anlage geschaffen wurde. Geld wurde dafür nicht unnötig verbraucht und was verbraucht wurde, hat die Landesregierung in einem Beschluß festgelegt. Es haben die Regierungsglieder Ihrer Fraktion dabei mitgestimmt. Wenn Sie also nun diesen Vorwurf erheben, dann erheben Sie ihn gleichzeitig gegenüber Ihren Kollegen, die damals nicht aufmerksam genug waren, um diese „Verschleuderung“ von Steuergeldern mit ihren Stimmen hintanzuhalten.

Und nun zur Blutbank. Ich hätte erwartet, daß Sie nach den Aufklärungen im Finanzausschusse hier nur gesagt hätten, es ist eine erfreuliche Errungenschaft, daß wir auch in Graz eine Blutbank geschaffen haben und daß es Sie freut, zu hören, daß im Jahre 1951 alles getan werden wird, um sie so auszugestalten, daß sie allen Anforderungen entspricht. Tatsächlich ist es so: Um eine Blutbank zu unterhalten, braucht man nicht nur die entsprechenden Flaschen, sondern auch die übrigen notwendigen Einrichtungen. Wir mußten z. B. zur Desinfektion dieser Flaschen einen Sterilisationsapparat in den chemisch-pharmazeutischen Werken heranziehen, der nicht mehr faßt, als an solchen Flaschen augenblicklich überhaupt vorhanden ist. Um also mehr Flaschen anzuschaffen, ist die Voraussetzung, daß zuerst eine entsprechende neue Sterilisationsanlage geschaffen wird. Das ist im Voranschlage vorgesehen. Erst dann kann die Blutbank ausgeweitet werden. Es ist auch unrichtig, daß das Land nicht bereit gewesen wäre, mehr Geld auszugeben, um solche Flaschen anzuschaffen. Tatsache ist, daß die Flaschen, die wir von einer Fabrik in Steiermark bekommen haben, für diese Zwecke nicht geeignet waren und erst Umschau gehalten werden mußte, wo solche Flaschen zu bekommen seien. Und das ist nicht so leicht. Man bekommt diese 300 Stück auch nicht auf einmal, sondern nur in Raten. Es ist daher unrichtig, daß in der Richtung nicht alles Notwendige vorgekehrt oder unternommen wurde. Es ist höchst bequem, Kritik zu üben an einem Werk, das begonnen wurde und das eine Ausbauezeit braucht. Tatsache ist, daß dem Wunsche, der von den Primärärzten seit Jahren geäußert wurde, eine Blutbank einzurichten, nunmehr Rechnung zu tragen begonnen wurde und daß die Vollendung ein bis zwei Jahre dauern wird, bis sie allen Wünschen und Erfordernissen entspricht. Ich stelle fest, daß eine Reihe anderer Krankenhäuser, die eine solche

Blutbank noch nicht haben, wie das Elisabethenspital, das Barmherzigenhospital, täglich im Radio aufrufen, es mögen sich Blutspender der Blutgruppe soundso mit negativer Wassermannreaktion melden, weil eine Blutspende dringend benötigt wird. Dieses Hilfsmittel steht augenblicklich auch dem Krankenhaus Graz-Ost zur Verfügung, bis die Blutbank jenen vollendeten Charakter haben wird, den wir alle wünschen und wofür die notwendigen Mittel im heurigen Voranschlage vorgesehen sind.

Ich muß sagen, daß die indirekte Behauptung, daß im allgemeinen in den Krankenanstalten nicht vernünftig gewirtschaftet wird und wenn man die Zustände, die jetzt bestehen, abschaffen würde, Millionen ersparen könnte, eine anonyme Verdächtigung darstellt, eine Verdächtigung nicht nur des politischen Referenten, sondern eine Verdächtigung, die sich erstreckt sowohl auf die Krankenhausverwaltung, wie auch auf die leitenden Ärzte. Ich darf feststellen, daß heute der Großteil dieser leitenden Ärzte parteipolitisch bei Ihnen steht und es ist Geschmackssache, ob man die leitenden Ärzte, die gute Fachleute sind, anonym beschuldigt. In großen Betrieben wird es immer Schwierigkeiten geben, es ist möglich, daß sich der eine oder andere Mißstand einschleicht, das gebe ich zu, aber mir ist kein Mißstand bekannt, der so groß wäre, daß man hier im offenen Haus eine Beschuldigung aussprechen muß, deren Beweis man schuldig geblieben ist.

Ich möchte noch auf ein Kapitel hinweisen, das eingangs von Ihnen besprochen und mit Zahlen unterlegt wurde, die ich nicht überprüfen kann, deren Glaubwürdigkeit ich aber nicht bezweifle. Das ist die Frage der Nachlässe, die den Sozialversicherungsinstituten gewährt werden. Im Finanzausschusse habe ich schon darauf hingewiesen, daß diese Übung keine steirische sondern eine österreichische Übung ist und in jedem Bundesland, in dem es öffentliche Krankenhäuser gibt, gepflogen wird. Ich habe dabei noch darauf hingewiesen, daß die Steiermark das Bundesland ist, das die geringsten Nachlässe gewährt. Wir haben geringere Nachlässe gewährt wie Oberösterreich, Salzburg und Wien. Uns jetzt Vorwürfe zu machen — in dem Falle ist der Finanzreferent immer Mitberater, wenn mit den Sozialversicherungsinstituten verhandelt wird —, daß es uns gelungen ist, die weitgehenden Wünsche der Sozialversicherungsinstitute soweit als möglich zurückzudrängen, so daß wir nur einen 10%igen Nachlaß gewähren, obwohl die Sozialversicherungsinstitute unsere Hauptkundschaften sind, ist unbegreiflich. Ich habe Ihnen erzählt, meine Herren Abgeordneten, daß über meine Anregung eine Konferenz stattgefunden hat, in welcher wir versucht haben, die Ländervertreter vorläufig auf den Einheitssatz von 10% zu einigen mit der weiteren Absicht, diesen Prozentsatz noch herabzusetzen. Nach längerer Debatte hat dieses Bestreben eine einstimmige Zusage gefunden. Die Herren sind nach Hause gefahren, es ist aber dann bei den anderen Bundesländern, die einen 15- bis 20%igen Rabatt gegeben hatten, bei diesem 15- bis 20%igen Rabatt geblieben, wir aber halten bei 10%. Wenn Sie diese Tatsachen im Finanzausschuß erfahren haben, so können Sie nicht im Hause Dinge wiederholen, die

schon klar widerlegt worden sind. Ich habe Sie für erster gehalten und ich habe nicht erwartet, daß Sie das Hohe Haus mit Dingen behelligen, die bereits zur Genüge aufgeklärt wurden. Wenn Sie aber in diesem Zusammenhange Sätze zitieren bezüglich der Moral der Versicherten, werden Sie doch nicht behaupten können, daß es Aufgabe der Krankenhäuser ist, als Moralinstitute gegenüber den Kranken zu wirken. Es ist Aufgabe der einweisenden Ärzte, festzustellen, ob der Betreffende krank ist. Es werden nur jene Kranken aufgenommen, die anstaltsbedürftig sind, das spricht der zuständige Arzt aus, der sie in die Krankenhäuser einweist und es ist Aufgabe des Krankenhausarztes festzustellen, ob der Kranke geheilt ist und entlassen werden kann. Es hat sich da im Laufe der Zeit eine weitgehende Wandlung vollzogen. Man weiß heute, daß die häusliche Pflege vielfach nicht mehr zureichend ist. Immer wieder erzählen mir Leute, die geglaubt haben, es wäre viel gescheiter, wenn sie zu Hause blieben, daß sie daraufgekommen sind, daß sie zu Hause das nicht haben, was die Anstalt gewähren kann, es dauert z. B. bei den Injektionen viel länger, bis ein Arzt kommt und es haben mir auch krankenhausscheue Menschen versichert, daß bei einer ernstlichen Krankheit die sicherste Pflege nur in einer Krankenanstalt möglich ist. Es muß zugegeben werden, daß die Krankenanstalten für das Land Steiermark einen bedeutenden Aufwand bewirken. Aber ich habe es bereits im Finanzausschusse gesagt, daß der Zuschußbedarf in den oberösterreichischen Krankenhäusern weit größer ist, in Wien größer ist und auf den Kopf gerechnet größer auch in Salzburg und Kärnten, so daß man nicht davon reden kann, daß wir unvorsichtig gebaren oder Steuergelder zu sehr in Anspruch nehmend wirtschaften, wenn auch viele einmalige Ausgaben in der ordentlichen Gebarung enthalten sind. Es wird übersehen, daß alle Ausgaben, die nicht normale und laufende Ausgaben sind, nur durch Beschlüsse der Landesregierung möglich sind, diese Dinge alle in der Landesregierungssitzung vortragen werden und die Möglichkeit bestünde, Einsprüche zu erheben. Es sind auch wiederholt schon vereinbarungsgemäß Anträge zurückgestellt worden. Jedem Regierungsmitgliede steht es frei, die Dinge zu überprüfen. Man soll nicht einem Referate, das wirklich unter der Schwierigkeit leidet, daß seit 1934 nichts Wesentliches in den Anstalten geleistet werden konnte, ja ich greife noch weiter zurück, daß seit Eintritt der Krise 1927/28 nichts Wesentliches geleistet werden konnte, Vorwürfe machen, wenn jetzt höhere Beträge aufgewendet werden müssen. Es wird mir als Finanzreferenten immer wieder der versteckte Vorwurf gemacht, der nicht ganz ernstgemeinte Vorwurf gemacht, daß ich zu pessimistisch budgetiere und sich hinterher herausstellt, daß noch Überschüsse da sind. Vom Standpunkte dessen, was wir 1950 geleistet haben und für 1951 noch leisten können, erweist sich, daß diese meine vorsichtige Finanzpolitik richtig war. Wir wären nie zu diesen bedeutsamen Leistungen nicht nur in den Krankenanstalten, sondern auch in den Bildungsanstalten für die Landwirtschaft und in den Fürsorgeeinrichtungen gekommen, wenn nicht so

vorsichtig budgetiert worden wäre. Wir sollten uns doch freuen, daß wir in der Lage sind, große Aufgaben zu erfüllen. (Landesrat Dr. Illig: „Diese Behauptung ist nicht schlüssig, sonst hätten wir diese Aufwendungen früher oder später gemacht. Daß das Geld dann nicht in unsere Hände gelangt wäre, ist nicht beweisbar.“) Herr Landesrat, ich stelle fest, ich muß auf Ihren Zwischenruf reagieren, obwohl er eigentlich zum Kapitel 9 gehört. Ich habe genau so budgetiert wie der Herr Finanzminister, denn ich kann nicht päpstlicher sein als der Papst. Er hat sich von den Mehreinnahmen überraschen lassen, ich auch. Wie wir diese Beträge gesehen haben, bemühten wir uns auch, sie richtig einzuteilen und aufzuwenden, denn es ist eine alte Geschichte, daß das Geld sich sehr leicht verzettelt, wenn man nicht einmal einen gewissen Betrag zusammen hat. Jeder wirtschaftliche Mensch, der eine größere Anschaffung plant, muß sich zuerst etwas zurücklegen, wenn er nicht auf Kredit kaufen will. Wenn man also diese ganzen primitiven Grundsätze auch für die öffentliche Verwaltung angewendet hat, war dies zumindest kein Schaden, ich behaupte, es war sogar ein Nutzen, weil wir eine Reihe von Vorhaben nun wirklich mit gutem Gewissen vollziehen können, die dem Lande noch lange dienen werden. (Zwischenruf Landesrat Dr. Illig: „Ja, aber in einer teureren Zeit! Es klingt so, als ob Ihre Zurückhaltung geldschöpferisch gewirkt hätte und das ist ein Trugschluß!“) Ihre Auffassung, Herr Landesrat Illig, ist schon deshalb unrichtig, weil ich über Mittel, die ich nicht habe, nicht budgetieren und verfügen kann. Und ich glaube, daß jeder gewissenhafte Finanzmann — es sei denn ein Bankmann, der immer ein gewisses Risiko einkalkulieren muß — nicht über Dinge verfügen wird, die er noch nicht hat. Auch der damalige Finanzminister, es war noch Dr. Zimmermann, ein alter Finanzmann und Sektionschef im Finanzministerium, hat mit all seiner Erfahrung auch nicht diesen vorausschauenden Blick gehabt, der nun von mir hier verlangt wird. Bei aller Schätzung Ihrer wertvollen Eigenschaften, Herr Landesrat Illig, sind Sie mir vor allem in einem voraus, Sie haben einen derartigen Optimismus in die Zukunft, den ich nicht teilen kann, weil ich mich vom realen Boden der Wirklichkeit nicht entfernen will. (Landesrat Dr. Illig: „Aber bis jetzt habe ich immer recht gehabt.“)

**Abg. Wegart:** Hohes Haus! Die Jugendförderung bzw. Jugenderziehung außerhalb unserer Schulen wird besonders auf vier Gebieten einzusetzen haben:

1. Die staatspolitische Jugenderziehung,
2. die kulturelle Jugendförderung,
3. die soziale Jugendförderung,
4. die außerschulische Leibeserziehung.

1. Die staatspolitische Jugenderziehung: Wir wollen, daß unsere Jugend, frei von jedem Schielen über irgendwelche Grenzen, als vaterlandsverbundene Österreicher von echtem Schrott und Korn heranreift, denen das Vaterland über allen Tagesfragen steht. Dabei soll unsere Jugend eine weite Schau bekommen und entsprechend der unabdingbaren Vermittlerrolle Österreichs aufgeschlossen die Brücken zu anderen

Staaten und Völkern schlagen. Wir wollen aber unsere Mädel und Burschen auch als echte Demokraten heranreifen sehen. Also als Menschen, die sich von den Parolen des Hasses und des Kampfes aller gegen alle fernhalten. Die entsetzliche Losung „Und willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag ich Dir den Schädel ein“ darf nie und nimmer im Leben der österreichischen Jugend aufklingen. Aus dieser Erwägung heraus muß die Jugend mit den landschaftlichen Schönheiten und kulturellen Schätzen unserer Steiermark als eines wichtigen Teiles Österreichs durch ungezwungenes, völlig entpolitisiertes Wandern und Erleben vertraut werden. Jugendwandern und Jugendreisen darf nicht mehr das Vorrecht einiger weniger, sozial günstig gestellter Gruppen sein, nein, die gesamte Jugend muß entweder vor Abschluß ihres Schulbesuches oder in freien außerschulischen Wandergruppen Gelegenheit haben, unter mäßigen Kosten, singend und glücklich durchs Land zu ziehen. Diesem Erfordernis muß durch viel großzügigere Bahnpreismäßigungen, durch ein gut ausgebautes Netz zwar einfacher, aber sauber und menschenwürdig ausgestatteter Jugendherbergen und durch die Beihilfe mit der entsprechenden Wanderausrüstung — wie Zelte, Kochzeug usw. — Rechnung getragen werden. Ein besonderes Bedürfnis ist die Schaffung von ausreichenden Jugendferienheimen bzw. Urlaubsheimen für die studierende und werktätige Jugend. Die Landjugend hinwiederum soll durch Reisen in ihre Landeshauptstadt und in die Bundeshauptstadt die Zentren des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens der Steiermark und Österreichs kennen und lieben lernen; entsprechende Hinweise auf die Schattenseiten des Stadtlebens werden die Gefahr einer Förderung der Landflucht verschneiden. Die Brücke zwischen Stadt und Land aber ist selbst, wie wir aus den Zeiten unserer großen Ernährungsschwierigkeiten wissen, ein dringendes staatspolitisches Erfordernis.

Die Jugend muß aber auch viel mehr mit der Verfassung und den Einrichtungen Österreichs vertraut gemacht werden. Alle schulischen und außerschulischen Bemühungen, mögen sie in Form von Führungen, Teilnahme an entsprechend ausgewählten Veranstaltungen und in der Begegnung der im Staate und im Lande Verantwortlichen mit der Jugend stattfinden, wobei natürlich parteipolitische Erwägungen vollkommen in den Hintergrund und die staatspolitische Erziehung der Jugend als allein beherrschend in den Vordergrund gestellt werden muß. Eine wichtige Voraussetzung für die staatsbürgerliche Förderung unserer jungen Generation ist die Begegnung und das Ins-Gespräch-Kommen der Jugendführer aller Richtungen in den zahlreichen Fragen, die die gesamte Jugend angehen. Wenn dazu die Erlebnisgemeinschaft gemeinsamer Arbeit, des gemeinsamen Ringens um ein Jugendproblem hinzutritt, so erwächst daraus die Gewöhnung, auch im späteren Leben, in der Begegnung auf der politischen oder wirtschaftlichen Ebene den Gesamtkomplex Österreich zu sehen und dann erst eine Sondermeinung zu vertreten.

2. Die kulturelle Jugendförderung: Unsere Jugend muß an die Kulturgüter Österreichs

und der Menschheit herangeführt, aber auch veranlaßt werden, daß sie selbstschaffend eingreift und damit eine echte Lebensbereicherung gewinnt, andererseits durch Begabtenachwuchs das Kulturerbe aus den jungen Kräften der Gegenwart heraus gemehrt wird. Aus dieser Grundeinstellung heraus müssen alle Bemühungen, die der Verbreitung guter Jugendbücher, der Pflege des Liedes, der Instrumentalmusik, der Hinführung zu guten Bühnenwerken und zur bildenden Kunst, den Weg zum guten Film, der Pflege volksgebundener Tanzformen oder einwandfreier und unserer Lebensart entsprechender neuzeitlicher Tanzformen neben den vielen anderen Sparten der Kulturpflege freudig bejaht werden und von öffentlicher Seite kräftig gefördert werden. Wiewohl ich und meine Partei eine „Verstaatlichung der Kultur“ aus grundsätzlichen Erwägungen unbedingt ablehnen und obwohl alle eigenschöpferischen Vorhaben ohne die Hilfe staatlicher oder Landesstellen herzlich zu begrüßen sind, so muß ich dennoch auf die außerordentliche Lage nach so unheilvollen Jahren einer bitterharten Kriegs- und Nachkriegszeit verweisen, die der Gesamtheit unserer Bevölkerung die Pflicht auferlegt, vor allem unserer Jugend als der Zukunft unseres Landes und Staates eine außerordentliche Hilfe und jedwede Entfaltung ihres kulturellen Wirkens angedeihen zu lassen. Hier erhebt sich die Forderung nach verständnisvollster Förderung der außerschulischen Jugenderziehung: Einmal durch die Unterstützung der Jugendorganisationen in unserem Lande in großzügiger Weise, da sie vielfach eine vorsorgende Aufgabe erfüllen, die viele Tausende unserer jungen Menschen von der Straße und einer unerfreulichen Freizeitgestaltung mit Kinobesuch, Totoismus und Existenz als passives Fußballplatzpublikum wegführt und ihr die Vorzüge eines echt jugendbewegten Gemeinschaftslebens erschließen. Ich bedaure daher, daß ein dringend geäußertes Wunsch, für die Schaffung von Jugendheimen Landesmittel zur Verfügung zu stellen — es war an bescheidene 100.000 S gedacht — ungehört schon im ersten Verhandlungsstadium für das Budget des kommenden Jahres verhallt ist. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß im kommenden Jahre die Voraussetzungen geschaffen werden, die die Unterstützung des Bundes, des Landes und der Gemeinden mit der privaten Initiative unserer Jugendorganisationen zusammenschließt, um Heimräume für die Jugend bereitzustellen. Eine wichtige Voraussetzung für alle jugendfördernde Tätigkeit ist die Begründung eines ausreichend großen Kreises von Jugendführern in allen Verbänden, die wohl ausgerüstet mit dem pädagogischen Mindestrüstzeug und allen technischen Kenntnissen, vor die Jugend hintreten und ihr ein echtes, fröhliches Jugendleben schenken. Dann wird die an sich bedauerliche Tatsache, daß heute nur etwa 15% unserer Jugend zu den 20% im provisorischen Jugendbeirat vertretenen Jugendorganisationen gefunden hat, schwinden. Die Eltern werden sicherlich gern ihre Kinder in gutgeführte Organisationen und Gruppen entsenden, wenn die Gewähr gegeben ist, daß sie unter der Obhut und Führung verantwortungsbewußter Menschen selbst besser und reifer werden. Ein Politisieren mit der

Jugend wird von allen einsichtigen Menschen nicht begrüßt werden. Weder wollen die Eltern, daß ihre Kinder politische Kraftmeiersprüche mit der Verunglimpfung hoher und höchster Staatsmänner Österreichs hinausbrüllen, noch, daß Kinderwagen in Demonstrationszügen mit den Symbolen von Sichel und Hammer oder Friedenstauben geführt werden.

Mit Genugtuung dürfen wir als Abgeordnete vermerken, daß zu den bisherigen Förderern unserer Jugend, wie die Schule, Jugendfürsorgeeinrichtungen und Maßnahmen der Arbeitsämter darstellen, als neue Einrichtung das Landesjugendreferat der Steiermärkischen Landesregierung hinzugetreten ist, das im abgelaufenen Jahr in 535 Veranstaltungen vor allem kultureller Art über 40.000 junge Menschen auf völlig überparteiliche Art einbezogen und damit einen kräftigen Strom kulturellen Lebens ausgelöst hat. Das Knausern mit Mitteln und Personal für diese so segensreich wirkende Einrichtung, die keineswegs als eine Nachkriegserscheinung anzusehen ist, sondern aus den allgemeinen kulturellen Aufgaben der öffentlichen Hand ihre Bedeutung gewinnt, muß einer viel größeren Aufgeschlossenheit weichen. Dies umsomehr, als gerade in dieser Einrichtung, wie kaum anderswo, das demokratische Mitspracherecht aller um die Jugend bemühten Faktoren gesichert ist.

3. Die soziale Jugendförderung. Unsere bestens bewährten Jugendfürsorgeeinrichtungen halten sich zu unserer Genugtuung auf beachtenswerter Höhe. Freilich wird auch hier der Folgenkomplex der Zeit vor 1945 und der Nachkriegszeit nach dem zweiten Weltkrieg ganz besondere, von modernen psychologischen und pädagogischen Erkenntnissen geleitete neue und verbesserte Wege vorzeichnen. Alle Versuche einer parteipolitischen Ausschrotung unserer sozialen Einrichtungen müssen, dem klaren Wunsch aller einsichtigen Bevölkerungskreise entsprechend, unbedingt vermieden werden.

Unbedingt notwendig in diesem Rahmen erscheint mir der neuerliche eindeutige Hinweis auf die unabdingbare Notwendigkeit, daß der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit alle in Frage kommenden Kräfte vereint Rechnung tragen müssen. Die Jugend will hier nicht leere Worte der Verheißung hören, sondern wirklich Taten sehen. Bezüglich der einzuschlagenden Wege wird es sich empfehlen, von starren Parteidoktrinen zu Gunsten einer vorurteilslosen Prüfung aller Möglichkeiten überzugehen. Die Prüfung der Zweckmäßigkeit einzelner Aktionen, wie es z. B. „Jugend am Werk“ des Landesarbeitsamtes darstellt, wird ebenso erfolgen müssen, wie andererseits die Frage der Aufrichtung eines freiwilligen Heimatdienstes der Jugend. Das Schlagwort „Arbeitsdienst“, das durch unerquickliche Erfahrungen der abgelaufenen Jahre eine Bedeutungsver schlechterung erfuhr, wird allein die Prüfung gesunder neuer Grundlagen für eine freiwillige Beschäftigung der Jugend bei gemeinnützigen, im normalen Wirtschaftsprozeß nicht durchzuführenden Arbeitsaktionen nicht verhindern können. Denn Eltern und die Jugend selbst bevorzugen an Stelle des Umherstreunens eine sinnvolle Beschäftigung selbst dann, wenn eine finanzielle Entschädigung nicht oder nur in geringem Ausmaß in Frage kommt.

4. Die außerschulische Leibeserziehung ist schließlich die letzte Forderung, der sich der Hohe Landtag nicht verschließen darf. Voran steht die Schaffung oder Bereitstellung von Übungsstätten, voran die noch stärker vorwärtztreibende Ausstattung unserer noch immer nicht allen Anforderungen entsprechenden Landesturnhalle bis zur Schaffung von Sportplätzen, Spielwiesen und Turnsälen oder von zeitgemäßen Badeanlagen. Dazu gehört die Heranbildung von geschulten Fachkräften, die durch einen neuzeitlichen Turn-, Sport- und Spielbetrieb die Gewähr einer schadlosen Leibeserziehung unserer Jugend, fern von allen Ausschreitungen eines sportlichen Profitums oder von Sportstars mit unliebsamen Allüren bieten. In dieser Richtung haben das schon genannte Landesjugendreferat im Verein mit der Bundesanstalt für Leibeserziehung, aber auch unsere Sportverbände beachtliche Wege gewiesen. Die Förderung solcher Bestrebungen darf als Herzenssache aller echten Jugendfreunde erklärt werden.

Hohes Haus! Die Jugend ist die Zukunft und die Zukunft heißt Österreich in einer freien Welt. (Beifall, Bravorufe bei ÖVP.)

Abg. **Kandutsch:** Hohes Haus! Zum Kapitel Gesundheitswesen ist viel zu sagen. Nicht etwa über die Bedeutung der Pflege der Volksgesundheit und daher die Notwendigkeit einer reichlichen Dotierung des vorliegenden Kapitels, zumal in den Notzeiten des Krieges und der Nachkriegsjahre dringendste Neuanschaffungen nicht gemacht werden konnten und nun nachgeholt werden müssen, sondern mehr zu Problemen, welche in unmittelbarem Zusammenhange damit stehen, auch wenn sie außerhalb unseres Kompetenzbereiches stehen.

Hier taucht schon im Ausschuß immer wieder das Problem der Krankenkassen auf und ich glaube, daß es kaum eine Einrichtung gibt, an der die Öffentlichkeit mehr Kritik übt. Dabei wird allzu häufig das Kind mit dem Bade ausgeschüttet, denn niemand kann den Segen dieser Einrichtung bestreiten, vorausgesetzt, daß man sie ihrer Bestimmung nach handhabt. Auch in Amerika geht man jetzt daran, die Krankenversicherung weiter auszubauen. Präsident Truman hat in einer Rede hingewiesen, daß von 5 Bürgern der Vereinigten Staaten nur einer eine wirklich ausreichende ärztliche Behandlung erfahren kann. Woran liegt es nun bei uns, daß wir alle mit der augenblicklichen Situation nicht zufrieden sind? Die Vertreter der beiden Parteien haben auf Ursachen hingewiesen, deren Richtigkeit ich unterstreichen muß, nur habe ich umsonst auf Vorschläge gewartet, wie man dem Mißbrauch der Krankenkassen — und das ist der entscheidende Grund der dauernden Leistungsverminderung dieser Institute — begegnen will. Die Amoral mit der alle an der Krankenkasse Beteiligten vorgehen, bewirkt, daß trotz der enormen Einnahmen die Kassen bei den Leistungen nicht mehr nachkommen und gezwungen sind, wertvolle Medikamente von der Leistung abzusetzen, die Kontrolle zu verschärfen und ähnliche unpopuläre Maßnahmen mehr durchzuführen. Dabei schimpfen sie alle: der Arzt, der meint, viel zu wenig zu bekommen, der Versicherte im Glauben,

für das viele Geld seiner Beitragsleistung viel zu wenig zu erhalten und die Kasse, weil sie trotz aller Anstrengungen von allen Seiten angegangen wird. Aus diesem Gefühl, unmoralisch behandelt zu werden, leiten nun alle das Recht ab, selbst unmoralisch zu handeln. Sie können sicher sein: Wenn etwa ein Saisonarbeiter 2 Tage vor Beendigung seiner Arbeit in den Krankenstand geht, werden fast alle Ärzte den Mann krank schreiben, auch wenn sie wissen, daß ihm nichts fehlt. Tun sie es nicht, kommt er in den Verruf, ein unsozialer Arzt zu sein und muß schon ein überragendes fachliches Können haben, um noch Patienten zu bekommen. Wenn wir also diese Dinge täglich sehen und nichts dagegen unternehmen, dann gestatten Sie mir die Frage, ob Sie an eine Hebung der staatsbürgerlichen Moral in nächster Zeit glauben. Wollen Sie warten, bis sich die Erziehung der Jugend durch unser Jugendreferat auswirkt? Die Frage ist, ob es nicht ein Regulativ im System gibt, das den Mißbrauch und die ständige Auslaugung der Kassen verhindert. So geht es nicht mehr weiter und wenn es stimmt, was mir gemeldet wurde, daß eine Überprüfung von Zahnärzten das Ergebnis erbracht habe, daß mehr als die angegebenen Zähne überhaupt nicht behandelt wurden, so wäre das schon ein sehr bedenkliches Symptom einer unverantwortlichen Kurzsichtigkeit.

Eine Möglichkeit, allen diesen Erscheinungen zu begegnen, würde ich darin erblicken, daß dem Versicherten ein Konto angelegt wird, über das er bei Nichtverbrauch in einigen Jahren verfügen kann. Selbstverständlich müßte ihm ein Teil des Betrages für die Verwaltungskosten und für eine Ausgleichskasse abgezogen werden, damit jene, die tatsächlich häufiger krank sind und eine Versorgung über die eigene Leistung nötig haben, dennoch anständig behandelt werden können. Mit dieser Regelung wäre zu erreichen, daß tatsächlich nur der zum Arzt geht, der sich krank fühlt und der, wenn er einmal Bauchweh hat, sich mit dem berühmten Kamillentee des Herrn Präsidenten Stockbauer begnügt, anstatt eine ärztliche Behandlung von der Röntgenuntersuchung bis zum Ultraschall zu verlangen. Dies ist, wie gesagt, nur der Gedanke einer Neuregelung, die bis zur Durchführung noch eingehender Studien mit Fachleuten bedürfte. Man sollte sich aber doch entschließen, eine solche oder ähnliche Regelung wenigstens zu diskutieren, denn mit der Hoffnung, daß sich bald einmal ein stärkeres moralisches Gefühl durchsetzen würde, möchte ich lieber nicht kalkulieren.

Ich kann meine Ausführungen zu diesem Kapitel nicht beenden, ohne einen Appell an die Presse zu richten. Zu allen Zeiten haben Ärzte Kunstmißgriffe getan, sind sie als Menschen dem Irrtum unterlegen gewesen, sind Fehler in der Behandlung von Kranken passiert, welche auf Arbeitsüberlastung und Übermüdung zurückzuführen waren. Heute stürzt sich die Presse auf diese Fälle und macht Sensationen daraus, so daß man oft schon den Eindruck hat, es solle hier ein ganzer Berufsstand systematisch diskriminiert werden. Denken wir dabei an die Jungärzte, deren Lage bei Gott nicht beneidenswert ist, sondern im Gegenteil eines der

schwierigsten sozialen Probleme der Gegenwart darstellt, so müssen wir eine Sensationsmache unserer Presse doppelt ablehnen. Immer noch haben wir eine Ärzteschaft, welche das ärztliche Ethos hoch halten und ihre Pflicht zum Wohle der Allgemeinheit erfüllen. (Beifall und Bravorufe beim VdU.)

**Präsident:** Die Rednerliste ist erschöpft. Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

**Berichterstatter:** Ich verzichte.

**Präsident:** Der Herr Berichterstatter hat von Haus aus schon den Antrag gestellt, daß die Gruppe 5 in der von ihm vorgetragenen Form angenommen werden möge. Ich bringe diesen Antrag zur Abstimmung und bitte die Abgeordneten, die dem Antrage zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschlecht.) Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen nun zur

### Gruppe 6: Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen.

Berichterstatter ist Abg. Stöffler. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Stöffler:** Hoher Landtag! Die vorliegende Gruppe 6 mit einem Gesamtaufwande von 77.882.600 S beinhaltet die wichtigen Abschnitte Wohnungswesen, Straßen- und Brückenbau, Wasserbau und Wasserleitungs- und Kanalbau. Obwohl das Wohnungswesen keine verfassungsmäßige Aufgabe des Landes ist, ist mit Rücksicht auf die derzeit große Wohnungsnot auch dafür ein Betrag von 5 Millionen Schilling vorgesehen. Das Land bemüht sich also, auch im Jahre 1951 im Rahmen seiner Möglichkeiten durch Zuführung von Geldmitteln an den Landeswohnbaufonds auf dem Gebiete der Wohnraumbeschaffung Helfer zu sein und die für diese Zwecke bereits ausgegebenen Mittel beweisen deutlich, daß das Land hier einen sehr zweckmäßigen und fruchtbaren Weg eingeschlagen hat.

Der Straßen- und Brückenbau, eine verfassungsmäßige Aufgabe des Landes, dotiert mit 61.226.100 S, wird auch im Jahre 1951 in der Richtung vorgerieben, das Landesstraßennetz zu verbessern. Gemessen an der Gesamtkilometerzahl der steirischen Landstraßen ist mit den für 1951 vorgesehenen Mitteln für Neubau und Ausbau aber noch nicht jene Quote erreicht, die wir pro Jahr ausgeben müßten, um unser gesamtes Straßennetz eher mit staubfreier Decke zu versehen, bevor die schon fertiggestellten Strecken wieder neuerlich instandgesetzt werden müssen. Es muß bei diesen Ausgaben besonders der arbeitsbeschaffende Charakter der dadurch zur Durchführung gelangenden Arbeiten hervorgehoben werden, wobei festzustellen ist, daß mit den für das Jahr 1951 vorgesehenen Beträgen für Neubau und Ausbau zirka 250.000 Arbeitsschichten ermöglicht werden. Dazu kommt noch der im außerordentlichen Haushalt für Straßenbau vorgesehene Betrag.

Sowohl beim Wasserbau als auch beim Wasserleitungs- und Kanalbau handelt es sich um Beträge, die das Land im gleichen Ausmaße wie der Bund zu den Interessenten- und Gemeindebeiträgen beisteuert. Es werden somit bei der Flußregulierung insgesamt 15½ Millionen zur Verbauung kommen, der Wildbachverbauung werden auf diese Weise ins-

gesamt über 8 Millionen, dem Wasserleitungsbau rund 11½ Millionen und dem Kanalbau rund 5-7 Millionen Schilling zugeführt werden.

**Abg. Schabes:** Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Mit Befriedigung kann man feststellen, daß im Kapitel 6 für Straßenbauwesen und Brückenerhaltung rund 60 Millionen Schilling eingesetzt sind. Das soll keineswegs bedeuten, daß dieser Betrag vielleicht hinreicht, um die Straßenerhaltung bzw. den Ausbau der Straßen entsprechend durchzuführen. Ich möchte ganz besonders hier auf den Bezirk Deutschlandsberg verweisen. Ich habe von vielen Seiten den Auftrag erhalten, darauf heute hinzuweisen. Wir sind bemüht, im Bezirke Deutschlandsberg den Fremdenverkehr zu fördern. Wenn aber nun jemand vom Bezirk Graz in den Bezirk Deutschlandsberg fährt, dann muß er das Gefühl haben, er kommt in einen sehr vernachlässigten Bezirk. Der Herr Landeshauptmann ist aus dem Bezirk Deutschlandsberg und wird mir bestätigen müssen, daß die Straßenerhaltung im Deutschlandsberger Bezirk sehr zu wünschen übrig läßt. Es sind, glaube ich, für diesen Bezirk insgesamt 500.000 S eingesetzt worden. Dieser Betrag verteilt sich auf folgende Strecken: Stainz—Gams—Laßnitz, Deutschlandsberg—Hebalpe und Landesgrenze—Soboth und Skutnig.

Aber für die Hauptstraße, die den meisten Verkehr zu bewältigen hat und jetzt Bundesstraße ist — denn bisher war sie eine Landesstraße — ist noch nie etwas getan worden. Es wurde immer nur stückweise repariert und dann war immer wieder ein Stück gleich kaputt, weil es an der Grundierung fehlt, weil die allgemeine Beschaffenheit der Straße so schlecht ist, daß ein Jahr genügt, um die Straße wieder unbefahrbar zu machen. Ich bitte daher, für das Straßenwesen im Deutschlandsberger Bezirk mehr Sorgfalt aufzuwenden. Ich glaube, daß unsere Straßen deshalb so stiefmütterlich behandelt werden, weil sich das Bezirksbauamt in Leibnitz befindet. Die einzige Straße, die in Ordnung ist, ist in Leibnitz. Aber der Hauptverkehr wickelt sich auf der Radelstraße ab. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen und sich auch unserer Straßen anzunehmen. (Bravorufe, Händeklatschen bei SPÖ.)

**Abg. Praßl:** Hoher Landtag! Es muß allseits anerkannt werden, daß in den letzten 5 Jahren nach den furchtbaren Kriegsschäden bezüglich der Straßen wirklich viel geschehen ist. Es gebührt dafür auch dem Hohen Hause der Dank. Es ist besonders begrüßenswert, daß man bestrebt ist, den Straßenbau auch in jenen Gebieten zu treiben, die weitab von jedem Bahnverkehr sind und es ist sehr zu begrüßen, daß besonders die Straße Graz—Kirchbach—Mureck, die durch ein Gebiet führt, in dem die Schotter- und Steinbeschaffung stets die größten Schwierigkeiten machte, nun auch eine Straße mit fester Decke wird. Es wird sich dadurch auf Jahre hinaus die Erhaltung leichter bewerkstelligen lassen. Für andere Gebiete der Oststeiermark sehen wir, daß auch für diese große Beträge eingesetzt worden sind. Für die Straße Donnersbach—Donnersbachwald in der Obersteiermark, die auch weitab vom Verkehr gelegen ist, ist auch ein größerer Betrag vorgesehen,

um diese Gegend erschließen zu können. Für die künftigen Jahre wird es nötig sein, daß man noch mehr für diese Gebiete sorgt, besonders für die einfachen Landesstraßen draußen, die jedweden Untergrundes entbehren, obwohl sich auch auf diesen Straßen ein sehr großer Autoverkehr abspielt. Es sind auch Durchzugsstraßen darunter. Es ist also unbedingt notwendig, daß diese Straßen besser ausgebaut werden. Und somit möchte ich den Hohen Landtag bitten, künftig für diese Straßen noch mehr zu erübrigen. Es liegen eine Menge von Anträgen vor auf Übernahme von Straßen in das Landesstraßennetz, und zwar von Straßen, die früher schon einmal Bezirksstraßen waren, denen aber später diese Qualifikation aberkannt wurde. Ich möchte bitten, daß die Landesregierung in künftigen Sitzungen diese Straßenstücke auch berücksichtigt. Es handelt sich dabei ja um Straßen, die nicht nur zwei bis drei Dörfer verbinden, sondern einen ausgesprochenen Fernverkehr aufweisen. Sie werden ja alle mit schwersten Fahrzeugen befahren und es können die einzelnen kleinen Gemeinden die Instandsetzung allein nicht mehr tragen. (Beifall und Bravorufe.)

Abg. **Thaler**: Hohes Haus! Wenn ich zu diesem Kapitel Straßenbau Stellung nehme, so deshalb, weil man erfreulicherweise feststellen muß, daß man endlich doch einmal auch auf die nördliche Oststeiermark, auf die vergessene Oststeiermark, gedacht hat und auch dort darangeht, unsere Straßenzüge in Angriff zu nehmen. Darf ich darauf verweisen, daß der Ausbau eine Notwendigkeit ist, und zwar vorerst der Straße Hartberg—St. Johann in der Haide, die eine Grenzstraße bildet, weshalb es sehr wichtig ist, daß diese Straße in Ordnung kommt, aber auch das übrige Stück im Wechselgebiet ist von großer Bedeutung. Diese Straße Sebersdorf—Gschaidt hat eine Länge von 30 km und ist weit entfernt von der Bahn, die Straße von Pöllau nach Hartberg hat 15 km und die Straße von Pöllau nach Sebersdorf 20 km zur Bahn. Von diesem großen Wirtschaftsgebiet werden befördert alle Güter, Lebensmittel, Holz, Schotter oder Sand, alles wird verladen und geht über Sebersdorf. Es ist wichtig, daß man dieses große Wirtschaftsgebiet, den Saifentalkessel, endlich angeht und auch dafür einen entsprechenden Betrag (251.000 S) zur Verfügung stellt. Hohes Haus! Es ist doch ein großer Vorteil, wenn diesen Straßenzügen das nötige Augenmerk zugewendet wird, so daß sie nicht aussehen wie eine Dauerwellenstraße, was sie bis heute noch sind. Die Dauerwellen müssen wir den Frauen überlassen und lieber die Straßen in Ordnung bringen. Dann werden die Dauerwellen der Straßen verschwinden zum Wohle und Segen der gesamten Wirtschaft und aller Berufszweige in Steiermark. (Beifall und Bravorufe.)

Abg. **Schlacher**: Hohes Haus! Es ist von meinen Vorrednern hervorgehoben worden, daß sich der Finanzausschuß in ziemlich ausgiebigem Ausmaße für die Erhaltung der Landesstraßen entschieden hat. Die Beträge, die eingestellt wurden, sind sicherlich als hoch zu bezeichnen. Wenn aber Herr Präsident Stockbauer die Behauptung aufstellt, daß diese Beträge nur eine Subvention für die Straßen-

benützer darstellen, muß ich dies zurückweisen, und zwar aus folgenden Gründen. Es wird auch Präsident Stockbauer genau bekannt sein, welche gewaltige Lasten jeder einzelne, der mit einem motorischen Fahrzeug die Straße benützt, zu bezahlen hat. In erster Linie die gewaltige Mineralölsteuer, in zweiter Linie die Gewerbesteuer, die die gesamte gewerbliche Wirtschaft bezahlt. Außerdem bezahlt das Verkehrsgewerbe noch eine Beförderungssteuer und eine separate Kraftfahrzeugabgabe. Wenn Sie die Summen dieser Steuern addieren, so können Sie feststellen, daß die Ausgaben, die man für die Straßen macht, nicht nennenswert höher sind, als man von der gewerblichen Wirtschaft zu diesem Zwecke einhebt. Naturgemäß kann man die Steuern, die man zu diesem Zwecke einhebt, auch anderweitig verwenden. Nun sagt man, es ist eine Subvention. Die Straße ist aber nicht nur für die Verkehrsgewerbetreibenden, sondern auch für den Fremdenverkehr. Der Zustand der österreichischen Straßen hat sich speziell in den letzten zwei Jahren gebessert. Wenn heute so große Ausgaben zu zahlen sind, die infolge der schweren Fahrzeuge, mit welchen heute gefahren wird, entstehen, dann ist es ein Fehler der Landesregierung, die nicht entsprechend Vorsorge getroffen hat, daß die Landesstraßen nicht mit Fahrzeugen befahren werden, deren Tonnenlasten immer wieder das zulässige Gewicht übersteigt. Dasselbe ist auch bei den Brücken. Die Brücken werden mit Fahrzeugen befahren, die diesen Achsendruck bei weitem nicht aushalten. Im Winter werden weitere Fehler gemacht. Es gibt da Strecken, wenn Sie von Wien kommen und nach Graz fahren, wo der Lastwagenfahrer über den Semmering und durch das Mürztal Schneeketten verwenden muß. Er nimmt sie in Bruck nicht ab und fährt mit seinen Schneeketten auf der Asphaltstraße weiter. Dadurch entstehen gewaltige Schäden der Straße. Es ist sicherlich auch im Interesse der Unternehmer, daß auf der Asphaltstraße nicht mit Ketten gefahren wird, weil nicht nur die Straße leidet, sondern auch die Fahrzeugreifen enorm abgenützt werden.

Ich muß also richtigstellen, daß wir durch die großen Ausgaben für die Straße als Gewerbetreibende keine Subvention erhalten, sondern unsere Steuerlasten ausreichen, um die Kosten zu decken. (Bravorufe, Händeklatschen.)

Abg. **Hirsch**: Hohes Haus! Wir freuen uns, daß für den Landes-Wohn- und Siedlungsfonds 5 Millionen Schilling bereitgestellt werden konnten. Wir stellen dazu fest, daß dies einer der gangbarsten und erfolgversprechendsten Wege ist, um die Wohnbaufrage zu lösen und mit verhältnismäßig billigem Geld neue Wohnungen zu schaffen, Einfluß zu nehmen auf die Gestaltung des Landschaftsbildes und im wesentlichen, was vielleicht das ausschlaggebendste ist, dem kleinen Mann, dem Arbeiter und Angestellten die Möglichkeit zu geben, zu einem eigenen Heim zu kommen. Es sind bei 320 Fällen, die im vorigen Jahre durchgeführt und erledigt werden konnten, nur Arbeiter und Angestellte und Landarbeiter vertreten. Es wäre natürlich sehr begrüßenswert gewesen, wenn wir für diesen Zweck einen größeren Betrag hätten bereitstellen können.

Wenn wir vergleichen, daß ein einfaches Personalhaus des Landes dieselbe Summe verschlingt, uns aber keine 320 Wohnungen bringt, abgesehen davon, daß diese Geldmittel ja in einigen Jahren wieder zurückfließen, ist dieser Art der Wohnbauförderung bestimmt der Vorzug zu geben.

Der besondere Dank gebührt dem Referat und den tüchtigen Beamten dieses Referates. Es sind dies Beamte, die wirklich 100%ig ihre Pflicht erfüllen. Es wäre sehr begrüßenswert, wenn wir im nächsten Jahr noch weiterkommen und die gesamten Ansuchen berücksichtigen könnten. (Beifall und Bravorufe.)

Landesrat **Horvatek**: Hohes Haus! Die Ausführungen des Herrn Abg. Schlacher haben mich veranlaßt, mich noch einmal zum Wort zu melden. Was er behauptet, stimmt nicht. Aus dem Voranschlag Gruppe 9 geht hervor, daß für Mineralölabgabe dem Land ein Betrag von 6,150.000 S zufließt und für Kraftfahrzeugsteuer ein Betrag von 2,880.000 S, also zusammen 9,038.000 S. Wir haben aber gehört, daß mehr als 60 Millionen Schilling für das Straßenwesen des Landes eingesetzt sind, daß also die Hauptstraßenbenützer, das sind in erster Linie die motorisierten Fahrzeuge, in Wirklichkeit etwas weniger als ein Sechstel für die Instandsetzung und Haltung der Straßen beitragen. Erlauben Sie mir eine Parallele zu ziehen. Ich wiederhole etwas, was der Herr Landesrat Dr. Illig bereits vorgebracht hat, und zwar das Verhältnis bei der Eisenbahn. Bei der Bahn muß der Bahnkörper, muß also die Schienenstraße von der Bahn selbst erhalten werden und nicht nur das rollende Material. Der Eisenbahnbenützer muß dafür bezahlen. Er bezahlt nicht soviel, daß die ganzen Auslagen der Bahn damit gedeckt werden, aber trotzdem unvergleichlich mehr als ein Straßenbenützer. Es ist nun festzustellen, daß es bei der Bahn nicht vorkommt, daß ein Streckenbenützer die Schienenstraße mehr beansprucht als ein anderer, denn bei einer normalspurigen Bahn ist es gleichgültig, ob ich eine Strecke zweimal oder zwanzigmal im Tage befahre. Es wird höchstens ein etwas rascherer Verschleiß der Schienen stattfinden. Bei der Straße ist es aber so, daß durch die Weiterentwicklung der Fahrzeuge, dadurch daß sie schwerer sind und schneller fahren, ein außerordentlich steigender Verschleiß der Straßendecke vor sich geht. Es ist jedem klar, daß schwere und schnellfahrende Kraftfahrzeuge die Straße sehr in Anspruch nehmen. Ich muß also sagen, daß bei Betrachtung des Problems Schiene — Straße, das zwar heute nicht zur Diskussion steht, die Subventionierung der Eisenbahnbenützer unvergleichlich kleiner ist, als die Subventionierung der Straßenbenützer aus öffentlichen Mitteln. Es wird doch niemand behaupten wollen, daß die Fußgänger oder Radfahrer oder der landwirtschaftliche Fuhrwerksbetrieb die Straße mehr in Anspruch nehmen als die Kraftfahrzeuge, denn das sind zum größten Teil leichte Fahrzeuge und außerdem durchwegs langsamfahrende, unter denen die Straße relativ wenig zu leiden hat. Ich verstehe wohl, daß diese Aufklärung über die Subventionierung der Straßenbenützer mit Kraftfahrzeugen, zu denen scheinbar der Herr Abg. Schlacher selbst auch gehört, diesen

keine Freude macht, aber es muß einmal ehrlich ausgesprochen werden. Wenn wir in Österreich in absehbarer Zeit ein einwandfreies Straßennetz haben wollen, das allen Anforderungen entspricht, dann ist es unerlässlich, daß die Hauptbenützer und -zerstörer der Straßen entsprechend mit herangezogen werden, weil dadurch auch ein gesundes Konkurrenzverhältnis zwischen Schiene und Straße hergestellt wird, was im beiderseitigen Interesse liegt. (Beifall.)

Landesrat **Prirsch**: Hohes Haus! Darf ich zur Gruppe 6 einige Bemerkungen machen. Es ist jetzt soviel von den Straßen gesprochen worden, daß ich mich dieser Aufgabe nicht ganz entziehen kann. Vor allem hat mich der Vorwurf des Herrn Abg. Schabes beeindruckt, daß es im Bezirke Deutschlandsberg, in dem der Herr Landeshauptmann wohnt, mit den Straßen nicht so bestellt sei, wie es eigentlich wünschenswert wäre. Das veranlaßt mich, auch von unserem Fürstenfelder Straßennetz zu sprechen. (Heiterkeit.) Der Voranschlag für 1951 kommt unseren Wünschen auf diesem Gebiete nur in bescheidenster Weise nach. So ist z. B. für die Straße Fürstenfeld—Dietersdorf nur der sehr geringfügige Betrag von 100.000 S vorgesehen. Der Finanzausschuß hat ihn noch zusätzlich beschlossen. Ich hoffe aber, daß das zwar ein kleiner, aber viel versprechender Anfang für den weiteren Ausbau unserer Straßen ist.

Hohes Haus! Ich möchte nun noch auf eine sehr wichtige Sache, nämlich auf die Beiträge für die landwirtschaftlichen Wasserversorgungsanlagen, hinweisen. In diesen letzten, trockenen Jahren hat nicht nur das Land hinsichtlich der Wasserversorgung in seinen Anstalten große Schwierigkeiten gehabt, sondern auch in der Landwirtschaft war die Wasserversorgung durch die Berglage unserer Höfe in den letzten Jahren außerordentlich schwierig. Es ist daher erfreulich, daß der Finanzausschuß eine Erhöhung dieser Post um 60.000 S beschlossen hat, so daß der Gesamtbetrag für diesen Zweck im Jahre 1951 150.000 S ausmacht. Hinzuzufügen ist noch, daß das Landwirtschaftsministerium den gleichen Betrag zur Verfügung stellen wird, so daß immerhin die Summe von 300.000 S für diesen Zweck im nächsten Jahre wird Verwendung finden können.

Hohes Haus! Erfreulich ist es auch, daß hinsichtlich der Beiträge für Kanalisationsanlagen im Finanzausschuß noch einige Wünsche berücksichtigt werden konnten. Ohne Zweifel ist die Polizeisiedlung in Graz und ihre Kanalisation eine dringende Notwendigkeit, ebenso notwendig ist es aber auch, daß man der Gemeinde Fürstenfeld etwas unter die Arme gegriffen hat dadurch, daß der Landesbeitrag von 20 auf 30% erhöht wurde. Der bezügliche Antrag liegt hier zur Beschlußfassung vor.

Und nun, Hohes Haus, möchte ich fast sagen, daß der Unterabschnitt 62 ein Schmuckstück dieses Voranschlages ist. Es ist damit der Landeswohnbaufonds gemeint. Es ist ein Schmuckstück, das nur den einen Fehler hat, daß der Betrag, der hier aufgewendet werden konnte, leider den Anforderungen bei weitem nicht entspricht. Ich will folgendes berichten: Es standen uns im Jahre 1950 4,092.100 S zur Verfügung. Von diesem Betrage wurde

bis jetzt von der Landesregierung an Fondshilfe über 4 Millionen Schilling bewilligt und damit 244 Wohnhausbauten gefördert. Dies ergibt für 1950 einen durchschnittlichen Förderungsbeitrag von 16.500 S pro Bauvorhaben. Die Gesamtkosten eines solchen Bauvorhabens betragen im Durchschnitt 70.000 S. Ich glaube, das ist wirklich die billigste und die beste Wohnbauförderung, die von uns seitens des Landes gemacht werden kann. Wenn wir noch die 173 Wohnhausbauten, die 1949 gefördert wurden, hinzurechnen, ergibt sich, daß das Land aus dem Titel „Wohnbauförderung“ bisher die Summe von rund 5 Millionen Schilling ausgegeben und damit 317 Wohnhausbauten gefördert hat.

Die Verwendung der für das heurige Jahr zur Verfügung gestellten Mittel stellt sich wie folgt: Fondsdarlehen mit einem Zinsfuß von 3% und einer Auslaufzeit von 5 bis 30 Jahren 3.879.000 S, einmalige nicht rückzahlbare Zuschüsse 143.000 S.

In einem Falle wurde die Ausfallhaftung für ein Hypothekendarlehen von 15.000 S übernommen. Was die Verteilung der Fondshilfe auf die steirischen Bezirke betrifft, steht das Gebiet der Stadt Graz entsprechend seiner Bevölkerungszahl und der herrschenden Wohnungsnot mit 71 bewilligten Fällen an der Spitze. Dann folgt Graz-Umgebung mit 27, Liezen mit 26, Bruck mit 25 und Deutschlandsberg mit 21 geförderten Wohnhausbauten. Ich darf anführen, daß hier nur sechs Bezirke genannt sind und Deutschlandsberg immerhin der sechste ist. Eine Untersuchung der Frage, zu welchen Berufsgruppen die Personen, denen Fondsbeihilfen bewilligt wurden, gehören, ergibt pro Rechnung 1949: Öffentliche und Eisenbahngestellte 32, Arbeiter 29, freie Berufe 22, Angestellte der Privatwirtschaft 149 und in der Landwirtschaft tätige 3%. Im abgelaufenen Jahre sind im Landes-Wohnungs- und Siedlungsamt rund tausend neue Anträge auf Bewilligung einer Fondshilfe eingegangen. Nach Abzug sowohl der bewilligten Anträge als auch jener, die abgelehnt wurden oder aus anderen Gründen keiner positiven Erledigung zugeführt werden konnten, ergibt sich, daß für das kommende Jahr 500 Bewerber um Fondshilfe vorhanden sind. Daraus ist zu ersehen, daß auch der vom Finanzausschuß erhöhte Betrag nicht ausreichen wird, um diese 500 Bewerber mit Beihilfen zu beteiligen. Ich hoffe, daß es möglich sein wird und daß es die finanzielle Lage des Landes gestattet, im Laufe des Jahres unserem guten Herzen freien Lauf zu lassen und diese Post noch durch entsprechende Anträge zu erhöhen.

Ich möchte nicht versäumen, das Pflichtbewußtsein und die Arbeitsfreude jener Beamten, die hiermit beschäftigt sind, besonders lobend zu erwähnen. Diese Aufgaben werden mit geringstem Personalaufwande getätigt und ich muß sagen, daß die Herren wirklich mit einer Hingabe ganz seltener Art bei ihren Arbeiten sind. Es wird sich aus dem Ausgeführten zwangsläufig ergeben, daß wir in der nächsten Zeit eine Anmeldesperre werden einführen müssen, weil es sonst zu Schwierigkeiten führen würde, wenn wir jetzt noch neue Anmeldungen entgegennehmen, obwohl wir nicht in der Lage sind, unter Umständen die schon vorhandenen zu bewilligen.

Hohes Haus, das wollte ich Ihnen berichten mit der nachträglichen Bitte, falls sich irgendwelche Mittel einsparen oder finden lassen, sie diesem Zwecke, der ein segensreicher Zweck ist, zuzuwenden. (Lebhafter Beifall und Bravorufe bei ÖVP und SPÖ.)

**Präsident:** Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. **Stöffler:** Ich habe das Hohe Haus zu bitten, den zur Gruppe 6 gestellten Anträgen seine Zustimmung zu geben.

3. Präsident Abg. **Scheer** (der für wenige Minuten den Vorsitz übernommen hat): Ich bitte die Abgeordneten, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zu Gruppe 7, Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung.

Berichterstatter ist Abg. **Ertl**, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. **Ertl:** Als Berichterstatter der Gruppe 7 im Hohen Hause kann ich mitteilen, daß der Finanzausschuß in Erkenntnis der Notwendigkeit, die landwirtschaftliche Produktion unter allen Umständen zu fördern, sämtliche Anträge im Voranschlag genehmigt hat und ganz beträchtliche Zusatzanträge zur Genehmigung dem Hohen Hause vorlegt. Diese Zusatzanträge sind:

Post	
731, 701	Beiträge zur Ent- und Bewässerung . . . . . 220.000 S
731, 702	Beiträge zur Förderung des Baues von Kleinwasserkraftanlagen und Elektrifizierungen . . . . . 40.000 S
731, 706	Technisierungsmaßnahmen in der Landwirtschaft . . . . . 105.000 S
731, 708	Beihilfen für Tierschäden, die nicht durch die Tierseuchenkasse vergütet werden . . . . . 50.000 S
731, 709	Förderungsbeitrag an die steirische Landesjägerschaft . . . . . 50.000 S
731, 713	Verschiedene Förderungsmaßnahmen . . . . . 55.000 S
732, 70	Förderung der Tierzucht und Tierhaltung . . . . . 135.000 S
732, 76	Beitrag zum Bau der Versteigerungshalle in Leoben . . . . . 200.000 S
732, 77	Beitrag zum Bau der Versteigerungshalle in Feldbach . . . . . 200.000 S
733, 70	Beiträge zu den Güterwegbauten . . . . . 800.000 S
735, 70	Förderung des Pflanzenbaues . . . . . 150.000 S
735, 71	Maßnahmen für den Pflanzenschutz . . . . . 200.000 S
736, 71	Förderung des Obstbaues . . . . . 300.000 S
736, 72	Förderung des Weinbaues . . . . . 10.000 S
737, 70	Beihilfen bei Schäden höherer Gewalt . . . . . 250.000 S
738, 70	Beihilfen zur Verhinderung der Auflassung gefährdeter Bergbauernbetriebe . . . . . 260.000 S
7428	Landwirtschaftsschule Hatzen-dorf . . . . . 200.000 S

Post		
7572	Förderungsbeitrag für die Grazer Messe . . . . .	100.000 S
779, 704	Beitrag zur Wiederaufbauung der Tressensteinwarte . . . . .	15.000 S
779, 707	Förderung von Veranstaltungen im Interesse des Fremdenverkehrs . . . . .	10.000 S
779, 708	Beitrag für die Krumholzhütte, Seilbahn . . . . .	50.000 S
779, 710	Beitrag für das Hallerhaus am Niederwechsel . . . . .	10.000 S

Die Gruppe 7 sieht zusammenfassend an Einnahmen den Betrag von 1,638.800 S und an Ausgaben 23,174.100 vor.

**Abg. Schlacher:** In der Gruppe 7 haben wir als ersten Punkt das Feuerwehrwesen. Es freut mich, daß der Finanzausschuß den Betrag heuer um 70.000 S erhöht hat, zum Unterschied von 1949, in welchem Jahre die Feuerschutzsteuer zum Teil inkameriert wurde. Ich will mich kurz fassen. Meines Erachtens ist „Feuerwehr“ eine Angelegenheit, die Land und Gemeinden höchst interessiert. Stellen wir uns vor, wir hätten diese Idealisten nicht, wir hätten keine freiwilligen Feuerwehr-Helfer, die zu den vielen Übungen erscheinen und im Ernstfalle bei jedem Wetter und zu jeder Tages- und Nachtzeit ausrücken! Was würde das die Gemeinden oder das Land kosten, wenn diese Arbeit bezahlt werden müßte! Es ist daher dieser Betrag nicht als ein Geschenk anzusehen, sondern als eine Pflichtleistung, was der Finanzausschuß auch voll und ganz eingesehen hat, als er den Betrag von 2,536.000 S bewilligte. (Beifall und Bravorufe.)

**Abg. Wallner:** Hohes Haus! Im Jahre 1946 wurde der Steiermärkischen Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft ein Großteil der Förderungsaufgaben in der Landwirtschaft vom Landtag übertragen. Ich fühle mich als verantwortlicher Vertreter der Landwirtschaftskammer verpflichtet, zu diesem Kapitel zu sprechen und aufzuzeigen, was hier in der Landwirtschaftsförderung getan wird.

Es wird heute von der Landwirtschaft viel verlangt und man hört immer wieder das Wort von der Notwendigkeit der Produktionssteigerung. Wir müssen aber sehen, daß dazu noch sehr viele Voraussetzungen fehlen. Nun haben wir im Jahre 1946, als wir in der Kammer die Aufgaben der Landwirtschaftsförderung übernommen haben, sofort erkannt, daß wir in erster Linie einsetzen müssen bei der Bildung und Aufklärung und fachlichen Schulung insbesondere des Berufsnachwuchses. Es ist eine Tatsache, daß wir heute mit der Einführung der neuzeitlichen Methoden in der Produktion, mit den verschiedenen Erkenntnissen, die uns die verschiedenen landwirtschaftlichen Forschungsinstitute zur Verfügung stellen, es deshalb oft noch schwer haben, weil es in der Landwirtschaft nicht so wie in der Industrie in einem geschlossenen großen Betrieb möglich ist, neue Erzeugungsmethoden einzuführen, da wir es ja in der Landwirtschaft mit vielen einzelnen, rund 77.000, meist kleineren, bäuerlichen Betrieben zu tun haben. Es ist so, daß der fachlichen Schulung unseres Nachwuchses bisher viel zu wenig Bedeutung beigemessen wurde.

Wir hatten in der Steiermark drei bis vier landwirtschaftliche Schulen zur Verfügung, die vielleicht 120 bis 150 junge Menschen jährlich aufnehmen und ausbilden konnten, während wir gleichzeitig rund 3000 Besitznachfolger in der Steiermark haben. Deshalb ist die Kammer darangegangen, dem Ausbau des Schulwesens ein größeres Augenmerk zuzuwenden. Wir haben durch die Kammer-Fachkurse eine neue große Bildungsmöglichkeit für unseren Nachwuchs geschaffen. Im Winterhalbjahr 1948/49 haben wir mit 12 Kursen begonnen, im nächsten Jahre waren es bereits 35 und heuer sind es bereits 58 Kammer-Fachkurse und nachdem wir im vorigen Jahre 30 neue Betriebsberater und landwirtschaftliche Lehrer eingestellt haben, können wir im heurigen Winter bereits mehrere hundert Bauernburschen in diesen Kursen schulen. Daneben haben wir noch 50 hauswirtschaftliche Kurse für Mädchen, wir haben eine Waldbauernschule im Schloß Pichl im Mürztal, wo laufend Kurse zur Ausbildung von Holzarbeitern und jungen Bauernsöhnen durchgeführt werden. Eine Melkerschule haben wir im Schloß Kornberg, wo im abgelaufenen Jahre 64 Teilnehmer geschult wurden.

Wir haben schließlich einen Bund der Landjugend. Diese Organisation der bäuerlichen Jugend wurde zu dem Zwecke geschaffen, um die jungen Leute, die diese verschiedenen Kurse und Schulen besuchten, auch weiterhin zusammenzufassen, um so systematisch und planmäßig den Fortschritt in der Landwirtschaft zu verbreitern und zu befestigen. Ich möchte erwähnen, daß innerhalb dieses Bundes der Landjugend allein im diesem Jahre tausende Versuche gemacht wurden, mit dem Ziel, wer auf 100 m<sup>2</sup> Kartoffelanbaufläche den größten Ertrag herausbringen kann. Auf allen Gebieten, auf dem Gebiete der Fütterung, der Saatzucht und des Kunstdüngers, wurden tausende Versuche angestellt und uns damit die Möglichkeit gegeben, die Landwirtschaftsförderung wirklich weitgehendst zu verbreiten. Ich war bei verschiedenen Leistungswettbewerben dabei, bei denen schöne Erfolge erzielt wurden und die vielleicht wichtiger sind, als so manche sportliche Veranstaltungen, die oft schon als ein Unfug bezeichnet werden können. Ich war selbst dabei, als im Schloß Pichl im Mürztal 12 Zwei-Mann-Gruppen als Bezirkssieger zum Landes-Leistungswettbewerb im Holzfällen und Blochschneiden antraten. Es war eine Freude zuzuschauen, wie da ein Baum von  $\frac{3}{4}$  Festmeter in der Bestzeit von 28 Minuten gefällt, entrinde, entästet und marktfertig geschnitten wurde. Es kommt dabei sehr viel auf die richtige Vorbereitung des Werkzeuges und die richtige Arbeitsmethode an. Das sind alles Dinge, die wir heute im Bund der Landjugend systematisch betreiben. Wir sind der Überzeugung, daß hier ein Weg beschritten wird, der uns bisher gefehlt hat und über den die Förderung der Landwirtschaft in entscheidender Weise betrieben werden kann.

Neben der Bildung und Schulung unseres Berufsnachwuchses müssen wir, wie es unsere Aufgabe ist, die einzelnen Betriebszweige in der Landwirtschaft fördern.

Wir haben da einmal die Tierzuchtförderung. Ich will Sie nicht langweilen, sondern nur einige in-

teressante Zahlen anführen: Wir haben z. B. in der Tierzuchtförderung 32.000 Kühe unter ständiger Kontrolle. Monatlich geht der Leistungskontrollor hinaus und stellt Milchmenge und Fettgehalt genau fest. Man hört oft die Frage aufwerfen, ob die Tierzuchtförderung wirklich leistungssteigernd sich auswirkt. Dazu muß ich anführen, daß wir 1940 noch eine durchschnittliche Jahresmelkung von 2439 kg mit 94 kg Fett, das sind 3,4% Fettgehalt hatten, während wir im Jahre 1949 eine Durchschnittsleistung bei diesen 32.000 Kühen von 2803 kg mit 109 kg Fett, das sind 3,88% Fettgehalt, hatten. Es ist uns also in diesen neun Jahren gelungen, bei diesem großen Durchschnitt doch die durchschnittliche Leistung je Kuh um 364 kg je Jahr zu steigern. Im abgelaufenen Jahr 1950 haben wir 4800 angekörte Stiere zur Aufstellung gebracht und ich darf dem Hohen Hause berichten, daß auch die im Vorjahr aufgenommene künstliche Besamung sehr gute Fortschritte macht. Wir haben am 1. Jänner dieses Jahres mit sieben Stieren gearbeitet und haben derzeit bereits 15 Stiere in drei Besamungsstationen stehen, und zwar in Gleisdorf, Strettweg bei Judenburg und im Ennstal. Wir waren von vornherein nicht von der Absicht getragen, die Sache besonders propagandistisch zu forcieren, sondern wir wollten die Sache aus sich heraus und von selbst wachsen lassen. Und man kann heute sagen, es wurden damit wirklich gute Fortschritte erzielt.

Wir haben im vergangenen Jahr außerdem 338 angekörte Eber für die Verbesserung der Schweinehaltung aufgestellt. Wir denken daran, im Rahmen des ERP-Programmes eine Mastleistungsprüfungsanstalt für Schweinezüchter zu errichten, weil sich heute die Versuche bzw. die Kontrollen nur dahin erstrecken, das Vierwochengewicht der Ferkel festzustellen um daraus auf die Güte der Muttersau zu schließen. Es ist aber künftig notwendig, aus jedem Wurf einer Herdebuchsau zwei Tiere in diese Versuchsanstalt aufzunehmen, um hier bei gleichen Voraussetzungen und bei gleichen Futterverhältnissen herauszufinden, welche Blutlinien die besten Anlagen bezüglich der Futterverwertung haben. Es wurden in Holland und Dänemark auf diesem Gebiete schon sehr interessante Ergebnisse erzielt. Es kommt vor, daß bei manchen Tieren bis zu 50% höherer Futteraufwand notwendig ist, um das gleiche Resultat zu erzielen wie bei anderen Tieren mit anderen Blutlinien, so daß wir hier durch diese Kontrolle der Leistungsanlagen die verschiedenen Blutlinien herausbekommen. Wie dem Landtag bekannt ist, ist eine Aktion im Gange, um die Tuberkulose bei unserem Rinderbestand nach und nach auszumerzen. Wir haben bisher im Rahmen dieser Aktion 4589 Rinder untersucht, davon haben reagiert 1129 Stück, also 24,6% der Tiere. Wir haben andere Länder, vor allem die Schweiz, Schweden, Amerika, die längst mit dieser Aktion fertig sind und heute auf tuberkulosefreie Bestände zeigen können. Wir sind durch die Kriegsereignisse und die Nachkriegsereignisse erst heute dazu gekommen, diese Aktion durchzuführen und wir sind tätig, um diese Möglichkeit der Ansteckung des Menschen aus dem Wege zu räumen, so daß wir imstande sind, tuberkulfreie Milch nach und nach erhalten zu

können. Im Rahmen dieses Voranschlaßes müßte der Betrag, den das Land aufwendet, um 100% erhöht werden.

In der Pflanzenbauförderung ist die Grundlage die entsprechende Aufbewahrung des anfallenden Düngers. In unseren Bauernwirtschaften ist die Produktion der Landwirtschaft dadurch gehemmt, daß viel zu wenig technische Einrichtungen da sind. Es besitzen von 78.000 Betrieben in der Steiermark nur ungefähr 10.000 Düngerstätten. Durch die vielen Anmeldungen im Rahmen des ERP-Programmes reichen die Mittel nur, um einen bescheidenen Zuschuß von 25 bis 30% geben zu können, die notwendig sind, den kleinen Bauern zu ermöglichen, eine Düngerstätte zu errichten. Es wurde die Saat-zuchtstation von Kornberg errichtet, in ihrer Tätigkeit vom Bund unterstützt, dort wurden Hebridenmaisversuche mit sehr gutem Ergebnisse gemacht. Heimische Gerstensorten wurden zusammengesucht, die vernachlässigt wurden und die hat man durch Kreuzungen so weit gebracht, daß wir im nächsten Jahre bereits eine große Menge von Gerste hinausgeben können, die besser im Ertrage ist, als was bisher festgestellt werden konnte.

In der Forstwirtschaft haben wir in 32 Kammerfachkursen Unterricht erteilt, die von 1400 Teilnehmern besucht wurden. Wir haben 106 Fortbildungskurse mit 1900 Besuchern, wir haben 8 Forstkurse abgehalten mit 160 Teilnehmern und in 100 Wandervorträgen vor über 4000 Besuchern gesprochen. Im Schloß Pichl wurden 35 Kurse mit 680 Teilnehmern im Laufe dieses Jahres, außerdem 14 Kurse für Sprengmeister und Holzmesser abgehalten. Weil der Bauer nicht in der Lage war, sein Holz selbst auszumessen und beim Verkauf nicht das erhält, was ihm gebührt, sind wir jetzt daran, in allen Landesteilen junge Leute heranzubilden als Holzmesser, die uns dann zur Verfügung stehen, damit die notwendigen Ausmessungen durchgeführt werden können. Der Forstgarten hat 150.000 Forstpflanzen abgegeben in diesem Jahre. Wir hoffen, daß wir diese Anzahl im nächsten Jahre verdoppeln. Es ist ein Mangel an Pflanzen heute vorhanden und das Nachsetzen kann nicht vorgenommen werden, weil es an Pflanzen fehlt. Mit unseren eigenen Katapillengeräten haben wir 120 km Waldaufschließungswege angelegt. Wir haben kleine Güterwege in Gegenden vorgetrieben, wo es früher unrentabel war, das Holz zur Bahn zu bringen.

In der Obstbauförderung sind wir nach wie vor von großer Sorge gequält. Das heurige trockene Jahr hat es bewirkt, daß die San-Josè-Schildlaus in Massen aufgetreten ist, wie bis heute noch nie. Der heiße Sommer hat dazu geführt, daß dieses Insekt sich in 3 Generationen vermehrt hat. Wir mußten dieses Insekt feststellen in Gebieten, wo es bisher noch nicht aufgetreten ist. Wir stehen hier vor großen Schwierigkeiten, die uns schier unüberwindlich erscheinen. Wir brauchen, um die Spritzungen nach dem Pflanzenschutzgesetz durchführen zu können, ungefähr 3000 Motorspritzen und 12.000 Karrenspritzen, um vom Standpunkte der Betriebsmittel aus die Spritzungen durchführen zu können. Wir haben derzeit nur 166 Motorspritzen und 1200 Karrenspritzen anstatt 12.000. Vom Stand-

punkte der Geräte aus sind wir nicht in der Lage, eine obligatorische Spritzung der Baumbestände durchzuführen, abgesehen von den Kosten, die einen ungefähren Betrag von 15 Millionen Schilling notwendig machen. Sie sehen, daß wir vor einer äußerst schwierigen Aufgabe stehen und trotzdem trachten, einzelne Gemeinden herauszunehmen, wo die Obstzüchter soweit sind, daß sie über genügend Geräte verfügen, um systematisch diese Schädlinge bekämpfen zu können.

Eine neue Gefahr ist der Kartoffelkäfer. Es wird Ihnen nicht unbekannt sein, daß wir im abgelaufenen Jahr im Bezirk Liezen bereits in 51 Gemeinden den Kartoffelkäfer feststellen mußten, der aus dem Westen vordringt. In Straßgang und Gamlitz sind auch schon Herde festgestellt worden. Wir müssen rechnen, daß wir im nächsten Jahr ein starkes Auftreten des Kartoffelkäfers in Steiermark nicht verhindern können. Es wird notwendig sein, die Kartoffelfelder zu bespritzen, was vermehrte Kosten und Arbeitsleistung erfordert. In Frankreich ist keine Kartoffelernte möglich, ohne eine zweibis dreimalige Bespritzung der Kartoffeläcker. So steht auch hier die Landwirtschaft vor einer schwierigen Aufgabe. Ich darf noch anführen, daß die Landwirtschaftskammer in Gleisdorf eine große Obstbaumanlage errichtet, über die wir große Mengen an sortenechten Obstbäumen an unsere Obstbautreibenden ausgeben können.

Nun die Weinbauförderung! Wir haben 3200 ha Weingärten, davon 2400 ha Edelwein bei 10.000 Weinbautreibenden. Der Weinbau ist jene Betriebsart, wo man besonders in der Nachkriegszeit erklärt hat, daß das Geld nur so hereinrinnt, weil die Weinpreise hoch waren. Heute muß man wieder feststellen, daß der Weinbau unter großen Schwierigkeiten leidet, er hat große Aufwendungen für die Bekämpfung der Krankheiten, große Arbeitsleistungen, weil er in Steiermark nur auf Steilhängen gedeiht, was mit größeren Kosten verbunden ist, als in den ebenen Flächen Niederösterreichs, Burgenlands und in anderen Ländern. Nichtsdestoweniger müssen wir die Weinbaubetriebe fördern, weil viele kleine Familien (Winzerfamilien) vom Ertrag des Weinbaues leben müssen. Wir haben in Steiermark 47 Rebschulen, wo jährlich 1.700.000 Rebpflanzen ausgegeben werden. Wir haben 35 Weinbaukurse abgehalten und 30 Kellerwirtschaftskurse, wir haben Vorträge in der Kammer für Land- und Forstwirtschaft und in den Fortbildungsschulen zur Förderung des steirischen Weinbaues gehalten. Zur Förderung des steirischen Weinabsatzes haben wir in Graz eine Weinkost errichtet, die sich sehr guten Zuspruches erfreut. Ich muß immer wieder feststellen, wenn Besucher aus dem Auslande und aus anderen Bundesländern nach Graz kommen und die steirischen Weine kosten, dann erklären, daß der steirische Wein jedem Erzeugnis Europas bezüglich der Qualität standhalten kann. Wir haben heute in der Weinbauförderung so weit gearbeitet, daß wir bereits auf steirische Spitzenweine hinweisen können.

Nun zur Gartenbauförderung: Wir haben in der Steiermark 1900 ha Gemüseanbaufläche, 800 erwerbsmäßige Gartenbetriebe und 2 große Ge-

müsesaatzuchtbetriebe. Ich darf hier feststellen, daß im großen und ganzen der Konsum in der Steiermark mit heimischem Gemüse bereits versorgt wird und daß wir intensiv die Schulung betreiben. Wir haben 120 Lehrlinge im Laufe dieses Jahres durch die gärtnerische Berufsschulung, die die Landwirtschaftskammer errichtet hat, geschult.

Ich darf abschließend, nachdem ich auf diese Tätigkeit hingewiesen habe, noch eines sagen. Es wird der Landwirtschaft oft zu Unrecht der Vorwurf gemacht, daß sie zu wenig produziere. Es ist kürzlich vom Präsidenten des österreichischen Gewerkschaftsbundes auf einer Gewerkschaftstagung in Wien erklärt worden, daß die Landwirtschaft zu wenig hergibt und daß in der Industrie Produktionsziffern von 130% zu 100% vor dem Kriege bereits erzielt werden, während die Landwirtschaft erst bei 70% des Vorkriegsindex hält. Ein solcher Vergleich ist aber schwer anzustellen. Wir tun uns in der Landwirtschaft viel schwerer als in Industrie und Gewerbe, ganz abgesehen davon, daß diese Betriebe eine wesentlich größere Förderung erfahren als die Landwirtschaft. Ich darf nur anführen, daß die gesamte Landwirtschaft nur ungefähr 10% der Marshall-Hilfsmittel zur Verfügung erhielt, um die notwendigsten Investitionen durchführen zu können. Es ist nicht unsere Schuld, daß wir heute vor großen Aufgaben stehen und die landwirtschaftliche Bevölkerung seinerzeit nicht die notwendige Schulung und Ausbildung erhielt, um jetzt plötzlich all diesen neuen Aufgaben gewachsen zu sein. Es ist so, wie Herr Präsident Stockbauer heute Vormittag in der Generaldebatte schon betont hat, daß die Fraktion der Sozialisten großes Verständnis für die Fragen der Landwirtschaft aufbringt. Dazu muß ich sagen, wir dürfen uns hier im allgemeinen in der Steiermark ja nicht beklagen. Es ist bestimmt viel Verständnis für die Lage der Landwirtschaft vorhanden. Ich wäre aber froh, wenn der Herr Präsident Stockbauer diese Ausführungen vor seinen Freunden in Wien machen würde. Ich will nicht übertreiben, ich bin ein Gegner von Übertreibungen, aber ich muß feststellen, daß ich es oftmals erleben mußte, daß sich bei den verschiedenen Verhandlungen, wo es sich um die Erhöhung der Agrarpreise gedreht hat, in Wien immer den Eindruck hatte, daß die Führer der Sozialistischen Partei über ihre Landesgrenze nicht hinaussehen oder glauben, in der Bauernschaft nur Leute vor sich zu haben, die nur als Großbauern spazieren gehen über ihre Felder, um den Arbeitern Anweisungen zu geben. Man ist sich nicht klar darüber, daß wir es in Österreich vor allem mit mittleren und kleinen Bauernbetrieben zu tun haben. In der Steiermark sind von den 78.000 Betrieben über 82% mit unter 10 ha Kulturläche. Das ist auch ein Grund, warum wir in der Mechanisierung große Schwierigkeiten haben. Die Erzeugung von landwirtschaftlichen Ernährungsgütern ist in der Welt heute vielfach mechanisiert und industrialisiert worden. Wir haben es aber hier in Österreich mit ganz anderen Betrieben zu tun. Es liegt in der Struktur unserer Gebiete, daß wir nicht in dem Ausmaße mit Maschinen arbeiten können wie in anderen Teilen der Welt. Es fehlen

uns auch die Mittel dazu. Es hat der Herr Präsident Böhm bei dieser Tagung auch erklärt, die Landwirtschaft hätte große Überschüsse aus der Konjunkturzeit der vergangenen Jahre und sie solle das in Stallbauten, Silobauten usw. anlegen, statt sich Konzertflügel und Badezimmer zu beschaffen. Ich muß solche Pauschalverdächtigungen wirklich ernsthaft zurückweisen. Das mögen einige Weinbauern in Niederösterreich sein, bei denen so etwas möglich war. In der großen Masse der Bauernschaft ist es aber so, daß wir in diesen Jahren der Nachkriegszeit wohl als einziger Berufsstand so unter den Zwangsmaßnahmen der Bewirtschaftung gestanden sind, daß wir uns kaum rühren konnten, wenn man von den wenigen Bauern absieht, die einmal  $\frac{1}{2}$  kg Fett oder Fleisch mitnahmen, um es in der Stadt einzutauschen oder einen ungebührlich hohen Preis verlangten, aber nicht an jene Masse denkt, die ihre Pflicht absolut erfüllt hat.

Wir haben in der Steiermark allein in diesen 4 Jahren Nachkriegszeit im Durchschnitt jedes Jahr 16- bis 18.000 Waggon Lebensmittel auf dem ordentlichen Ablieferungsweg zur Ablieferung gebracht, obwohl die Preise durchwegs nicht der Höhe der Produktionskosten entsprochen haben. Diese Verhandlungen über die Neuregelung der Agrarpreise ziehen sich so in die Länge, es werden derartige Schwierigkeiten gemacht und der Bauer mußte noch die Milch um 52 Groschen pro Liter abliefern, zu einer Zeit, in der die Produktion der Milch pro Liter auf über 70 Groschen kam. Es scheint oft so, als ob die Landwirtschaft mit den Millionen, die ihr zur Verfügung gestellt werden, weiß Gott wie gefördert würde. Wenn es uns gelingen würde, den Milchpreis nur um 40 Groschen zu erhöhen, könnten wir auf die gesamten Förderungsmittel verzichten, weil diese Erhöhung den gleichen Betrag ausmachen würde als der, der der gesamten Landwirtschaft in Form der Förderung zukommt. Aber man gibt es uns lieber auf diesem Weg und hält es uns dann vor. Beim Getreidepreis ist es ebenso! Wir sind in Schwierigkeiten mit Brotgetreide, wir haben einen Mangel an Brotmehl. Das liegt daran, daß wir schon lange darnach trachten, einen ordentlichen Getreidepreis zu erzielen. Erst im Oktober d. J. wurde der Getreidepreis geregelt in einer Art und Weise, die sehr unbefriedigend war. Wir können nicht gegen den Strom schwimmen. Wenn der Hafer als Futtermittel schon S 1-70 kostet und wir den Weizen um S 1-35 hergeben sollen und den Roggen um S 1-10, so ist es für uns unmöglich, durchzukommen. Wir haben bei Getreide einen Index von 370 und bei Milch von 400. Der Bauer wird vielfach falsch beurteilt. Der Schüler sieht am Bauernhof immer nur die Grundstücke und den Viehbestand. Er glaubt, der Bauer ist ein Kapitalist. Er weiß nicht, daß das alles für den Bauern Betriebsmittel sind so wie für den Handwerker das Werkzeug. Wenn wir aber jemanden brauchen, um etwas nachzuschaffen, um die Wirtschaftsgebäude instandzuhalten, dann haben wir einen Index von 600 bis 1000. Im Jahre 1937 konnten wir mit 30 Liter Milch einen Handwerker bezahlen, einen Maurer, Zimmerer oder Tischler. Heute müssen wir 70 oder

80 Liter Milch verkaufen, um eine Tagesschicht eines Handwerkers bezahlen zu können. Wenn wir aus der Stadt für Instandsetzungsarbeiten an Wasserleitungen, z. B. einen Techniker brauchen, der rechnet uns schon die Fahrt an als Arbeitszeit. Wenn der Bauer auch jeden Gang und jeden Weg, den er auf seinem Grund machen muß, um seinen Beruf nachzugehen, anrechnen würde, dann würde der Liter Milch heute schon 5 S kosten. Aus diesen Umständen ist auch die Landflucht zu erklären. Wir sollen unsere Dienstboten bezahlen wie die Industriearbeiter. Wir täten es gerne und würden unseren Mitarbeitern genau so wie in anderen Berufsständen gerne das geben, was ihnen für ihre Arbeit gebührt. Wenn es aber darauf ankommt, uns die Möglichkeit dafür zu verschaffen, dann weiß man nicht, was man machen soll, dann redet man tauben Ohren, dann wird uns alles vorenthalten. Es ist jedenfalls eine Tatsache, daß man heute schon wieder von einer Notlage in der Landwirtschaft sprechen muß. Wir haben keine Betriebsmittel, es können keine Kredite gewährt werden. Sie können die Briefe sehen und lesen, die täglich kommen, worin sich die Leute beschweren und worin sie sagen, daß sie einfach nicht mehr mitkönnen. Es gibt Bergbauern, die Haus und Hof verlassen müssen, weil sie den Stall nicht mehr ausbauen können, weil sie das Wohnhaus nicht mehr herrichten lassen können, weil alles zu viel kostet und das Einkommen zu niedrig ist.

Das ist ein kleines Bild von den Schwierigkeiten, die bei uns vorhanden sind. Wir wissen ja, daß wir eine große Pflicht zu erfüllen haben. Es muß uns aber auch, was wir brauchen, gegeben werden, damit wir in der Lage sind, nicht nur unsere Produktion aufrecht zu erhalten, sondern sie so zu steigern, daß einmal, wenn aus politischen Gründen wir nicht mehr so viel einführen können und wir auf uns selbst gestellt sind, unsere Versorgung gewährleistet ist.

Ich darf noch einmal feststellen, daß hier im Steiermärkischen Landtag im Rahmen der Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen, Verständnis aufgebracht wurde. Es sind hier verschiedene Posten in der Landwirtschaftsförderung erhöht worden, ich muß das anerkennen, aber ebenso bedauerlicherweise feststellen, daß allgemein gesehen, österreichisch gesehen, dort, wo die Würfel fallen, für die entscheidenden Fragen unserer Landwirtschaft bei weitem nicht jenes Verständnis herrscht, wie es hier festzustellen ist. (Allgemein sehr lebhafter Beifall und Bravorufe.)

Abg. Koller: Hohes Haus! Ich möchte nicht versäumen, bei Behandlung der Gruppe 7 jener braven Landarbeiter zu gedenken, die uns trotz mancher Schwierigkeiten noch immer treu zur Seite stehen und treu zur Scholle halten. Wenn nun in Gruppe 7 Treueprämien für die Landarbeiter eingesetzt sind, so ist das nur richtig. Man muß Gelegenheit haben zu sehen, wie diese Menschen sich freuen, wenn ihnen ein kleiner Geldbetrag bei Landarbeiter-ehrunen in die Hand gedrückt wird. Wie oft müssen diese braven Menschen Tröster des Bauern sein, wenn er im Stall Unglück hat oder wenn der Hagelschlag die Ernte zerstört und er nicht aus noch

ein weiß. Wohin wendet er sich dann, es ist dann oft so, daß ein braver Helfer ihn tröstet und neue Wege suchen hilft, um den Schaden irgendwie gutzumachen. Es ist oft so, daß eine brave Landarbeiterin auf längere Zeit Mutterstelle bei den Kindern vertreten muß, wenn die Frau im Hause krank ist. Auch bei anderen Anlässen wird oft auf längere Zeit diese Landarbeiterin Mutter und Hausfrau vertreten müssen.

Wenn ein weiterer Betrag für die Seßhaftmachung der Landarbeiter festgesetzt wurde, so ist das nur zu begrüßen. Es ist nur so möglich, daß mancher brave Landarbeiter, der gerne in der Landwirtschaft bleiben möchte, aber nur dann bleiben kann, wenn man ihm ein Eigenheim schafft, Mittel zur Verfügung bekommt, womit man ihm hilft. Man kann dadurch manche Menschen leichter bei der Scholle halten. Aber auch dem Bauern sollte die Möglichkeit gegeben werden, durch hinreichende Mittel und Beihilfen eine Wohnung zu bauen. Eine solche Wohnung, wo er sich aufhalten kann. Heute hat er eine Wohnung, die oft und oft nicht allen menschlichen Bedürfnissen entspricht. Dies ist aber nicht die Schuld des Landwirtes, sondern es besteht nicht die Möglichkeit, sich eine solche zu errichten. Wenn man diese kleinen bescheidenen Dinge den Landarbeitern gibt, wird es möglich sein, so manchen dieser braven Leute bei der Scholle zu erhalten. War auch im heurigen Jahr ein größerer Betrag für diesen Zweck nicht zu erhalten, so hoffe ich, wird es in den nächsten Jahren möglich sein, für diese braven Helfer, die uns immer treu zur Seite stehen, einen größeren Betrag in Gruppe 7 einzusetzen. (Bravorufe, Händeklatschen.)

**Abg. Praßl:** Hohes Haus! Die Förderung der Landwirtschaft bedeutet nicht eine Subvention an die Landwirtschaft, sondern die Förderung der Landwirtschaft ist eine Hilfe für das ganze Volk. Wie schon Präsident Wallner ausgeführt hat, hat die Landwirtschaft in allen ihren Sparten eine Förderung erfahren. Insbesondere soll die Jugend zu tüchtigen Landwirten herangebildet werden, wenn unser Volk die Nahrungsfreiheit erreichen soll. Das ist das Streben aller, damit das Geld im Inland seinen Kreislauf nimmt.

Wenn ich mich jetzt dem kleinsten und riskantesten Beruf in der Landwirtschaft, dem steirischen Weinbaue zuwende, so möchte ich folgendes sagen. Der steirische Weinbau beträgt nur etwas über 5% der Kulturfläche in Steiermark und trotz dieser kleinen Fläche ist er in volkspolitischer Hinsicht von eminenter Bedeutung. Auf kleinstem Grund ernährt sich eine Familie dort und noch dazu an der Sprachgrenze. Das waren unsere besten und treuesten Österreicher, sie verdienen, daß man ihnen noch mehr zu Hilfe kommt. Im letzten Jahr ist viel geschehen, insbesondere durch Ausbau der Kulturstätte Silberberg. Es ist eine Beispielsanlage in Straden gebaut worden, um dem Weinbaue wirklich jene Richtlinien geben zu können, wie er mit seinen Produkten Absatz findet und standhält in Bezug auf Qualität. Der Weinbau in unserem Lande ist riskant, es gibt keine Kulturpflanze, die so den tierischen und pflanzlichen Schäden ausgesetzt ist,

wie der Weinbau. Der Weingarten ist schwer zu bearbeiten, er kann nicht mit maschinellen Geräten bearbeitet werden, es muß alles mit Handarbeit gerichtet werden, es muß mit den Buckelkorb zuge tragen werden. Trotzdem sind die Weinbauern und Weinbauer immer frohen Mutes und verrichten ihre Arbeit zum Wohle der Gesamtheit. Im heurigen Jahr, als die Trockenheit dieses Gebiet so heimsuchte, mußte über den ganzen Sommer das nötige Spritzwasser oft über einen weiten Umweg zugeführt werden, das hat die Arbeit furchtbar verteuert. Wenn früher vor einigen Jahren eine Konjunkturzeit war, so ist diese jetzt vorüber. Es wird wiederum die Zeit kommen und sie ist schon da, daß unser steirischer Weinbau die Aufgabe übernimmt, daß jeder Steirer einen steirischen Wein trinken kann. (Bravorufe, Händeklatschen.)

**Abg. Berger:** Hohes Haus! Als Abgeordneter eines Bezirkes, der als einer der ärmsten Bezirke der Steiermark zu nennen ist, muß ich auf die Notlage der Bergbauern hinweisen, auf die Gefahr, die uns droht, wenn man glaubt, die Bergbauern ihrem Schicksal überlassen zu können. Es war ungefähr vor 25 Jahren, als ein Nationalrat im Parlament gesprochen hat, es wäre viel besser, unseren Bergbauern etwas zu geben, wenn sie die steinige und steile Scholle bearbeiten, als von ihnen noch Steuern und Abgaben zu verlangen. Ist dieser Wunschtraum jemals erfüllt worden? Ich glaube nicht. Ich war vor zwei Monaten in einer Bergbauerngemeinde, wo die Bauern über ihre Notlage sehr klagten und ihre Wünsche und Beschwerden vorbrachten. Ich mußte ihnen sagen, eure Kämpfe, eure Arbeit wird immer hart und schwer sein.

Schon vor 40 und 50 Jahren hat man auf die Notlage der Landwirtschaft, insbesondere der Bergbauern, hingewiesen. Es ist immer noch gelungen, eine Katastrophe abzuwenden, weil immer noch Bund und Land eingesprungen sind, um den größten Teil unserer Bergbauernhöfe zu erhalten. Unsere Bergbauern wissen ja, daß der Kampf auf den steilen Berghängen immer hart und schwer war. Aber wenn der Arbeitermangel noch krassere Formen annimmt, werden die Bergbauern nicht mehr soviel produzieren können, daß sie ihre Steuern und Abgaben leisten können. Es wird von den Bergbauern außerdem befürchtet, daß, wenn es so weitergeht, sie gezwungen werden, eines Tages Haus und Hof zu verlassen, in die Stadt zu ziehen und sich bei der Industrie einen neuen Lebensunterhalt zu suchen. Ich brauche nicht zu betonen, was es bedeuten würde, wenn diese Befürchtungen Tatsache würden.

Ich möchte aber noch auf eine andere Gefahr hinweisen. Wir wissen, daß unser ewiger Blutquell die Bauernfamilie ist und ganz besonders die Bergbauern. Manch gelehrter Professor und Politiker ist aus einer Bergbauernfamilie hervorgegangen. Ich darf auf unseren verehrten Bundespräsidenten Dr. R e n n e r hinweisen, der auch aus einer Kleinbauernfamilie hervorgegangen ist. Wenn dieser ewige Lebensquell einmal versiegen sollte, könnte der Fall eintreten, daß unser schönes Steirerland von Menschen bewohnt werden würde, die nicht

mehr steirisch fühlen und denken, die nicht mehr steirische Jodler hinaussingen in Gottes freie Natur. Oder sollte sich da oder dort ein Steirer befinden, der den furchtbaren Fluch und diese schwere Verantwortung auf sich laden möchte, daß unsere Kinder einmal sagen könnten, unsere Eltern hätten es in der Hand gehabt, diese schwere Katastrophe, die jetzt über uns hereingebrochen ist, zu verhindern, haben es aber nicht getan? Aus diesen eben angeführten Gründen bitte ich das Hohe Haus, alles zu tun, um diese Befürchtungen nicht wahr werden zu lassen und ich bin der Überzeugung, daß unsere Bergbauern, wenn sie sehen, daß wir festen Willens sind, ihnen Unterstützungen angedeihen zu lassen, wieder neuen Mut und neue Kraft schöpfen werden, ihre steinigten und steilen Bergbauerngründe zu bearbeiten und wieder soviel zu produzieren, daß sie ihre Steuern und Abgaben entrichten können und damit ihr Schärflin beitragen, daß unser Steirerland, unser Österreich, ein glückliches, friedliches, aufbauendes Land werde. (Beifall und Bravorufe.)

**Abg. Ebner:** Im Anschluß an die Ausführungen des Kollegen Berger möchte ich einen Ausschnitt aus dem Kapitel der Besitzfestigungen geben. Es ist richtig, wenn Berger sagt, daß es bei uns Gebirgsbauern ganz düster bestellt ist mit der Sicherheit der Existenz. Bestätigt wird diese Tatsache dadurch, daß in der agrartechnischen Abteilung bereits 907 Bewerber aufscheinen, um eine Besitzfestigung bzw. um einen Zuschuß zur Instandsetzung ihrer Wirtschaften. Die Abteilung hat sämtliche dieser Ansuchen gründlich untersucht und hat dabei 194 Fälle ausscheiden können. 115 Fälle wurden abgetreten an die Land- und Forstwirtschaftskammer, um dort aus ERP-Mitteln Beträge für Stallverbesserungen zu erhalten. In 227 Fällen wurden Zuschüsse gewährt und 371 sind noch zu bearbeiten. Hiefür wäre im Durchschnitt pro Betrieb ein Betrag von rund 10.000 S notwendig, damit der einzelne Bauer einigermaßen gesichert würde. Das würde ein Gesamterfordernis von 3,7 Millionen Schilling für das Land ausmachen. Es ist erfreulich, daß heuer das zweitemal im Landesbudget überhaupt ein Betrag für solche Zwecke vorgesehen ist. Ich möchte abermals dafür dem Finanzausschusse den Dank zum Ausdrucke bringen, daß dieser Betrag auch noch etwas erhöht wurde. Er beträgt jetzt insgesamt 700.000 S. Wenn wir aber bedenken, daß 3,7 Millionen Schilling notwendig wären, so ist dies unzulänglich, wenn auch noch Bundesmittel herangezogen werden. Das wird zur Folge haben, daß so mancher dieser Gesuchwerber von seinem Schwalbennest oben am Berg wird abziehen müssen. Das ist eine traurige Wahrheit, aber es ist nicht anders. Wollen wir unsere Bergbauernwirtschaften erhalten, dann ist es notwendig zu ihrer Existenzsicherung, daß man in erster Linie den Güterwegbau forziert. Es ist ja ein ansehnlicher Betrag dafür eingesetzt, und zwar 2,8 Millionen Schilling. Wenn man aber bedenkt, daß 44 Millionen Schilling notwendig wären, um die 300 vorliegenden Ansuchen bezuschussen zu können, ist auch hier wiederum nur ein Tropfen auf einen heißen Stein.

Eine weitere Notwendigkeit ist der Düngerstättenbau. Es ist im Landesbudget ein Betrag für Pflanzenbauförderung eingesetzt und aus diesem Titel müßte man etwas für die Düngerstätten herausnehmen. Es sind aber leider nur 800.000 S vorgesehen und ein 20%iger Baukostenzuschuß würde 25 Millionen Schilling erfordern. Es sind bei diesen Ziffern derartige Mißverhältnisse, daß einschließlic ERP-Hilfe und Bundesmittel immer nur erst ein Fünftel der benötigten Beträge herauskommt.

Ein weiterer Punkt ist die Technisierung der Landwirtschaft. Ansuchen um Maschinenbeschaffungszuschüsse liegen bei der Kammer so viele vor, daß bei einem 20%igen Zuschuß ein Betrag von 5,7 Millionen Schilling notwendig wäre. Im Landesbudget haben wir für diesen Zweck 300.000 S. Ich sage, ja es ist etwas, doch man kann damit nicht durchgreifen. Hohes Haus! Es wird nach meinem Dafürhalten unmöglich sein, daß wir die Bergbauern halten. Sollte dem aber nicht so sein, daß man diese Betriebe aufgeben will, dann müßten die Beträge in Zukunft wohl wesentlich erhöht werden. (Beifall und Bravorufe.)

**Abg. Hofmann:** Hohes Haus! Der Präsident der Landwirtschaftskammer Wallner hat hier mehr oder minder eingehend ausgeführt, welche ungeheure Leistungen zweifellos unsere steirische Landwirtschaftskammer in den letzten Jahren und besonders im letzten Jahre vollbracht hat. Er hat auch angeführt und ich gebe ihm hier vollkommen recht, daß unser Bauernstand in der Steiermark leider immer mehr und mehr den Tag näherrücken sieht, wo wieder eine ganz ungeheure Verschuldung unter den Bauern Platz greifen wird, so wie wir es nach dem ersten Weltkrieg erlebten und auch wahrscheinlich jetzt nach dem zweiten Weltkrieg werden erleben müssen. Gestatten Sie, daß ich diese Leistungen der Landwirtschaftskammer ohne weiteres anerkenne, die sie mit Hilfe des Bundes, des Landes oder anderer Körperschaften vollbringt, aber ich bemerke dazu, daß schließlich diese Leistungen für die Landwirtschaft und für die Bauern nichts anderes sind als Injektionen, die wohl notwendig sind, die nicht zu umgehen wären, aber die auch nichts ändern an dem Elend weiter Schichten unseres Bauernstandes, vor allem der Kleinhäusler und der Bergbauern. Ich glaube sagen zu müssen, daß in Österreich alle Landwirtschaftskammern vielleicht nicht ganz den richtigen Weg gehen. Es sind die alten, ausgefahrenen Geleise, die mehr oder weniger begangen werden, wir sehen nichts neues. Ich würde gerne hören von Vertretern der Bauerschaft, vor allem von Vertretern der Landwirtschaftskammer, daß sie sich mit neuen Gedanken tragen, wie man grundlegend dem Bauernstand helfen müßte und könnte. Wenn ich mir vorstelle, in einem Dorfe sind 40 Bauernwirtschaften, kleine, mittlere und größere, eine oder zwei ganz große, können Sie sicher sein, daß bei den 40 Bauernwirtschaften mindestens 38 Dreschmaschinen allein vorhanden sind. Sie werden mir zugeben, wenn ich einen maschinellen Betrieb hätte, in dem eine Maschine nur ganze 8 Tage im Jahr

arbeitet, daß dies kein rationell geführter Betrieb wäre. Es wäre angezeigt, einmal einen Weg zu suchen, wie man doch auch kleineren und mittleren Bauernwirtschaften zu einem Maschinenpark verhelfen kann, ohne daß sie so ungeheuer belastet werden. (Zwischenruf Abg. Wallner: „Wir haben 25 Maschinengenossenschaften gegründet!“) Aber viel zu wenig! Ich weiß, daß es notwendig wäre, an etwas anderes zu denken. Wir haben in Österreich seit der Monarchie ein Grundzusammenlegungsgesetz. Ich höre wenig von den Bauernvertretern in den Dörfern, daß man Grundzusammenlegungen macht. Von kleineren Fällen, so aus dem Fürstenfelder Bezirk ist mir etwas bekannt, doch die Bauern haben geschimpft, als das durchgeführt wurde. Ich habe Gelegenheit gehabt, mit einigen zu reden, die jetzt gegenteiliger Meinung sind. Hier wäre ein Weg zu suchen, um die Grundzusammenlegungen in den Dörfern, in den Marktflächen in die Wege zu leiten. Das würde zu einer rationellen Wirtschaft mehr beitragen, als die Subventionen, die gegeben werden. (Zwischenruf: „Das wäre ja gegen die Demokratie!“) Die Demokratie hängt nicht davon ab, daß irgend jemand eine Notwendigkeit erkennt und der andere zustimmt. Schauen Sie, es ist selbstverständlich, daß wir durchaus nicht dem das Wort reden, die Leute zu zwingen. Wir sind soweit demokratisch oder sozialistisch, daß wir jederzeit fragen, ob das, was durchgeführt wird, überhaupt dringend, gut und notwendig ist. So nur besteht die Möglichkeit, daß etwas Ersprößliches zustandekommt.

Präsident Wallner hat gesagt, es fehlt uns auch an den nötigen Geldmitteln. Daran ist bestimmt kein Zweifel. Wenn heute ein Landwirt zu einer kleinen Sparkasse gehen und sich Geld aufnehmen muß, wofür ungefähr 6 bis 9% Zinsen zu zahlen sind, so ist das eine Unmöglichkeit bei der heutigen Lage. Die Raiffeisenkassen sind seinerzeit gegründet worden, sind gegründet worden vor vielen Jahren, vor zwei Generationen. Ich glaube, daß sich der selbige Raiffeisen im Grabe umdrehen würde, wenn er die Praktiken der heutigen Raiffeisenkassen ansehen müßte, die grundverschieden sind von denen, an die er seinerzeit gedacht hat. Es muß Wege der Kreditgewährung an die Bauern geben, die anders sind als die heutigen.

Vor allem eines: Die Landwirtschaftskammer, die sich zweifellos bemüht, versagt auf dem Gebiete der Verkaufsvermittlung. Präsident Wallner hat sich darum bemüht und er wird auch von einer Seite der ÖVP im Wirtschaftsband nicht sehr gut behandelt deswegen. Es ist sicherlich zutreffend, daß er derjenige war, der einen neuen Weg gesucht hat, um den Bauern vor der Übervorteilung beim Verkauf zu bewahren. Nicht aber hat die Landwirtschaftskammer den Weg gefunden, um dem Bauern die Möglichkeit zu geben, Obst, Wein und andere Produkte entsprechend zu verkaufen. (Abg. Wallner: „Beim Obst sind wir schon dabei!“) Bei Obst war die Sache so: 1949 war ein wunderbares Obstjahr. Da sind die Vertreter von Ihnen hergegangen und haben gesagt: „Lagert das Obst ein, ihr kriegt dann einen anderen Preis.“ Ja einen anderen Preis haben sie gekriegt, aber nach der

falschen Seite und im Frühjahr 1950 sind tausende Kilogramm Obst verfault und mußten auf den Misthaufen geworfen werden. Wenn dem Bauern rechtzeitig gesagt worden wäre, verkauft lieber um einen billigeren Preis, so hätte er etwas Sicheres gehabt, jedenfalls wäre es besser gewesen, als daß tausende von Kilogramm wegzuerferten waren. So ist es auf manchen Gebieten und ich glaube, daß die Landwirtschaftskammer bemüht sein muß, da zu helfen durch eine vernünftige Verkaufsvermittlung.

Ich will Sie nicht länger aufhalten. Der Bauer hat ungeheures Mißtrauen gegen alles, was aus der Stadt kommt und was nicht vom Bauern stammt. Die Bauern sind vielleicht berechtigt, dieses Mißtrauen zu haben. Wenn ich mir vorstelle, daß man schon seinerzeit in der Monarchie den Bauern „gerettet“ hat und dann nach dem ersten Weltkrieg. Sie wissen selbst, was durch die unglückselige Agrarpolitik verschuldet worden ist, mit Schutzzöllen und allen möglichen Mitteln wollte man dem Bauern auf die Beine helfen. Es ist aber nicht gelungen. Eines ist sicherlich gelungen, den Bauern nach dem ersten und zweiten Weltkrieg genau so wie den Arbeiter, Angestellten und Beamten um seine Ersparnisse zu bringen. Es ist leider so, daß zwischen dem Arbeiter und Bauern noch andere stehen, die alle versuchen, die zwei Schichten der werktätigen Bevölkerung auseinanderzubringen. (Landesrat Dr. Illig: „Sie haben nicht für das Währungsschutzgesetz gestimmt?“)

„Der Gewerkschaftsbund!“ sagt der Herr Landesrat Dr. Elsnitz und spielt an auf die Worte des Herrn Präsidenten Wallner über die Ausführungen des Präsidenten Böhm. Ich kann mir Präsident Böhm in Wien schon vorstellen und was er sich denkt, wenn Bauern mit ihm reden, von denen er weiß, daß sie oder ihre Väter noch vor wenigen Jahren empört gewesen wären, wenn man sie als Bauern betitelt hätte und ihm also Vertreter gegenüberstehen, die alles andere, nur nicht Vertreter der Bauernschaft sind, sondern Großgrundbesitzer. Sie sind heute die Wortführer der Bauern und da dürfen Sie sich nicht wundern, wenn Präsident Böhm an eine wirkliche Bauernvertretung durch diese sogenannten Bauern nicht glaubt. Schauen Sie, wir haben draußen in den Dörfern viele sogenannte Bauernvertreter, die wohl auch nebenbei eine Wirtschaft haben, sich aber in erster Linie damit beschäftigen, die Erzeugnisse der anderen möglichst lukrativ für sich selbst zu verkaufen. Der ist Händler und Geschäftsmann und sonst noch alles mögliche, will aber als Bauernvertreter auftreten, obwohl er alle anderen Interessen eher hat, als das, den Bauern wirklich zu helfen. Sehen Sie, es wäre gut für den Bauernstand, wenn er sich einmal frei machen könnte von der Bevormundung durch Kreise, die mit der werktätigen Landbevölkerung, mit den Bauern selbst nichts mehr zu tun haben. (Zwischenruf: Landesrat Pirisch: „Wir sind schon mündig, wir brauchen keine Bevormundung!“) Einzelne sind es sicher, aber es genügt nicht, daß einzelne mündig sind, sondern es wäre notwendig, daß die Masse der Bauern selbst die Zügel in die Hand nimmt und sich nicht diesen Menschen an-

vertraut. (Landesrat Dr. Illig: „Die sollen sich wahrscheinlich unter Führung der SPÖ begeben!“)

Nun die Förderung für die Landwirtschaft. Ich weiß, daß gerade die Sozialistische Partei, und der Präsident Wallner hat das auch anerkannt, daß gerade wir Sozialisten in der Steiermark jederzeit bereit sind, alles zu tun, was im Interesse der Bauernschaft liegt und wo es gilt, Mittel zur Förderung der Landwirtschaft aufzubringen.

Nun noch eine kurze Mitteilung! Ich kenne eine Angelegenheit, wo ein Beamter der Landwirtschaftskammer dunkle Geschäfte gemacht hat. Bitte, das kommt auch anderswo vor. Er hat alles mögliche vermittelt und Angaben dafür genommen. Mittlerweile sind daraus Unterschlagungen von einigen 10.000 S entstanden. Ich bin der letzte, der der Kammer deswegen einen Vorwurf macht, weil davor niemand gefeit ist, einen Menschen zu finden, der nicht anständig ist. Aber ich glaube, man sollte so einen Fall nicht in der Form aus der Welt schaffen, daß man eine Hypothek aus Bauernkammermitteln auf das Haus und den Grund von Verwandten dieses Mannes gibt. (Zwischenruf: Abg. Wallner: „Das ist nicht wahr, Namen nennen, Nachweis erbringen. Das entbehrt jeder Grundlage!“) Da ein strafrechtliches Verfahren läuft, werde ich keinen Namen nennen, weil ich dadurch in ein schwebendes Verfahren eingreifen würde. (Landesrat Dr. Illig: „Sie reden aber doch die ganze Zeit davon!“ — Abg. Wallner: „Die Bauernkammer hat mit Recht den Schadenersatz verlangt und die Verwandten dieses Mannes haben sich bereit erklärt, den Schaden zu übernehmen, sind aber gezwungen, zur Schadensdeckung ein Darlehen gegen hypothekarische Sicherheit aufzunehmen. Ich erkläre deutlich, die Angehörigen haben eine Hypothek aufgenommen und nicht die Bauernkammer!“) Und ich erkläre noch einmal ausdrücklich, daß ich nicht der Meinung bin, die Förderungsmittel der Kammer seien für solche Zwecke da, um eine Hypothek auf ein Zinshaus zu geben, statt die Mittel den wirklich notleidenden Bauern zu geben. Das ist eine Verwendung, die ich nicht für richtig finde.

Ich glaube zum Schlusse noch das eine sagen zu müssen, zerstreuen wir doch das Mißtrauen, das zwischen Stadt und Land herrscht. Wir könnten es erreichen und dann würde es auch beiden Schichten der werktätigen Bevölkerung besser gehen. Arbeiter, Angestellte und Bauern sind die tragenden Säulen unserer Wirtschaft und damit des Staates und wenn diese Schichten der Bevölkerung, von denen das Wohl und Wehe eines Staates abhängt, zusammenstehen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete, dann wird es nicht nur im Interesse des Bauernstandes, sondern der gesamten Wirtschaft und damit der Republik gelegen sein. (Bravorufe und Händeklatschen bei SPÖ.)

Abg. Egger: Hoher Landtag! Es haben schon mehrere Vertreter aus dem Bauernstand über die Gruppe 7, Förderung der Land- und Forstwirtschaft, das Wort ergriffen. Gestatten Sie, daß ich als Vertreter eines der nördlichsten Bezirke auch zu diesem Problem einige Worte verliere. Über das Berg-

bauernproblem ist heute gesprochen worden und über die Notlage dieser Leute, die hoch auf dem Berge ihr Dasein fristen. Es wurde schon dereinst ein Titel für diese Bauern erfunden und der hieß „Elendsbauern“. Das sind jene Bauern, die sich in den sogenannten Entsidelungsgebieten befinden. Diese Menschen dort oben, Hohes Haus, führen ein Dasein, das Sie nicht alle hier verstehen und wenn man es Ihnen schildert, werden Sie es nicht glauben. Eines der schwierigsten Probleme für diese Bergbauern ist das des Landarbeitermangels. Das war schon immer eine ernste Frage und sie wurde jetzt dahin gelöst, daß es dort überhaupt keine Landarbeiter mehr gibt. Ich möchte in dieser hitzigen Debatte besonders darauf verweisen: Wenn wir der Landwirtschaft tatsächlich helfen wollen in der Form, daß es auch eine Wirkung hat im günstigen Sinne, dann geschieht dies bestimmt nicht dadurch, daß wir hier vom Land aus die paar Millionen dafür auswerfen, denn das ist wirklich nur ein Tropfen auf einen heißen Stein, wie heute schon einmal erwähnt wurde. Wenn wir in der Landwirtschaftsförderung ernste Wege beschreiten wollen, dann ginge das nur über die kostendeckenden Preise, die die Landwirtschaft immer fordern wird und fordern muß. Kostendeckende Preise, meine sehr Verehrten, das ist das Entscheidende. Wenn wir uns nur Steiermark vor Augen halten, das ein Gebirgsland darstellt und seine Einnahmequelle hauptsächlich in der Viehwirtschaft, in der Milchproduktion findet, so können wir eine einfache Rechnung aufstellen. In Steiermark werden im Jahre rund um 135 Millionen Liter Milch produziert. Wenn wir, wie Herr Präsident Wallner heute schon einmal gesagt hat, unseren Milchpreis mit S 1-40 oder S 1-50 ansetzen könnten, dann würde der Preis kostendeckend sein, dann könnten wir uns ohne weiteres auf unseren fünf Fingern ausrechnen, daß bei einer Jahresproduktion von 135 Millionen Liter durch diese Milchpreiserhöhung um 50% ein Betrag von 70 Millionen Schilling Mehreinnahmen herauskommt und das wäre eine Landwirtschaftsförderung, die ausgibt. Wenn ich den Bezirk Liezen erwähne, der 13 bis 14 Millionen Liter Milch produziert im Jahr, also rund ein Zehntel der gesamten Produktion, dann können Sie sich denken, daß mit den 7 Millionen der auf dieses Gebiet entfallenden Mehreinnahmen eine wirkungsvolle Landwirtschaftsförderung geschaffen werden könnte.

Ich bin überzeugt, daß auf der Landesebene diese Preisregulierung nicht zur Durchführung gebracht wird. Hier ist die Bundesebene der Platz, wo dies geschehen müßte. Wenn der Landwirtschaft in den letzten Monaten und Wochen der Vorwurf gemacht wurde, daß sie der Saboteur der Ernährungswirtschaft sei, weil es mit dem Getreidepreis nicht in Ordnung war, möchte ich darauf verweisen, daß ich jeden als Saboteur bezeichnen muß, der verhindert hat, daß zeitgerecht die Preise erhöht worden sind. Machen wir uns nichts vor! Bei einigem guten Willen muß es möglich sein, daß auch die Landwirtschaft ihren Produkten einen entsprechenden Preis sichert. Die Landwirtschaft gerade ist jener Berufsstand, der unter den schwierigsten Bedingungen seine Arbeit verrichten und seine

Existenz weiterfristen muß. Es ist ohne weiteres festzustellen, daß die Erhaltung unseres Bauernstandes und der Landwirtschaft speziell im Gebirge nur deshalb möglich war, weil dieser Bauer als einer der zähesten Anhänger seiner Scholle und des Staates zu bezeichnen ist. Ich möchte sagen: Gebt dem Bauern, was des Bauern ist, er gehört zu den besten Anhängern des Staates und der Demokratie. (Bravorufe und Händeklatschen.)

**Abg. Dr. Kaan:** Hoher Landtag! Treu dem Grundgedanken unserer Jagdauffassung finden Sie unter dem Abschnitt „Allgemeine Förderung der Land- und Forstwirtschaft“ die Jagd eingereiht. Damit ich vom Herrn Kollegen Hofmann nicht vielleicht den Vorwurf bekomme, daß ein nicht geeigneter Vertreter der Jäger, irgend ein „Großkopfiger“, für die vielen Kleinen spricht, möchte ich vorausschicken, daß ich selbst Mitglied einer Jagdgesellschaft von Bauern bin, die eine kleine Jagd ungefähr 25 Jahre gepachtet haben. Ich kenne die Nöte der kleinen Jäger. Es scheint mir notwendig, anlässlich dieser Jahresübersicht auch der Jagd zu gedenken, weil Steiermark nicht nur in Österreich sondern über Europa hinaus als eminentes Jagdland gilt und als dieses Land eine der besten Jagden Europas, um seinen Ruf zu bewahren, betreiben muß, und zwar mit Erfolg. Wir dürfen nicht ungerecht sein. Es ist dieser Erfolg nicht ausschließlich der Liebe der breiten Massen der steirischen Bevölkerung zu Wald und Wild allein zu verdanken, sondern auch der Erkenntnis der Besatzungsmacht, die in Steiermark hier rasch jene Verhältnisse wieder hat eintreten lassen, die vor dem Kriege oder vor 1938 bestanden haben.

Nach diesen Worten der Anerkennung für den bestehenden Zustand muß ich die Gefahr auf mich nehmen, die Galle des Finanzreferenten auf mich zu laden, wenn ich ihm ein kleines Buket jener Dinge vorlese, die ein armer, kleiner Jäger zu leisten hat, um „diesem Vergnügen frönen“ zu können. Nehmen Sie an den kleinen Grundeigentümer, der doch nach den Grundsätzen des Jagdgesetzes eigentlich von seinem Grund und Boden das Jagdrecht ableiten soll und jetzt die Jagd ausübt: Er hat sich eine Jagdkarte zu lösen, das Ansuchen ist mit einem Stempel zu versehen, er hat die Jagdkartengebühr zu entrichten, dazu kommt ein Stempel auf den Jagdschein, der Beitrag zur Landesjägerschaft und eine Verwaltungsabgabe, wenn die Jagd gepachtet ist, eine Abgabe für die Pacht, das ist 6., dann 7. noch einmal eine Landesverwaltungsabgabe dafür, 8. die staatliche Gebühr für den Pachtvertrag, 9. der Stempel für das Ansuchen, 10. die Bundesverwaltungsabgabe, 11. noch ein Stempel auf dem Gewehrerlaubnisschein. (Zwischenruf: „12. die Subvention!“) Wir haben in der Gruppe 9 den Ausweis, daß das Land aus der Jagd 900.000 S zieht. Eben fällt mir ein, das ist nicht ganz richtig mit den eben angeführten Gebühren und Abgaben, es sind noch weitere Eingänge, die das Land aus der Tatsache zieht, daß ungefähr 14.000 Steirer im Lande Steiermark die Jagd ausüben wollen und dürfen. Es wird die Jagd meist allein als ein Vergnügen angesehen. Die kulturelle Bedeutung der Jagd kennt

aber jeder, der sich einigermaßen mit kulturellen Dingen beschäftigt. Ebenso wie die Landwirtschaft hat die Jagd zu allen Zeiten der Fleischnot den breiten Massen genützt. Ist es aber nicht ein Unsinn, daß die Ausübung dieser Jagd mit 11 verschiedenen Abgaben belastet ist? Das ist eine unnötige Erschwernis und ist es nicht richtig, daß das bei uns in einer Weise gehandhabt wird, die uns die Ausübung dieses Vergnügens oder dieser wirtschaftlichen Tätigkeit praktisch erschwert. Ich weiß genau, in anderen Ländern ist es nicht wesentlich besser. Ich weiß aber, daß Steiermark den traurigen Ruhm innerhalb der Bundesländer für sich in Anspruch nehmen kann, die höchste Summe von Jagdgebühren pro Kopf der Jäger eingeführt zu haben.

Da ist noch ein zweiter Mangel, der durch einen Regierungsbeschluß behoben werden kann. Wir haben von Demokratie viel gehört, darum berührt es uns merkwürdig, feststellen zu müssen, daß 5 Jahre nach der Wiedereinführung der Demokratie in Österreich in der Pflichtorganisation der Jäger bisher die Demokratie noch nicht durchgedrungen ist. Es haben noch immer keine Wahlen stattgefunden. Diese Organisation ist keine öffentlich-rechtliche Körperschaft mehr, wenn sie von einem öffentlichen Verwalter geführt wird. Von dem ernannten Funktionär ist gewiß alles geschehen, um diesen Zustand zu beheben. Es sind da Kräfte am Werke, die bei Aufrechterhaltung dieses Zustandes ein angenehmes Empfinden haben. Ich darf feststellen, daß die Erwartung berechtigt ist, daß in den ersten Monaten des kommenden Jahres dieser Zustand beseitigt werden wird.

Die Jägerschaft hofft, Herr Landesrat Horvatek, daß Sie von den Jagdkartengebühren nicht bloß den um ein Vielfaches kleineren Betrag von 170.000 S der Jagd zuführen, obwohl in der Verordnung doch gesagt wurde, daß die Jagdkartengebühren bestimmt sind, den Aufwendungen der Organisation der Jäger zu dienen.

Ich appelliere deshalb an Sie, weil ich persönlich auch der Auffassung bin, das Jagdwesen habe jene Entwicklung erreicht, daß es nicht nur für einzelne Bevorzugte da ist, sondern für die Masse. Natürlich können nicht alle jagen. Es wollen ja auch gar nicht alle jagen, aber die es wollen, die können es tun. Und für die soll es erschwinglich und zugänglich sein. Eine Zusammenfassung aller Jagdausübenden in einer selbstverwalteten Organisation ist bestimmt die beste Lösung. Geben Sie ihr die Mittel! (Bravorufe und Händeklatschen.)

**Abg. Pötz:** Hohes Haus! Wenn auch schon viele Abgeordnete zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft das Wort ergriffen haben, möchte ich doch zum Unterabschnitt 733 des vorliegenden Haushaltsplanes sprechen. Ich glaube, daß dieser Unterabschnitt, der die Güter und Seilwege behandelt, ein Gebiet umfaßt, auf welchem das Land Steiermark noch viel nachzuholen hat. Ich komme aus einem Gebiete, daß zu den entlegensten des Landes zählt und wo die Straßen und Wegeverhältnisse die schlechtesten des ganzen Landes sind. Ich weiß auch, wie viele diese Bergbauerngemeinden und die Bevölkerung dieser Dörfer an Mehrkosten

zu leisten hatten beim Wiederaufbau ihrer durch den Krieg zerstörten Wohnhäuser, weil keine Güterwege und Straßen da waren, auf denen die Baumaterialien mit Autos herangeführt hätten werden können. Es mußten Pferde und Ochsendespänne verwendet werden, um das Baumaterial an die verschiedenen Baustellen zu bringen. Wenn im heurigen Landesvoranschlag eine angemessene Summe von 2 Millionen Schilling vorgesehen war, so ist es immerhin erfreulich, daß nun endlich einmal auf diesem Gebiet etwas getan wird, um diese abgesehen von den Ortschaften zu erschließen und diesen Leuten draußen dadurch zu helfen, daß sie einerseits ihre Produkte leichter abzuliefern imstande sind und dafür bessere Preise erzielen, weil dadurch die Fracht nicht mehr so kostspielig ist und daß andererseits die Bauern die Güter, die sie brauchen, billiger in ihre Hände bekommen. Ich möchte darauf verweisen, daß es meiner Meinung nach vielleicht besser wäre — und man sollte sich einmal zu dieser grundsätzlichen Überzeugung durchringen — einige Straßenbegradigungen noch auf einige Jahre hinauszuschieben, dafür aber diese entlegenen Gebiete zuerst erschließen.

Ich möchte nicht verabsäumen, dem Herrn Landeshauptmann als dem zuständigen Referenten, der ja aufrichtig bemüht ist, auf diesem Gebiete das Versäumte nachzuholen, herzlichst zu danken. Danken möchte ich auch namens dieser Gebiete, wo eben Güterwege gebaut werden, dem Finanzausschuß, der die zusätzlichen 800.000 S., die die ÖVP-Abgeordneten beantragt haben, genehmigt und akzeptiert hat. Ich hoffe, daß diese nahezu 3 Millionen Schilling, die das Land im laufenden Jahre für Güterwegbauten und Seilwege ausgeben wird, gut angewendet und dazu beitragen werden, unseren notleidenden und um ihre Existenz ringenden Bergbauern entscheidend zu helfen. (Bravorufe und Händeklatschen.)

Abg. **Scheer**: Hoher Landtag! Ich möchte Sie zufolge der vorgeschrittenen Zeit nicht allzulange bemühen. Ich möchte nur zu dem zu diesem Kapitel gehörenden Fremdenverkehr einige Worte sprechen, obwohl manche der anwesenden Damen und Herren der Meinung sind, es hieße Wasser in die Mür tragen, wenn man über dieses Kapitel noch Worte verliert. Es ist kein Zufall, daß in dieser Gruppe die bäuerlichen Belange und der Fremdenverkehr in schwesterlicher Eintracht beisammen liegen. Es ist ja in erster Linie der Bauer und die Landbevölkerung, die gerade bei uns in Österreich auf den Fremden eine besondere Anziehungskraft ausüben. Ich möchte mich dazu aussprechen, daß wir uns bemühen müssen, als einen Teil der Grundlagen unseres Fremdenverkehrs das bäuerliche Brauchtum, das Trachtenwesen, zu pflegen und uns ihrer zu bedienen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird mir bestimmt von den auf diesem Gebiete bewanderten Mitgliedern des Hohen Hauses beigepflichtet werden, wie immer wieder von den Fremden darauf hingewiesen wird, daß man in Österreich auch in den Städten noch alte schöne Volkstrachten sieht, daß man eine Gebrauchstracht pflegt, daß die Trachten wirklich noch im täglichen Gebrauch stehen und sie

nicht nur in irgend einem historischen Aufzug als ein Kuriosum mitgeführt werden.

Weitgehende Fremdenverkehrsförderung in diesem Sinne ist, daß wir alles unternehmen, um dem Fremdenverkehr die notwendige Basis zu verschaffen. Dazu gehört auch, daß wir die Straßen in einen entsprechenden Zustand bringen, um den Fremden die Möglichkeit zu geben, mit ihren Fahrzeugen in unser Land zu kommen und unser Land genießen zu können, ohne bei jedem Kilometer auf ein paar  $\frac{1}{2}$  Meter tiefe Löcher achten zu müssen. Ich möchte anregen, ob es nicht erwägenswert wäre, beim Bund Schritte zu unternehmen, damit die Einfallstraße nach der Steiermark aus dem Westen ins obere Ennstal einer baldigen Vollendung zugeführt wird, weil jetzt nur jährlich 2 bis 3 km repariert werden und die Baustücke in einem Zustand sind, daß sie das Reisen nicht zum Genuß machen. Je schneller wir diese außerordentlich schöne Straße vollenden, desto eher werden wir die Voraussetzungen für einen Fremdenverkehr schaffen. Wir begrüßen von seiten unserer Fraktion alle Unternehmungen des Landes, die dahin gehen, das Land für den Fremdenverkehr aufzuschließen, ob es nun durch die Schöckelbahn ist oder durch die Erschließung der Lurgrotte mit den größten Tropfsteinhöhlen Mitteleuropas.

Wir haben im Sinne dieser Erschließung der Steiermark für den Fremdenverkehr auch vor kurzem einen Antrag im Hohen Landtag eingebracht bezüglich der Offenhaltung von Geschäften während der Hauptsaison in Fremdenverkehrsorten. Es hat dies in der Presse eine Polemik ausgelöst, als würden wir einen Angriff auf die Arbeitszeit der Handelsangestellten machen, wobei wir aber doch festhalten müssen, daß diese Gepflogenheit, in Fremdenverkehrsorten die Geschäfte an allen Wochentagen und sogar an Sonntagen offen zu halten, in allen hochorganisierten Fremdenverkehrsländern seit geraumer Zeit eine Selbstverständlichkeit darstellen. (Landesrat Dr. Illig: „Und was sagt der Gewerkschaftsbund dazu?“) Es würde z. B. jedem Reisenden, der gerade am Donnerstag nach Venedig kommt, komisch vorkommen, wenn die Gondolieri dienstfrei hätten und er dadurch nicht die Möglichkeit hätte, diesem Ort einen Besuch abzustatten oder wenn alle Andenkengeschäfte an einem Tag geschlossen hätten. Es kann sich ein Fremdenverkehrsland mit derart rückständigen Methoden gegenüber der Konkurrenz anderer Länder, wie z. B. die Schweiz und Italien, ganz einfach nicht durchsetzen, ganz abgesehen davon, daß in dieser Frage auch österreichische Bundesländer fortschrittlicher sind als Steiermark, denn in Oberösterreich ist das z. B. eine Selbstverständlichkeit. Alle Beträge, die wir auch in Form von Investitionen in Fremdenverkehrsbetrieben ausgeben, sind durchaus nicht verloren, denn die Rentabilität der Fremdenverkehrsinvestitionen ist allgemein wirtschaftlich gesehen eine außerordentlich große. Wir haben heute im Berichte des Referates über den Fremdenverkehr gehört, daß ein außerordentlich großer Betrag im heurigen Jahre durch den Fremdenverkehr, also durch Ausländer, die heuer nach

Österreich kamen, zur Besserung unserer Handelsbilanz beigetragen hat.

Ich möchte nun, ohne Sie allzusehr mit statistischem Material zu belasten, nur eine kurze Gegenüberstellung hinsichtlich des Fremdenverkehrs, und zwar der Friedenszeit 1936 und des vergangenen Jahres geben, und zwar von 3 namhaften Fremdenverkehrsarten Gleichenberg, Mariazell, Bad Aussee und Altaussee.

Im Sommer 1936 haben in Bad Gleichenberg 92.800 Fremdenübernachtungen stattgefunden, darunter 19.000 Ausländer und von diesen wieder 10.500 Ungarn.

Im Jahre 1950 waren es 168.800 Übernachtungen, davon 1761 Ausländer.

In Mariazell haben 1936 135.600 Übernachtungen stattgefunden, davon 22.100 Ausländer, von diesen 19.900 Ungarn und Tschechen.

Im vergangenen Sommer 1950 sind 160.000 Fremdenübernachtungen festgestellt, darunter 2043 Ausländer.

Es hat sich also ein unerhört merklicher Abgang des Ausländer-Fremdenzuströmes in diesen Orten durch Ausfall des Ostens, der Ungarn und Tschechen, bemerkbar gemacht.

In Bad Aussee gab es 1936 150.300 Fremdenübernachtungen, darunter 33.100 fremde Ausländer, von diesen 21.500 Ungarn und Tschechen.

1950 gab es 155.700 Übernachtungen, darunter 30.000 Ausländer.

Hier ergibt die Statistik ein erfreuliches Bild, da Aussee mit 30.000 Ausländern im Jahre 1950 beinahe den Friedensstand von 1936 von 33.000 Ausländern erreicht hat. Es waren meist Italiener und Engländer aus den westlichen Bundesländern, die diese einzigartige Gegend besuchten, so daß es möglich war, den Ausländerausfall aus dem Osten durch Fremde aus dem Westen auszugleichen. Ich möchte Sie mit statistischem Material nicht überlasten, obwohl ich mich zu diesem Zwecke gründlich vorbereitet habe. Ich möchte Ihnen nur einen kurzen Überblick darüber geben, daß es mit dem Fremdenverkehr langsam doch aufwärts geht und Ihnen berichten, daß wir seit 1946/47 200% und auch 300% an Ausländerverkehr zugenommen haben.

Eines aber möchte ich doch nicht vergessen, und zwar den schon angezogenen Verteilerschlüssel der ERP-Mittel zur Fremdenverkehrsunterstützung. Der Verteilerschlüssel wird errechnet nach dem Prozentsatz der nach Österreich gekommenen Ausländer in den einzelnen Bundesländern. Also dem Verteilerschlüssel ist die Zahl der in die einzelnen Bundesländer gekommenen ausländischen Fremden zugrundegelegt worden. Nun wurde schon gesagt, daß dieser Prozentsatz für uns 5% ausmacht (Zwischenruf: „Das Doppelte!“), bei Tirol 35%; Tirol hat also 35% des Ausländerverkehrs an sich gezogen. Durch den Ausfall aus dem Osten sind wir daher ernstlich benachteiligt worden. 19.000 Fremde waren 1936 in Gleichenberg und heuer waren es nur 1700, ein Rückgang von beinahe 80%, davon 10.500 Ungarn allein. Das hat uns natürlich im Bilde der Fremdenverkehrsbetreuung nach dem Ausländerfremdenverkehr in besonders schiefes Licht gebracht. Trotz-

dem ist Landesrat Dr. Illig anscheinend mit diesen 5% zufrieden. (Landesrat Dr. Illig: „Ich habe schon gesagt, daß ich meinen Protest angemeldet und weitergeleitet habe.“) Es stimmt nicht, sagen Sie? (Landesrat Dr. Illig: „Ich habe mich damit nicht zufrieden gegeben, das ist eine Unrichtigkeit, das muß ich korrigieren.“) In großen Zügen stimmt diese beiläufige Aufteilung. Ich stelle mit Befriedigung fest, daß Sie sich nicht zufrieden geben. Ich will bemerken, daß diese Verteilung mir so vorkommt, als wolle man einen gesunden Chinesen auf Gelbsucht behandeln. (Landesrat Horvatek: „Der kann auch die Gelbsucht kriegen!“ — Heiterkeit.) Ich habe ausdrücklich gesagt: Einen gesunden Chinesen! (Landesrat Dr. Illig: „Oder einen Sozialisten auf Rotlauf!“ — Stürmische Heiterkeit.)

Ich möchte nunmehr die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne Sie auf einen Umstand aufmerksam zu machen, wozu ich mich als Abgeordneter des Ausseerlandes berufen fühle. Im Jahre 1947 wurde das Ausseerland wiederum der Steiermark angegliedert, es wurde der Zustand wiederum hergestellt, der vor 1938 in Österreich geherrscht hat. Nun war diese Rückführung des Ausseerlandes im Jahre 1947 kein begehrter Zustand und es war eine sehr große Abwehrbewegung vorhanden, daß dieses Land nunmehr wieder zur Steiermark kommen sollte. Diese Stimmenmehrheit hatte einerseits ihre Begründung in der Nähe von Linz, also weil die wirtschaftlichen Beziehungen stark nach Oberösterreich tendieren und vielleicht auch in dem Umstand, daß die oberösterreichischen Behörden hinsichtlich des Fremdenverkehrs weitaus höher organisiert waren als man das vorher von Steiermark gewöhnt war. Nun darf ich aber feststellen, daß diese Meinung zum großen Teil nicht den Tatsachen entsprochen hat und daß man in fremdenverkehrstechnischer Hinsicht in Steiermark gerade für Aussee nach 1947 ein besonders aufgeschlossenes Herz gehabt hat.

Ich darf im Namen des Ausseerlandes dem Hohen Landtag dafür danken, daß er für das Ausseerland ein derartiges Verständnis aufgebracht hat. Mit dem Ausseerland ist der Steiermark ein Edelstein zurückgegeben worden. Ein Edelstein traditioneller Natur, der mit dem Namen des Alpen-Erzherzogs Johann eng verbunden ist. Es liegt nun an der Steiermark, diesem Edelstein auch weiterhin eine würdige Fassung zu verleihen. (Beifall und Bravorufe.)

**Abg. Taurer:** Unsere grundsätzliche positive Einstellung zur Förderung der Landwirtschaft hat der Herr Präsident Stockbauer heute Vormittag in der Generaldebatte gekennzeichnet. Es ist überflüssig, seine Ausführungen noch zu unterstreichen. Über die speziellen Fragen in der Landwirtschaft reden am besten die Fachleute, die davon ja auch ausgiebig Gebrauch gemacht haben.

Aber zur Gruppe 7 ist ein Resolutionsantrag über die Einführung eines Pflichtjahres eingebracht worden und zu diesem Resolutionsantrag will ich einiges sagen, um die Ausführungen meines Kollegen Stockbauer noch zu erhärten. Ich glaube, daß wir, die sozialistische Fraktion, diese Frage ganz leidenschaftslos erörtern können, denn sie wird

ja nicht in diesem Haus erledigt. Es ist ja der Bund hierfür zuständig. Und solange die Mitarbeit unserer Fraktion gewünscht wird, wird es kein derartiges Gesetz geben. Diese Feststellung darf ich treffen, weil wir aus grundsätzlichen Erwägungen jede Form der Zwangsarbeit und des Arbeitszwanges ablehnen, weil wir der Meinung sind, daß die freie Wahl des Arbeitsplatzes unter allen Umständen gewährleistet bleiben muß. Aber reden wir noch einmal zu dieser Frage, wie sie überhaupt ist. Ich bin überzeugt davon — ich weiß dies aus Erfahrung —, daß die Bauern gar keine große Freude hätten, wenn sie die gesamte pflichtschulentlassene Jugend auf das Land bekäme. Gewiß, der Gedanke hätte etwas an sich, daß es günstig wäre, wenn die städtische Jugend den ländlichen Arbeitsbetrieb, aber ebenso günstig wäre es, wenn jeder Bauernsohn die Arbeit in der Schwerindustrie am Erzberg usw. kennen lernen würde. Es wäre auch günstig, wenn der Fußgänger einmal mit dem Auto fahren müßte. Denn gerade in dieser Frage ist es auch so, daß alle glauben, Autofahren sei nur ein Vergnügen. Wer dienstlich fahren muß, der weiß, daß Zufußgehen eine größere Erholung bedeutet. Es wäre also in vielen Belangen günstig, einen Austausch herbeizuführen. Aber Sie dürfen die Grundprinzipien dabei nicht verletzen. Ich möchte nocheinmal den genauen Wortlaut des Abschnittes 10, Kapitel 14, der Charta der Menschenrechte vorlesen. Sie werden daraufkommen, daß die Einführung eines Pflichtjahres für die gesamte schulentlassene Jugend eine Verhöhnung dieser dort festgehaltenen Gedanken wäre. Es heißt hier: „Unfreiwillige Arbeitspflicht in jeder Form und unter allen Vorwänden soll von allen Staaten und Völkern als illegal erklärt und aufgehoben werden.“ Es läßt sich nicht bestreiten, daß die zwangsweise Einführung eines Pflichtjahres für die schulentlassene Jugend auf Grund dieser Erwägungen hinfällig sein muß. Ich bin daher der Auffassung, daß die Abgeordneten, die diesen Antrag gestellt haben, sich ihn noch einmal überlegen sollen. Ich habe schon eingangs gesagt, daß wir die Frage leidenschaftslos diskutieren können, denn sie wird hier sowieso nicht entschieden und im Parlament sind unsere Stimmen dafür nicht zu haben. Aber es ist der Würde und dem Ansehen dieses Hauses nicht zuträglich, wenn hier ein Resolutionsantrag aus demonstrativen Gründen gefaßt wird, der einen Widerspruch zu den Grundsätzen der Charta der Menschenrechte zeigt. Diese Charta der Menschenrechte wurde von der A. F. of L. im Jahre 1946 eingebracht und ist von allen Staaten, mit Ausnahme des Ostblocks, zustimmend zur Kenntnis genommen worden. Sie würden sich also in schlechte Gesellschaft begeben, wenn Sie diesen Antrag einbringen würden. Das muten wir den bäuerlichen Abgeordneten der ÖVP nicht zu. Aber irgendwie ist dieser Gedanke aus dem Ungeist der Dreißigerjahre geboren und wenn heute der Herr Abg. Kandutsch darum ersucht hat, daß wir nicht immer von der Vergangenheit reden sollen, daß wir nicht immer davon reden sollen, daß schließlich die Abgeordneten des VdU bis jetzt Nationalsozialisten waren, daß wir endlich zur Kenntnis nehmen sollen, daß sie gute Demokraten

geworden sind, dann können sie dies in dieser Frage unter Beweis stellen, dann müssen sie von der nationalsozialistischen Tradition loskommen, denn zuerst geboren wurde die Frage jeder Dienst- und Arbeitspflicht bei den deutschen Nationalsozialisten. Der Herr Landeshauptmann hat in einem Zwischenruf gesagt, daß dann ja überhaupt keine Dienstpflicht mehr in Frage käme. Natürlich bei freien Nationen gibt es keine Dienstpflicht. (Abg. Dr. K a a n : „Aber, aber!“) Nur eine einzige Verpflichtung gibt es bei allen freien Nationen und das ist die Verpflichtung zur Verteidigung des Vaterlandes (Abg. Dr. K a a n : „Ist das keine Dienstpflicht?“), aber keine Verpflichtung zu irgendeiner Form von Zwangsarbeit. Ich appelliere noch einmal an Sie, in sich zu gehen. Wir halten es auch nicht für aufregend, wenn der Antrag hier angenommen wird. Wir sagen aber, daß es dem Ansehen des Hauses nicht zuträglich ist, wenn Sie hier einen derartigen Resolutionsantrag einbringen. (Beifall und Bravorufe bei SPÖ.)

Abg. **Weinhandl**: Es ist sehr erfreulich, feststellen zu können, daß so ziemlich alle die Interessen der Bauernschaft vertreten und daß aber auch umgekehrt die Bauernschaft die ihr zur Verfügung gestellten Mittel zu schätzen weiß. Ich denke dabei besonders an jene Notzeiten, die unsere Generation und unser Land schon zweimal erleben mußte, nämlich die Zeiten nach den beiden Kriegen, als das tägliche Brot immer weniger wurde und sich der Hunger langsam an die Türen des Volkes heranmachte. Da gedachte die Allgemeinheit jedesmal im besonderen Maße der Bauernschaft. Es wurden Zwangsmaßnahmen ergriffen, die diesen Stand veranlaßten, die Produkte seiner Arbeit der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen, ohne daß dabei Rücksicht genommen wurde, ob dabei für den erzeugenden Landwirt wenigstens der Selbstkostenpreis oder gar ein Lohn für seine Arbeit herauskommt. Bei den anderen Berufsgruppen würde eine derartige Maßnahme zwangsläufig zu Betriebseinschränkungen oder zu Arbeitsniederlegungen führen. Der Bauernstand aber, bewußt seiner großen Aufgabe, die er besonders in derartigen Zeiten zu erfüllen hat, hat immer noch soweit als möglich dem Volke das notwendige Brot gegeben. Wenn es ihm nicht möglich war, es im hinreichenden Maße zu tun, so war es bestimmt nicht seine Schuld, sondern es war die Schuld früherer Zeiten oder von Unterlassungssünden, indem man diesem Zustande nicht zu gegebener Zeit die ihm gebührende Hilfe oder Aufmerksamkeit geschenkt hat. Man möge daher aus diesem Fehler die Lehre ziehen und mit den Mitteln, die der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden, nicht kleinlich sein. Große Aufgaben hat der Bauernstand noch zu erfüllen, die er nicht in der Lage ist, aus eigenen Kräften zu vollbringen. Bedenken wir, welch gewaltige Flächen in fruchtbaren Boden umgewandelt werden könnten, wenn der Bauernstand in der Lage wäre, den Grund zu entwässern! Diese Mühe wäre bestimmt nicht umsonst. In den 10 Bundesländern Österreichs würde es 650.000 Hektar derartigen Bodens geben. Dieser Grund und Boden könnte zusätzlich für die Er-

nährung des ganzen Volkes eingesetzt werden. Es wäre dann auch Grund und Boden vorhanden für unsere Landarbeiter, die wir selbsthaft machen könnten, damit sie nicht in Strömen der Landflucht unterliegen. In besonderem Maße wird auch daran-gegangen werden müssen, mit öffentlichen Mitteln den Landarbeiter-Wohnungsbau zu unterstützen, den Eigenheimbau der Landarbeiter.

Ebenso dringlich wird es sein, die herrlichen, ertragreichen Obst- und Weingebiete, die wir haben, die aber heute noch vom Verkehr abgeschlossen sind und die auf unfahrbaren Gemeindewegen kaum zu erreichen sind, durch erhöhten Güterwegebau dem Verkehr näher zu bringen. Das wird eine der dringlichsten Aufgaben sein. Alle die Mittel und die Gelder für den Bauernstand werden auf diese Weise in die Sparkasse des Volkes gelegt. Sie werden dem Volke noch reichlich Zinsen tragen. Ein altes Sprichwort sagt heute noch: Hat der Bauer Geld, so hat es die ganze Welt. Der Bauer ist nicht nur ein sicherer Arbeitgeber, sondern auch ein sicherer Abnehmer der Industrieerzeugnisse. Wir werden, wenn wir nicht zeitgerecht die Bauernnot erkennen und ihr entgegenzutreten, wieder nichts anderes als dem Volkstod entgegengehen.

Im besonderen Maße wird man wieder im kommenden Jahre jener Gebiete gedenken müssen, über die der Krieg hinweggegangen ist, jener Gebiete, wo sich in den letzten Wochen der Krieg noch ausgetobt hat. Dieser Teil der Bevölkerung ist besonders verarmt, er kann aus eigenen Kräften über dieses Problem nicht Herr werden. Unbezahlbare Werte sind in Rauch und Flammen aufgegangen oder sonst auf Nimmerwiedersehen verschwunden, zahlreiche und schwere Wunden sind dieser Bevölkerung nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in seelischer Hinsicht geschlagen worden. Tausende von Frauen und Mädchen mußten den schändlichsten Teil des Krieges über ihre Leiber ergehen lassen und die Mädchen und die Frauen mußten klaglos das Leid auf sich nehmen und in mancher Familie konnte noch immer nicht der Friede gefunden werden. Diese blutenden Wunden zum Erstarren zu bringen, verschwinden zu machen, wird ein Gebot unser aller sein ohne Unterschied der Parteirichtung. (Bravorufe und Händeklatschen.)

**Abg. Dr. Speck:** Hoher Landtag! Ich will eine kurze Bemerkung oder Beschwerde vorbringen. Ich habe bei der Behandlung des Kapitels der landwirtschaftlichen Fachschulen im Frühjahr um Aufklärung gebeten, wieviele von den Absolventen dieser Schulen wirklich in der Landwirtschaft tätig sind oder aber allenfalls diese Schulen nur als allgemeine Bildungsstätte besuchen und dann anderwärts abschwimmen. Ich habe damals gebeten, daß das Referat darüber Untersuchungen anstellt und diese bekannt gibt. Das ist bisher nicht geschehen. Ich möchte daher an den Referenten in der Landesregierung die Bitte richten, das nachzuholen, weil es immerhin bei der wachsenden Bedeutung der Schulen wichtig ist, daß man auch diese Frage klärt.

**Abg. Stöffler:** Hoher Landtag! Ich will nur kurz ein Paar Worte zur Fremdenverkehrsförderung sagen. Es ist uns mitgeteilt worden, daß jene Mittel,

die für das zu Ende gegangene Jahr auf diesem Gebiete ausgegeben wurden, fruchtbringend waren, die Fremdenverkehrsförderung in Steiermark also eine gute Wirkung gehabt hat und sie wird daher auch im kommenden Jahre noch gesteigert werden müssen. Wenn wir uns die einzelnen Positionen ansehen und sie untersuchen, werden wir feststellen können, daß dank einer wirklich guten Führung dieses Referates alle geplanten Objekte sich zu solchen entwickeln, die dem Lande weitgehend dienen werden. Soweit kurz zu den hier festgestellten Beträgen.

Es gibt aber noch eine andere Art, zur Frage des Fremdenverkehrs Stellung zu nehmen und das ist die Art, wie wir sie in der uns eben überreichten „Neuen Zeit“ finden, wo der Fremdenverkehr gekennzeichnet ist durch schlechte Bedienung und Unsauberkeit. Ich glaube, daß von dieser Seite sich eine weitere Stellungnahme zu diesem Kapitel erübrigt. (Zur SPÖ gewendet) Sie haben Ihre Stellungnahme mit fetten Lettern der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht, eine sachliche Kritik ist sicherlich gut und solange die Kritik in ihren Auswirkungen positiv ist, ist sie zu begrüßen, wenn sie aber so weit geht, daß sie dem Lande schadet, so ist es besser, man verzichtet auf eine solche. Mir wurde bei meiner berechtigten Kritik über die Krankenanstalten der Vorwurf gemacht, ich sei kleinlich und ich hätte für die Zeitung geredet. Hier haben wir den Beweis, wie (zur SPÖ gewendet) Ihrerseits für die Zeitung geredet wird. Wenn aber nur so für die Zeitungen geredet wird, so soll man besser solche Reden vermeiden. Es ist nicht mehr dazu zu sagen, als daß man mit einer solchen Stellungnahme dem Lande schadet und es fragt sich, ob es sich lohnt, sich zu bemühen, jeden einzelnen Fremden förmlich mit einem Lasso nach Steiermark zu ziehen, wenn man in den Tageszeitungen dem Land ein Zeugnis ausstellt, daß der Fremde schlecht bedient wird und in unsaubere Quartiere kommt, noch dazu, wenn solche Feststellungen auf Einzelfällen fußen. Auf diese Ihre Fremdenverkehrsförderung kann bei Gott verzichtet werden! (Starker Beifall bei der ÖVP.)

**Landesrat Horvatek:** Hohes Haus! Ich will die vorgeschrittene Zeit nicht zu sehr in Anspruch nehmen, muß aber ein paar Worte zu den Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Kaan sagen. Es ist kein Zweifel, daß die Verwaltungsabgaben verschiedenster Art, also auch die Gebühren, die die Jagdliebhaber treffen, kein sehr erfreuliches Moment sind. Es ist ebenso richtig, daß es wünschenswert wäre, wenn möglichst bald die Jägerschaft ihre Organisation selbst wählen und in echt demokratischer Weise ihre Aufgaben gemeinsam führen würde. Die Frage der Bedeckung der Kosten der Jägerschaft hängt nämlich auch davon ab, ob und inwieweit dem Land ordnungsgemäß Rechnung gelegt wird. Der Mangel der bisher vorliegt, ist der, daß wir in die Gebarung der Jägerschaft zu wenig hineinschauen können. Ich verweise darauf, daß wir heute noch keinen klaren und eindeutigen Bericht über die Jagdausstellung haben, die von der Landesjägerschaft veranstaltet wurde. Das hat uns auch gehindert, jene Beträge, die von uns begehrt

werden, zu zahlen. Wenn öffentliche Mittel gegeben werden, dann muß ich doch sagen können, wie die öffentlichen Mittel verwendet werden, daß sie pfleglich behandelt werden und daß darüber ordnungsgemäß Rechenschaft abgelegt wird. Ich bin überzeugt, daß, wenn nach dieser Richtung Ordnung eintritt, das Land bereit sein wird, der Jägerschaft das zu geben, was sie braucht.

Ansonsten möchte ich noch kurz folgendes sagen: Ich habe von den Herren der Landwirtschaft in bewegten Worten darstellen gehört, daß alles, was das Land für diesen Zweck gibt, unzureichend ist und daß man womöglich die ganzen Mittel des Budgets nur für die Landwirtschaft aufwenden müßte. Das sind begreifliche, aber unerfüllbare Wünsche. Darf ich darauf hinweisen, daß Steiermark voranmarschiert in seinen Leistungen für die Landwirtschaft. Dabei ist Steiermark kein reiches Land in bezug auf Steuereinnahmen, sondern wir stehen unter den Bundesländern, mit Ausnahme von Wien, unter dem Bundesdurchschnitt. Daher müssen wir einen sehr bedeutenden Kopfquotenausgleich bekommen, nicht weniger als 14·7 Millionen Schilling, ein Beweis dafür, wie sehr wir unter dem Durchschnitt stehen. Ich habe zwar die Unterlagen aus dem Jahre 1951 nicht zur Verfügung, weil die Landesvoranschläge in den anderen Bundesländern teilweise noch nicht abgeschlossen sind. Aber ich habe hier die Zahlen für das Jahr 1950. Daraus ergibt sich folgendes: Niederösterreich hat pro Kopf für die Landwirtschaft ausgegeben 11·20 S, Oberösterreich 8·41, Salzburg 14·94, Kärnten 13·49, Tirol 16·49, Vorarlberg 22·36 und Steiermark 10·36. Steiermark liegt also höher als Oberösterreich und liegt nahe an Niederösterreich. Das war für 1950. Im Jahre 1951 beträgt in Steiermark die Kopfquote nicht weniger als 17·58, das ist also gegenüber dem Jahre 1950 eine Erhöhung von rund 70%. Man kann füglich zugeben, daß tatsächlich im Lande Steiermark möglichst viel getan wird. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß neben diesen Mitteln, die wir ausgaben, sich noch anschließen die Mittel für das landwirtschaftliche Bildungswesen — im heurigen Jahr 19,073.200 S — und dürfen weiter nicht vergessen, daß dann noch dazukommen bedeutende Bundesmittel, weiters die Mittel der Landwirtschaftskammer aus ihren Umlagen und heuer noch reichliche ERP-Mittel, die der Landwirtschaft zufließen werden. Auch die Landwirtschaft wird also heuer, im Hinblick auf die auch sonst günstigere wirtschaftliche Lage, möglichst weitgehend berücksichtigt. Man soll also durch die Wünsche, die vorgebracht wurden, nicht in den Gedanken verfallen, daß das Land sich gegenüber der Landwirtschaft irgendwie schäbig oder knauserig benimmt, sondern ich glaube, mit gutem Gewissen sagen zu können, daß die Steiermark auf dem Gebiete der Landwirtschaftsförderung das notwendige tut, aber es ist zugegeben so, daß natürlich viele Dinge erst im Laufe der Jahre nacheinander erfüllt werden können. Ich darf jedoch noch einmal darauf hinweisen, daß Steiermark auch für Besitzfestigung nicht unbeträchtliche Mittel zur Verfügung gestellt hat, obwohl das reine Bundessache ist. Wir unterstützen also auch hier die Bestrebungen des Bundes

weitgehend, indem wir in jenen Fällen, in denen Bauern unverschuldet in Notlage geraten sind, helfend eingreifen.

Meine Ausführungen bezwecken nicht, Kritik zu üben, daß wir diese Mittel ausgeben, sondern nur damit zu sagen, daß wir im Verhältnis gegenüber anderen Bundesländern wirklich unsere Aufgabe gegenüber der Landwirtschaft erfüllen. (Beifall und Bravorufe.)

Landesrat Dr. Illig: Hohes Haus! Verzeihen Sie mir, wenn ich als Fremdenverkehrsreferent des Landes Steiermark zu diesem Kapitel auch das Wort ergreife. Ich hatte nicht die Absicht dies zu tun, aber verschiedene Äußerungen, die heute in der Generaldebatte aus dem Munde des Herrn Landtagspräsidenten Stockbauer gefallen sind und die Wiedergabe dieser Äußerungen in der „Neuen Zeit“ zwingen mich dazu.

Alles, was mit der Förderung des Fremdenverkehrs zusammenhängt, wie die Technik der Werbung usw., alles dies ist nicht so einfach, wie es dem Laien, dem Außenstehenden vielleicht erscheinen mag. Es gibt tatsächlich schon eine richtige Fremdenverkehrswissenschaft. Aber von anderen Wissenschaften unterscheidet sich diese Wissenschaft dadurch, daß ausgerechnet hier ein jeder glaubt dazwischenreden zu können. Während es niemand von uns z. B. wagen würde, ohne drei Jahre in die Lehre gegangen zu sein und dann drei Gesellenjahre gemacht zu haben, sich einen Stiefel besohlen zu wollen — vor dieser Aufgabe würde wohl jeder, der es nicht gelernt hat, zurückschrecken —, glaubt jedermann, in Fremdenverkehrsdingen seine Weisheit der Behörde anbieten zu müssen. Er glaubt, er habe den Stein der Weisen entdeckt, wie man die Ausländer in Scharen ins Inland bringt. Der Herr Präsident Stockbauer hat heute anlässlich der Generaldebatte seine Kritik am Fremdenverkehrsreferat in 5 bis 6 Sätzen zusammengefaßt. Er sagte: „Ich anerkenne, daß man einige schöne Prospekte gemacht hat und ein paar Plakate, die auch recht nett waren, aber damit ist es nicht getan.“ Und dann hat er Beschwerden über Unsauberkeit in einigen Gaststätten, über hohe Preise, über unfreundliche Bedienung usw. vorgebracht. Sehen Sie, diese oberflächliche Beurteilung zeigt, daß auch der Herr Redner, der leider nicht anwesend ist, sich mit diesen Dingen nur oberflächlich befaßt hat. Sonst müßte er konstatiert haben, daß in der Technik der Förderung des Fremdenverkehrs durch das Land Steiermark geradezu eine Evolution, wenn nicht eine Revolution eingetreten ist. Wenn Sie die Voranschläge der Jahre der ersten Republik durchblättern, werden Sie finden, daß damals die Fremdenverkehrswerbung des Landes darin bestanden hat, daß man etwa für 20.000 S papierene Propaganda gemacht hat. Dieser Betrag wurde Jahr für Jahr ausgeworfen und damit wurde ein Winter- und ein Sommerprospekt und vielleicht noch ein Plakat gemacht und versendet und damit war die Sache erledigt. Diesen herkömmlichen Weg haben wir nicht nur verlassen, sondern wir sind überhaupt vollkommen neue Wege gegangen. Alles das, was der Herr Präsident Stockbauer hier reklamierte und — wie er vielleicht

glaubt — erstmalig verlangt hat, ist uns schon seit Jahren als das tägliche Brot bekannt, als das tägliche Brot der Fremdenverkehrsförderung. Dank der verständnisvollen Haltung des Landtages werden wir nun endlich auch die ausreichenden Mittel hierfür zur Verfügung haben. Ich wiederhole, daß wir im Budget für das Jahr 1951 insgesamt 2.473.000 S für Fremdenverkehrszwecke ausgewiesen haben, das ist 27mal soviel als die Stadt Wien dafür widmet, die heuer in ihrem Voranschlag erstmalig 100.000 S für Fremdenverkehrszwecke bewilligt hat. Dies bedeutet also wirklich eine großzügige Förderung durch das Land, ganz abgesehen davon, daß wir insoferne neue Wege gegangen sind, als wir uns nicht auf die Prospektwerbung allein beschränkt haben. Wir haben Propagandamaterial in alle ausländische Staaten und ins Inland verschickt und auf allen Gebieten reformierend eingegriffen, haben ein Fremdenverkehrsamt neu geschaffen, um diese Aufgaben in die Hand zu nehmen, ein Reisebüro neu geschaffen, ein aktives Unternehmen des Landes, das sich überraschend gut und schnell eingeführt hat als privatwirtschaftlicher Betrieb, als ein privates Unternehmen, das den Reingewinn an das Land Steiermark abführt.

Darüber hinaus ist man daran gegangen, sich aktiv durch Subventionen oder Kapitalsbeteiligungen an Unternehmungen des Fremdenverkehrs zu beteiligen, mit verhältnismäßig geringen Mitteln hat man Attraktionen geschaffen. Die Dachsteinbahn ist mit einem Aufwand von Millionen an den steirischen Grenzen erbaut worden und es ist möglich geworden, daß das Land Steiermark mit dem verhältnismäßig geringen Betrag von 250.000 S die Initialzündung dazu vorgenommen hat. Ohne diesen ersten initiativen Schritt des Landes Steiermark wäre diese Bahn nie erbaut worden. Die Schöckelbahn wird in 10 Wochen in Betrieb genommen werden, der Skilift in Schladming wurde erbaut, Modernisierungen in Bad Aussee wurden vorgenommen, wo mit Hilfe des Landes und mit Hilfe von ERP-Mitteln das Kurhaus und Kurmittelhaus modernisiert werden. Wir hoffen, daß es uns gelingen wird, diesen Ort zu einem internationalen Kurort zu machen. Es ist zu begrüßen, daß es vielleicht gelingen wird, die Kasino-AG zur Niederlassung in Bad Aussee zu veranlassen. Das ist deshalb notwendig, weil, wenn wir hier nicht den ersten Schritt getan hätten, in Ischl mit Sicherheit eine solche Niederlassung erfolgen würde. Ebenso ist im Ausseerland mit einem verhältnismäßig geringen Beitrag des Landes Steiermark die größte Sprungschanze, die Kulmschanze, bei Mitterndorf errichtet worden. Wir haben zweimal 24.000 S gegeben und werden im kommenden Jahre wieder 24.000 S für diese Schanze geben. Mit diesen verhältnismäßig kleinen Mitteln haben wir jetzt schon einen sensationellen Erfolg erzielt. Der Herr Landeshauptmann war mit mir bei der Eröffnung, 22.000 Personen haben an diesem Tage Mitterndorf besucht. Es hat ein Menschenzustrom stattgefunden, wie ihn dieses Tal seit Jahrhunderten nicht gesehen hat. Diese 22.000 Menschen waren nur die, die an der Kasse gezahlt haben, da sind die Menschen nicht gerechnet, die vielen Tausende, die nichts bezahlt

haben, die sich hineingeschwindelt haben. Sie haben den Sonderzug auf offener Strecke durch die Betätigung der Notbremse zum Stehen gebracht und haben sich über die verschneiten Wiesen zum Sprungschanzengelände begeben. (Heiterkeit.) Es schien den Benützern des Zuges vorteilhafter, zusammenzusteuern und die Strafgebühr für die Betätigung der Notbremse gemeinsam zu entrichten und dafür das Eintrittsgeld zu ersparen.

Wir sind erstmalig darangegangen, die alpinen Vereine bei Instandsetzung oder Wiederaufbau ihrer Schutzhütten zu unterstützen. Das abgebrannte Kernstockhaus auf dem Rennfeld hätte ohne Initiative des Landes Steiermark nicht wieder aufgebaut werden können. Es kommt nicht nur auf die Subvention an, sondern auf die Initiative, die Führung, die Interessenten, alle, die es angeht, zum Konferenztisch zu bringen. Die steirische Alpenvereinsektion war daran beteiligt, die Gemeinden Bruck und Kapfenberg und durch das Zusammenwirken aller ist es so gelungen, den Wiederaufbau durchzusetzen. Das Gleiche gilt für die Renovierung des Albert-Appelhauses im Toten Gebirge, des Schöckelhauses, des Hallerhauses am Niederwechsel. Mit 30.000 S haben wir die prächtige Bärenschützklamm, den Steig wieder hergestellt. Schon im ersten Sommer nach der Wiederherstellung haben 10.000 Personen diese durchwandert. Auch die Raabklamm ist mit Hilfe des Landes Steiermark wieder gangbar gemacht worden. Schließlich haben wir noch das große Werk, die Lurgrotte, die 1951 mit ERP-Hilfe der Vollendung entgegengehen wird. Hier können wir einen sensationellen Aufstieg der Besucherzahl von früher 2000 auf heuer 50.000 verzeichnen, also ein Erfolg, der sich wirklich sehen lassen kann.

Aber das ist noch nicht alles. Wir haben versucht, durch gesteigerte Maßnahmen in der Richtung zu wirken, die Präsident Stockbauer bekrittelt hat. Aber jetzt in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg ist es den Privatunternehmer aus eigenen Kräften nicht immer möglich, alles Erforderliche zu tun und allen Übelständen abzuwehren. Daher hat das Land Steiermark bis zu 20 Millionen Schilling die Haftung für Kredite von Gastgewerbetreibenden übernommen. Das neue Fremdenverkehrskreditgesetz steht jetzt ebenfalls in Behandlung.

Was die Bedienung, die Schulung des Gastgewerbes anlangt, so hat mir Landesrat Matzner vor 14 Tagen schriftlich in Form eines Briefes die „Weisungen“ zugehen lassen, ich möge spätestens in der nächstfolgenden Regierungssitzung einen Antrag einbringen, daß der Befähigungsnachweis für das Gastgewerbe eingeführt wird. Ich bin leider nicht in der Lage, dieser „Weisung“ fristgerecht Folge zu geben, weil erstens dieser Antrag mehr Vorbereitungen erfordern würde und zweitens, weil die Landesregierung hierfür nicht zuständig ist. Hiezu ist eine Maßnahme der Bundesgesetzgebung erforderlich. Es hätte aber weder der „Weisung“ des Herrn Landesrates Matzner, noch der guten Ratschläge des Herrn Präsidenten Stockbauer in dieser Richtung bedurft, weil ich schon seit vielen Jahren mit diesem Problem beschäftigt bin. Das Problem kann aber deshalb nicht gelöst werden, dieses Problem

des Befähigungsnachweises, weil die notwendigen Lehranstalten bis vor kurzem im Lande nicht vorhanden waren. Und es liegt auf der Hand, daß ich für einen Berufsstand einen Befähigungsnachweis nicht einführen kann, solange es für diesen Berufsstand nicht entsprechende Schulungsstätten oder Lehranstalten gibt. Daher mußte zuerst diese Prämisse, diese Voraussetzung, geschaffen werden. Das geschah dadurch, daß wir sofort nach Beendigung des zweiten Weltkrieges die höhere Hotelfachschule in Pichl an der Enns geschaffen haben, die nunmehr nach Bad Gleichenberg in ein eigenes Heim übersiedelt ist. Dieses eigene Heim, die Villa Possenhofen in Bad Gleichenberg, wird im Laufe des Jahres 1951 aus Mitteln der Handelskammer und der Marshall-Hilfe als ein modern ausgestattetes Schulhotel, verbunden mit einem Internatsbetrieb für Zöglinge dieser Hotelfachschule, eingerichtet werden. Es werden dort alle Sparten des Gastgewerbepersonals ausgebildet, wie Kellner, Kellnerinnen, Köche, Portiers und Chefs de rezeption usw. Also alle Sparten, die überhaupt für einen gastgewerblichen Betrieb in Betracht kommen. Wenn diese Schule läuft, wenn mehrere Jahrgänge dieser Schule ausgebildet sind, dann können die gesetzgeberischen Maßnahmen geschaffen werden, um den Eintritt in das Gast-, Schank- und Hotelgewerbe an einen Befähigungsnachweis zu binden. Alles das, was uns da empfohlen wird, an alles das haben wir schon selbst lange gedacht und sind damit beschäftigt, es auszuführen.

Aber, meine hochverehrten Zuhörer, es ist noch etwas anderes erforderlich! Wenn wir den Fremdenverkehr in Österreich fördern wollen, dann dürfen unsere Bemühungen und dann dürfen die Geldmittel, die das Land aufwendet für diesen Zweck, nicht durch eine negative Propaganda dieser Art wie Sie sie jetzt in den soeben ausgegebenen Zeitungsexemplaren der „Neuen Zeit“ lesen, vernichtet werden. Der Redakteur, der hier als zentimeterdicke Überschrift schreibt: „Schlechte Bedienung und Unsauberkeit“ und die Zustände im steirischen Gastgewerbe heruntermacht, hat sich wahrscheinlich nicht vor Augen gehalten, welchen Schaden er anrichtet. (Abg. Dr. Speck: „Aber lesen Sie doch, was dort steht!“) Wenn man weiß, daß 50 Prozent der Zeitungsleser überhaupt nur Überschriften lesen, dann ist schon einmal dieser Teil des Leserpublikums erfaßt und im negativen Sinn beeindruckt. Herr Bürgermeister, Sie dürfen nicht nur das herausgreifen, was Ihnen genehm erscheint, sondern auch den nächsten Satz, der nicht für den Einzelfall gilt, sondern wo es heißt: „Oft wird Unfreundlichkeit durch hohe Preise übertroffen.“ Hier ist also eine Verallgemeinerung, eine deutliche Pauschalierung dieser Verdächtigung vorgenommen. Und wenn es hier heißt, daß eine einzige solche Gaststätte mehr Schaden anrichtet, als hunderte noch so gute Prospekte, dann sage ich, daß ein einziger solcher niederträchtiger Artikel mehr Schaden anrichtet als tausende von Prospekten, die wir hinausschicken, an Nutzen. Ich verbürge mich Ihnen dafür — denn ich weiß es aus Erfahrung —, daß nicht drei Wochen vergehen werden, bis dieser Artikel in der Auslandspresse, vor allem in der

Schweizer Presse, abgedruckt werden wird. Es gibt dort eine eigene Organisation, die solche Dinge sucht und dann schreibt: Lest, meine lieben Reisenden aus England, Frankreich, Holland usw., wie Österreich selbst über seine Einrichtungen urteilt.

Ich bitte Sie also, Hoher Landtag, und ich bitte auch die Presse, machen Sie nicht die rastlosen Bemühungen des Referates, den Fleiß unserer Beamten und vieler hunderter ehrenamtlicher Mitarbeiter auf diesem Gebiet dadurch zunichte, daß eine solche negative Propaganda in die Presse kommt.

Was die anderen Kapitel anlangt, die hier berührt worden sind, vor allem die ERP-Hilfe, wovon der Herr Präsident Scheer gesprochen hat, nehmen Sie bitte die Versicherung entgegen, daß wir diesen Schlüssel von 5 Prozent ERP-Hilfe niemals zur Kenntnis nehmen wollen. Seien Sie versichert, daß sich Steiermark auch auf diesem Gebiete den Platz an der Sonne zu erkämpfen wissen wird. (Sehr lebhafter Beifall bei ÖVP. und VdU.)

Abg. **Kandutsch**: Die Beratungen über das Kapitel 7 sind im Finanzausschuß unter dem Eindruck der jüngsten Regelungen auf dem Gebiete der Agrarpreise gestanden und es war natürlich, daß die Fragen, obwohl sie von uns nicht gelöst werden können, die Gemüter mehr erregten, als die Verteilung der Mittel auf die einzelnen Posten. Es ist ja auch klar, daß alle Förderungsmaßnahmen hinfällig werden in dem Augenblick, als der Bauer keine Preise für seine Produkte erhält, die seine Kosten decken.

Die Neufestsetzung der Getreidepreise war eine der offiziellen Ursachen des 4. Lohn- und Preisabkommens und zweifelsohne ein plausibler Grund dafür. Insbesondere wollte man damit die Subventionen abbauen. Das Ergebnis ist allerdings so, daß wir heute schon sagen können, das ganze Abkommen mit allen seinen schweren Auswirkungen war auch in dieser Hinsicht ein Schlag ins Wasser. Die Ablieferung ist allein in der Steiermark mit 891 Tonnen auf etwa ein Zehntel der Vorjahresmengen abgesunken und wir müssen nun, anstatt unseren eigenen Bauern mehr zu geben, die fehlenden Quanten aus dem Ausland einführen und dafür echte Weltmarktpreise bezahlen. Wir sind also gezwungen, den französischen Bauern das zu geben, was wir der eigenen Landwirtschaft vorenthalten. Die noch zu importierende Getreidemenge beträgt rund 200.000 Tonnen und wird 400 Millionen Schilling erfordern, für die im Bundesbudget nur 200 Millionen vorgesehen sind — wieder eines der vielen Imponderabilien im Budget — weil man hofft, daß die Weltpreise wieder sinken werden. Die mangelnde Ablieferung hat den Innenminister bewogen, eine neue Zwangsbewirtschaftung anzukündigen, obwohl wir heute in einem anderen Zusammenhange gehört haben, daß es in einer Demokratie keine Zwangsmaßnahmen geben dürfte.

Damit komme ich zum Initiativantrag der ÖVP. Der Herr Abg. Taurer — ich bedaure, daß er hinausgegangen ist — hat sich mit der Aufforderung an uns gewandt, den Antrag abzulehnen. Ich erkläre, daß wir schon im vergangenen Jahre von der

Notwendigkeit eines Landjahres gesprochen haben und diesen Antrag als einen eigenen empfinden. Natürlich werden wir zustimmen, da uns die Gegenargumente des Herrn Taurer gar nicht zu überzeugen vermögen. In erster Linie möchte ich ein offensichtliches Mißverständnis aufklären. Der Abg. Taurer scheint meinen Appell, die Vergangenheit nicht immer wieder hervorzuzerren, als Schulbekenntnis aufgefaßt zu haben, denn er erklärt, ich hätte heute darum gebeten. Davon kann natürlich gar keine Rede sein. Ich habe weder „mea culpa“, noch „pater peccavi“ gesagt, sondern nur von der Sinnlosigkeit dieses Vorgehens gesprochen und betont, daß es aussichtslos ist, uns mit diesen billigen Methoden unter moralischen Druck setzen zu wollen.

Und wenn Abg. Taurer weiter meint, das Landdienstjahr sei schon deshalb abzulehnen, weil es eine Einführung der nationalsozialistischen Ära war, so muß ich auch diese Beweisführung ablehnen, so wie dies in einem anderen Zusammenhang auch der Herr Präsident Stockbauer getan hat. Als nämlich Herr Landesrat Dr. Illig im Finanzausschuß die heutige Finanzverfassung Österreichs als eingefleischter Föderalist angriff und sie als ein Überbleibsel des nationalsozialistischen Regimes bezeichnete, jenes Regimes, daß den Ländern überhaupt keine Hoheit zubilligte, da erklärte Präsident Stockbauer wörtlich: Man kann nicht sagen, daß etwas nur deshalb schlecht sei, weil es die Nazi getan haben. Im Gegenteil, vieles, was vom Nationalsozialismus geschaffen wurde, hat Anspruch auf dauernden Wert. Nun kann man natürlich nicht einmal so und das anderemal anders argumentieren, ganz, wie es einem in den Kram paßt. Einmal soll es keine Rolle spielen, das anderemal doch. (Zwischenruf bei SPÖ: „Das sind doch Drehs!“) Das sind keine Drehs, sondern Tatsachen! Es gibt Zeugen genug, welche diesen Ausspruch bestätigen können.

Und nun zur Charta der Menschenrechte, die da zitiert wurde. (Landeshauptmann Krainer: „Sagen Sie Ihre Meinung, halten Sie sich nicht zurück!“) Ich sage sie schon, Herr Landeshauptmann. Österreich ist nicht Mitglied der UNO und ist daher nicht rechtsverbindlich, sondern höchstens moralisch an die Einhaltung der in der Charta niedergelegten Grundsätze gebunden. (Abg. Hofmann: „Sehr deplaziert, hier das zu sagen!“) Sie sind nicht zuständig, das festzustellen! Jedenfalls sind diese Menschenrechte in ihren primitivsten Formen bis heute auch nicht von jenen Mächten erfüllt worden, die sie beschlossen haben. (Landesrat Dr. Elsnitz: „Jawohl!“ — Händeklatschen beim VdU.) Wenn Sie heute in einer Frage, die im großen Weltgeschehen nur winzig in Erscheinung tritt, die Menschenrechte bemühen, so kann ich Ihnen für deren Anwendung bessere Beispiele geben. Gehen Sie (zur SPÖ gewendet) als Angehörige einer internationalen sozialistischen Bewegung zur englischen Arbeiterregierung und machen sie ihr klar, daß die Vernichtung deutscher Friedensbetriebe, mit der man den deutschen Arbeitern Existenz und Brot nimmt, mit der Anerkennung der Menschenrechte absolut nichts zu tun hat. Verschonen sie uns daher mit solchen Argumenten,

wenn wir Maßnahmen erwägen, die aus der Notlage Österreichs heraus eines Tages notwendig werden müssen. Wir vertreten in unserem politischen Konzept immer einen reinen europäischen Standpunkt und müssen daher Vieles, was uns der Westen zeigt, genau so ablehnen, wie alles, was aus dem Osten kommt. Wir lassen uns unseren klaren Blick nach keiner Richtung verdunkeln und sind nicht der Ansicht, daß es in einer Demokratie keine Verpflichtungen des Staatsbürgers der Gemeinschaft gegenüber geben darf. Dann müßten sie auch die Wehrpflicht abschaffen, denn es bliebe unverständlich, daß es zwar ehrenhaft sein soll, für sein Vaterland die Waffen zu tragen und unter Umständen dafür zu sterben, während es unehrenhaft sein soll, für sein Vaterland zu arbeiten. (Starker Beifall beim VdU. — Gegenrufe bei SPÖ.)

Etwas möchte ich Ihnen noch sagen. Nach den amtlichen Statistiken werden wir im Jahre 1953 rund 111.000 schulentlassene Jugendliche haben, die in keine Lehre kommen können, weder in eine Meisterlehre noch in eine staatliche, denn so sehr die Errichtung von staatlichen Lehrwerkstätten von seiten der SPÖ propagiert wird, müssen sie mir zugeben, daß der Staat die hierfür nötigen Geldmittel nicht aufzubringen vermag. Wir müssen in der Politik aufhören, mit Idealen zu operieren, die mit den realen Tatsachen nicht übereinstimmen.

Lassen Sie mich abschließend sagen, daß auch die Demokratie nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten kennt, daß sie nur dann funktionieren kann, wenn es in ihr ein gewisses Maß von Autorität des Staates und seiner Regierung gibt. Sonst wäre Demokratie gleichbedeutend mit Anarchie. Wir werden für den Resolutionsantrag stimmen. (Beifall und Bravorufe bei VdU und ÖVP.)

Abg. Taurer: Hohes Haus! Landesrat Illig hat sich beklagt, daß in der Zeitung die Ausführungen des Herrn Präsidenten Stockbauer in dieser Form aufgemacht worden sind. Wir stehen nicht an, zu erklären, daß die Aufmachung unglücklich ist, aber wenn man die Rede des Abg. Stockbauer genau durchgelesen hat, kann niemand, der nicht bösen Willens ist, behaupten, daß hier nicht von Ausnahmen gesprochen wurde. Sicherlich hat Landesrat Illig recht, wenn er sagt, Konkurrenzorganisationen für den Fremdenverkehr in Konkurrenzländern werden sich gerade auf das Negative stürzen. Ich möchte sagen, daß wir mit ruhigem Gewissen feststellen können, daß Graz von allen Landeshauptstädten die billigste Hotelstadt ist. Wir haben anfangs November d. J. unseren Zentralparteitag in Graz durchgeführt. Alle unsere Delegierten aus den Bundesländern — und unseren Delegierten kommt es darauf an, billig zu wohnen — haben hervorgehoben, daß nirgends so billig zu wohnen ist als in Graz. Sie haben alle (Zwischenruf Landesrat Dr. Illig: „Geben Sie das auch in die Zeitung!“) die gleiche Feststellung getroffen und es wurde hervorgehoben, daß in überwiegender Mehrheit die Bedienung ausgezeichnet und die Zimmer und die Räume absolut sauber waren. Es hat auch Klagen gegeben und Landesrat Illig wird das Recht der Abgeordneten, hier in der Sitzung

vorzubringen, daß es Ausnahmefälle gibt, die er zweifellos kennt, nicht bestreiten. Besonders hat er die Pflicht, dem zuständigen Referate zu sagen, da oder dort gibt es solche Fälle, man möge sie abstellen. Die überwiegende Mehrheit war absolut zufriedenstellend, das haben wir bei unserer Tagung gesagt. Ich habe Klagen bekommen von einzelnen Teilnehmern, ich scheue mich nicht, zu sagen, um welches Hotel es sich handelt, es war das „Goldene Roß“. Dort waren die Preise fast so hoch wie im „Steirerhof“, für ein Drei-Bett-Zimmer, obwohl das Hotel wahrlich nicht den Anspruch erheben kann, dasselbe zu bieten wie der „Steirerhof“, es war unsaubere Wäsche da und wurde auch versucht, jene, die dort gewohnt haben, ein wenig zu überverteilen. Man hat, weil das Zimmer geheizt werden mußte, jedem der drei Bewohner dieses Zimmers einen Heizzuschlag verrechnet, also für drei Betten zusammen 20 S pro Person und dreimal den Heizzuschlag. Das hat man dann durchgestrichen und wieder durchgestrichen, bis wir auf 18 S gekommen sind. Das ist eine bedauerliche Ausnahme, wie Präsident Stockbauer gesagt hat, daß derartige schwarze Schafe viel von dem verderben können, was wir für den Fremdenverkehr an Propaganda tun, den wir so nötig haben. (Zwischenruf Landesrat Dr. Illig: „Das gilt auch für die Redakteure: Schwarze Schafe, rote Schafe!“ — Heiterkeit.) Herr Landesrat, wenn Sie die Drucktechnik einer Zeitung kennen, wissen Sie, daß mit dem Umbruch einer Zeitung nicht immer der Redakteur, der den Artikel schreibt, zu tun hat, das kann passieren, aber wesentlich ist, daß derjenige, der heute unsere Hotellerie und unseren Fremdenverkehr absolut in Mißkredit bringt, dazu gebracht wird, daß solche Ausnahmefälle nach und nach völlig verschwinden. (Landesrat Dr. Illig: „Schwamm darüber, machen wir es das nächstemal besser!“)

**Abg. Hegebarth:** Es ist schade, daß die Sitzungen des Landtages nicht im Radio übertragen werden. (Schallende Heiterkeit.) Wenn unsere Bauern heute hören könnten, wie das Hohe Haus über ihre Zukunft debattiert, dann müßten jedem Bauern Tränen der Rührung aus den Augen gleiten. (Erneutes Gelächter.)

Hohes Haus! Aus den etwas wirren Ausführungen des Herrn Abg. Hofmann ist zu entnehmen, daß er die ganze Zukunft der steirischen Landwirtschaft darin sieht, eine Grundzusammenlegung durchzuführen, soweit sie nicht schon geschehen ist. Ferner empfiehlt er die Gründung von Maschinengenossenschaften und landwirtschaftlichen Verkaufsorganisationen. Der Herr Abg. Hofmann hat uns aber damit durchaus nichts Neues gesagt, denn was er hier dunkel ahnt (Heiterkeit), haben wir schon längst in konkrete Tatsachen umgewandelt.

Es ist schade, daß die Erhöhungsanträge nicht alle durchgegangen sind und besonders bedauern muß ich, daß die vorgesehene Erhöhung für Treueprämien für die Landarbeiter dem Rotstift des Herrn Landesrates Horvatek zum Opfer gefallen ist. Herr Landesrat Horvatek ist mit einer fast schon an Geiz grenzenden Sparsamkeit bemüht, das Eigentum des Landes zu mehren (Heiterkeit). Ich bin fest über-

zeugt, daß einmal sein Nachfolger schöne Zeiten haben wird.

Der Herr Abg. Bürgermeister Dr. Speck hat schon bei der Debatte zum Voranschlag 1950 die Frage aufgeworfen, ob die Ausgaben für das landwirtschaftliche Schulwesen wohl gerechtfertigt seien. Er hat damals die Befürchtung geäußert, diese Geldmittel könnten irgendwie eine verlorene Ausgabe bedeuten, weil — wie er meinte — ein Teil dieser absolvierten Landwirtschaftsschüler doch nicht in der Landwirtschaft verbleiben. Das hat mich nicht ruhen lassen. Ich habe mich an die berufenste Persönlichkeit gewendet, an den Landesinspektor für das landwirtschaftliche Schulwesen, Herrn Hofrat Hornich, der auf diesem Gebiet als Fachmann zu gelten hat. Er hat sehr umfangreiche Erhebungen gemacht, die er mir zum Teil brieflich übermittelt hat. Der Absolventenlehrgang 1947, der insgesamt etwa 250 Absolventen umfaßt, ist z. B. 100%ig in der Landwirtschaft verblieben. Nach nunmehr 3½ Jahren ist kein einziger dieser Absolventen zum Deserteur geworden. Herr Hornich gab mir gegenüber der Überzeugung Ausdruck, daß die Flucht von Landwirtschaftsschülern aus der Landwirtschaft so gering sei, daß man sie nur mit Promille erfassen könne und das wäre vollkommen uninteressant.

In einem muß ich Herrn Abg. Taurer recht geben, wenn er sagt, daß man erst dann Verständnis bekommt und sich ein Urteil anmaßen kann, wenn man die Verhältnisse auch anderer Berufe kennenlernt. Ich habe das gemacht. Ich habe einige Jahre in der Industrie gearbeitet. Ich habe schätzen und achten gelernt den Arbeiter mit der Faust und ich bin fest überzeugt, daß der Herr Böhm in Wien ganz anders über die Bauern denken würde, wenn er auch zwei Jahre in der Landwirtschaft gearbeitet hätte. (Landesrat Dr. Illig: „Dienstpflichtjahr!“ — Heiterkeit.) Man spricht sehr viel über die Subventionen, die die Landwirtschaft erhält. Man spricht aber wenig von den Subventionen, die die Landwirtschaft den Konsumenten gibt. Diese Subventionen betragen in Österreich jährlich 2½ bis 3 Milliarden Schilling. Wir verstehen ohne weiteres, daß der österreichische Konsument bei seiner Einkommenshöhe absolut nicht in der Lage ist, hievon Weltmarktpreise zu bezahlen. Ich muß aber trotzdem darauf aufmerksam machen, daß wir, wenn wir weiterhin den jetzigen Weg gehen, Gefahr laufen, daß wir eines Tages unsere Steuern nicht mehr zahlen können. Heute bekommen auch die Bauern Betriebsmittel noch verbilligt auf dem Wege des Marshall-Planes. So bekommen wir den Kunstdünger noch mit 50% billiger und auch verschiedene Futtermittel, ferner verschiedene Schädlingsbekämpfungsmittel. Mit 1. Juli 1952 ist dieser Zauber aber zu Ende und wir müssen dann das Thomasmehl statt mit 30 mit 65 S bezahlen usw. Die Produktionskosten unserer Artikel werden in diesem Augenblick sprunghaft in die Höhe steigen und ich weiß nicht, ob die österreichische Industrie, ob der Staat als Arbeitgeber imstande sein wird, seinen Bediensteten einen Lohn zu geben, damit sie diese Preise bezahlen können. Dieser heutige Zustand mit gestützten Preisen, Mischpreisen, verschiedenen Devisenkursen usw. ist ein ungesunder

Zustand, der auf die Dauer untragbar ist. Entweder finden wir den Anschluß an die Weltwirtschaft und ihre Preise oder wir müssen wieder zu einer 100%igen Bewirtschaftung übergehen. Ein dritter Weg, nämlich eine teilweise Bewirtschaftung, ist schlechter als gar keine, ist ein Unding. Der Bauer tritt ja nicht allein als Produzent auf, sondern er tritt ja auch als Konsument und Käufer auf. Es ist interessant, daß z. B. das heurige Jahr, das für unsere Bauern zum Großteil ein Mißjahr war, sich auch in dieser Hinsicht sehr nachteilig ausgewirkt hat. Auf der Frühjahrsmesse wurde den Bauern gesagt, sie könnten die landwirtschaftlichen Maschinen mit einer Lieferfrist von 5 bis 6 Monaten haben, im Herbst hätte man sie schon sofort haben können, wenn man nur das notwendige Geld mitgehabt hätte. Die Landwirtschafts-Maschinenindustrie war von dem Umsatz auf der Herbstmesse nicht begeistert. Es sagt nicht umsonst ein altes Sprichwort: „Hat der Bauer Geld, hats die ganze Welt.“ Wir erwarten von den anderen Berufsständen ja nur das gleiche Verständnis und das gleiche Interesse, das wir den anderen auch entgegenbringen. Dann werden wir imstande sein, die künftigen Schwierigkeiten zu meistern und dann werden wir auch in jeder Richtung jeder Entwicklung mit Ruhe entgegensehen können. (Beifall und Bravorufe.)

**Landesrat Prirsch:** Sie haben sich heute zwar schon müde gehört, aber mein Pflichtgefühl als der zuständige Referent veranlaßt mich, zu diesem Kapitel etwas zu sagen. Sie finden hier in einem bescheidenen Abschnitt unter „Öffentliche Einrichtungen“ auch das Feuerwehrwesen. Es ist vielfach üblich, daß ein leichtes Lächeln über die Gesichter huscht, wenn man die Feuerwehr erwähnt. Und man hört oft Aussprüche wie: „Ja, die Feuerwehr, das ist auch so ein Verein . . .“ Nun hat aber das Feuerwehrwesen mit Beschluß des Landtages und auf Grund eines Landesgesetzes auch eine gesetzliche Fundierung erhalten.

Ich glaube, man darf die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, auch von der Landstube aus diesen Zehntausend von braven und opferwilligen Feuerwehrmännern einen herzlichen Dank auszusprechen. (Allgemeiner Beifall.) Wenn wir bedenken, daß im steiermärkischen Feuerwehrwesen 21.000 Mann vereinigt sind, daß die Gruppierung der Feuerwehren sich teilt in die freiwilligen Feuerwehren mit rund 680 Ortsgruppen oder Organisationen, dann 52 Werksfeuerwehren und eine Berufsfeuerwehr, dann kann man ermessen, welche freiwillige Arbeit, welche freiwilliger Dienst am Volke hier geleistet wird. Es ist erfreulich, daß ebenso wie der Finanzausschuß auch, wie ich hoffe, der Hohe Landtag die Mittel aus der Feuerschutzsteuer zur Gänze wieder dem Feuerwehrwesen zur Verfügung stellt.

Darüber hinaus darf ich auch nicht versäumen, zu berichten, daß auf Grund des Landesgesetzes die Kammer für Arbeiter und Angestellte in der Landwirtschaft errichtet wurde und die provisorische Bestellung eines Präsidenten erfolgte. Diese Kammer hat nach Überwindung der üblichen Schwierigkeiten unter den Angestellten und der Arbeiterschaft der Landwirtschaft am Lande bereits

Fuß gefaßt. Es ist im Verlaufe der Debatte auch die Kammer für Land- und Forstwirtschaft erwähnt worden und ich konnte mit Genugtuung feststellen, daß das Wirken und die Arbeit unserer Bauernkammer im allgemeinen die Zustimmung aller Anwesenden gefunden hat. Wenn man bedenkt, welche Leistungen diese Bauernkammer seit 1945 vollbracht hat, dann muß man von diesen Leistungen wirklich mit anerkennender Hochachtung sprechen. Das gilt sowohl für das Präsidium und seine Mitarbeiter hier in Graz als auch für unsere pflichtbewußten und treuen Bezirksobmänner und Bezirkssekretäre im ganzen Lande.

Hohes Haus, als der zuständige Referent in der Steiermärkischen Landesregierung erachte ich es als meine besondere Pflicht, allen diesen Männern den Dank auszusprechen, an der Spitze dem Herrn Präsidenten Wallner (allgemein sehr lebhafter Beifall und Bravorufe), vor allem deshalb, weil — ich muß es zu meinem Bedauern, zu meinem Leidwesen feststellen — im dem sogenannten Arbeitsbauernbund und seiner Presse keine Gelegenheit versäumt wird, um der Bauernkammer und ihrem Präsidium eines hinaufzupelzen. Ich möchte unseren sozialistischen Freunden hier im Hohen Hause empfehlen, diese Zeitung zwei- oder dreimal zu lesen und ich bin überzeugt, wenn sie mir ein ehrliches Urteil über die Schreibweise dieser in Wien erscheinenden Zeitung geben, werden Sie zugeben müssen, daß sie sich von der kommunistischen Presse nicht unterscheidet. Im Sinne des Zusammenarbeitens und eines friedlichen Miteinandergehens wird es notwendig sein — und das ist meine Bitte an Sie, meine Herren und Damen — darauf Einfluß zu nehmen, daß diese persönliche und niederträchtige Beschimpfung unseres besten Bauernführers in der Steiermark und der Bauernkammer überhaupt endlich einmal ihr Ende findet. Wir alle wissen, daß Präsident Wallner wirklich ein Bauer im wahrsten Sinne des Wortes und der anerkannte Führer dieses Landes ist.

Ich darf in diesem Zusammenhang auch noch auf einzelne Punkte und Ausführungen eingehen. Es muß noch einmal festgestellt werden, daß die sozialistische Partei im Lande Steiermark den Belangen der Landwirtschaft weitgehendes Verständnis entgegenbringt. Ich wundere mich eigentlich, daß auf dem sozialistischen Parteitag der Genosse Spreitzhofer hier folgende Rede gehalten hat: „Im Jahre 1945 hatte es den Anschein, daß sich die Sozialisten zu einer Partei der Arbeitsmenschen entwickeln werden, man sprach nicht mehr nur von der Industriearbeiterschaft allein, sondern wollte auch Menschen aus anderen Wirtschaftszweigen für die Partei gewinnen. Leider gibt es seit 1945 eine Rückentwicklung des anfänglichen Wollens. Auf eine höchst wichtige Gruppe von Arbeitsmenschen — hier sind wohl die Bauern gemeint — hat man anscheinend vergessen.“ So am Zentralparteitag! Meine Herren und Damen von der Gegenseite! Ich weiß, diese Worte gelten für Sie, aber ich fürchte, daß sie auch für jene Stellen in Wien gelten, die letzten Endes das Schicksal und die Führung der Partei bestimmen. Es sind hier viele Fragen wirtschaftlicher und sozialer Natur ange-

führt worden, eines, Hoher Landtag, steht fest: Die Landwirtschaft ist am Volkseinkommen zu niedrig beteiligt worden und das ist der Schlüssel zu allen diesen Schwierigkeiten. Es ist richtig und das muß unterstrichen werden, daß Österreich und seine Bevölkerung an den Folgen des Regimes, das vor uns war, zu tragen hat. Es ist richtig, daß die Arbeiterschaft und vor allem die Angestelltenschaft nicht jenes Realeinkommen hat, wie es die Löhne des Auslandes sind. Es ist selbstverständlich und unbestritten, daß wir alle, um ein gebräuchliches Wort zu gebrauchen, mit dem „kleinen Kuchen“ durchkommen müssen. Hohes Haus, es wird notwendig sein; nicht nur im Interesse der Landwirtschaft, sondern im Interesse des ganzen Volkes, hier nach Wegen zu suchen, damit unser Bauer auf seiner Wirtschaft und auf seinem Berge leben bleiben und durchkommen kann. Dieses Problem ist so ernst, daß sich ihm kein Mensch in Österreich, wie immer er sich gibt, auf die Dauer verschließen kann.

Hohes Haus! Zu diesen Mitteln, die uns das Land gibt, kommen noch die Mittel des Bundes. Es kommen aber hoffentlich auch für die weitere Zukunft noch große Mittel aus dem ERP-Plan dazu. Wenn hier angeführt wurde, daß für Entwässerung zu wenig getan wurde, so kann ich sagen, daß nicht nur im Landesbudget bedeutend mehr Mittel für diesen Zweck vorgesehen, sondern auch im ERP-Programm 1950 fast 6 Millionen zur Verfügung gestanden und daß Hunderte von Hektar trockengelegt und entwässert worden sind. Ich weiß, daß alle diese Maßnahmen nicht jenen Umfang erreichen konnten, um damit in kurzer Zeit alles Notwendige zu tun.

Der Herr Abg. Hegenbarth hat die Anfrage des Herrn Bürgermeisters Dr. Speck schon zum Teil beantwortet. Es ist richtig und hat sich jetzt wieder herausgestellt, daß die Absolventen unserer Fachschulen festen Willens sind, in der Landwirtschaft zu verbleiben. Jene, die nicht auf einen väterlichen Hof zurückkehren können, suchen sich Stellen im landwirtschaftlichen Wirtschaftskreis. Ich kann auch zu meiner Freude immer wieder die Bemerkung machen, daß in unseren landwirtschaftlichen Fachschulen etliche Burschen und Mädchen aus nicht bäuerlichen Kreisen stammen, die sich aber dort auch sehr wohl fühlen.

Es ist vom Herrn Abg. Hofmann der Wunsch ausgesprochen worden, die Regierung und vor allem die Bauernkammer mögen die Grundzusammenlegungen weitgehendst unterstützen. Die Befürchtung, daß man hier mit Zwangsmitteln arbeiten muß, ist vollkommen ungerechtfertigt. Im Gegenteil, die zuständige Abteilung ist gar nicht in der Lage, alle Wünsche, die hinsichtlich der Zusammenlegungen an sie herangetragen werden, sofort zu erfüllen. Ich glaube, diese Abteilung, die dem Herrn Landeshauptmann untersteht, ist schon für zwei Jahre mit Anträgen versorgt. Es wäre zwar sehr interessant, die Sache von Hainersdorf als Schulbeispiel noch zu erwähnen, aber nachdem ich heute schon dem Bürgermeister von Ober- oder Unter-Storcha zu einer Nennung in der Zeitung verholfen habe,

möchte ich nicht auch noch dem Oberlehrer von Hainersdorf dazu verhelfen.

Der Abg. Hofmann hat auch die Raiffeisenkasse erwähnt und der Sorge Ausdruck verliehen, daß der gute Vater Raiffeisen in seinem Grabe unruhig schlafen würde, wenn er die heutigen Vorgänge bei der Raiffeisenkasse kennen würde. Tatsache ist jedoch, daß die Raiffeisenkasse die einzige Institution ist, bei der heute der Bauer in dringenden Fällen wenigstens einige tausend Schilling haben kann. Daß die Raiffeisenkassen nicht viel geben können, das liegt daran, daß die Bauern kein Geld haben und deshalb auch keines in die Raiffeisenkassen hineinlegen können. Jedenfalls bekommen die Bauern auch bei den anderen Institutionen kein Geld. Entweder haben sie keines oder sie wollen es dem Bauern nicht geben.

Und nun einige Worte zur Klarstellung der Obstausfuhr 1949. Man hat sich im Spätherbst 1949 redlich bemüht — und das kann ich beweisen, weil ich selbst mit dabei war — die überschüssigen Obstmengen der Ernte 1949 ins Ausland zu bringen. Aber die hohe Außenhandelskommission hat diese Bemühungen der bäuerlichen Vertreter unmöglich gemacht aus der berechtigten oder unberechtigten Sorge heraus, daß dadurch der Obstversorgung im Inland Schwierigkeiten bereitet würde. Es waren also nicht die Bauern schuld, sondern die Außenhandelskommission war hier im Spiele und ich brauche Ihnen nicht zu sagen, wie sich diese zusammensetzt.

Hohes Haus! Unsere Fachschulen, die auch zu diesem Kapitel gehören, sind überall anerkannt. Wenn heute hier erwähnt wurde — ich glaube, es war der Herr Landesrat Dr. Elsnitz — daß wir uns Kärnten als Beispiel nehmen sollten, so muß ich dazu sagen, daß im Gegenteil wir Kärnten als Beispiel dienen können. Wir haben uns erst unlängst mit einem Vertreter der Kärntner Landesregierung unterhalten und er hat mit größter Hochachtung von unserem landwirtschaftlichen Fachschulwesen gesprochen. (Landesrat Dr. Elsnitz: „Ich habe nicht vom Niveau, sondern von der Anzahl gesprochen.“) Das Niveau unserer Schulen wiegt die Anzahl der Kärntner Schulen leicht auf. In Kärnten hat sich schon seit zwei Jahrzehnten das System der Bezirksschulen eingebürgert, das mag vielleicht etwas für sich haben, aber diese Bezirksschulen werden immer kleine Schulen bleiben. Wir in der Steiermark aber wollen hinsichtlich unserer landwirtschaftlichen Fachschulen den Weg gehen, daß wir sagen: „Lieber weniger Schulen, aber dafür gute, große, leistungsfähige Schulen“, die uns am Ende bestimmt billiger kommen als eine Unzahl kleiner Schulen.

Hoher Landtag! Ich darf darauf hinweisen, daß es uns gelungen ist, im Jahre 1950 Grottenhof und Hafendorf zu eröffnen und daß im Voranschlag 1951 die Eröffnung einer landwirtschaftlichen Schule in Hatzendorf vorgesehen ist, übrigens ein dringender Wunsch der bäuerlichen Bevölkerung des Bezirkes Feldbach. Ich darf Sie also versichern, daß von Seiten der Regierung alles unternommen wurde, um den Bildungsbestrebungen der Landjugend entgegenzukommen. Und ich kann sagen, wer unsere

steirische Landjugend kennt, der kann mit Stolz auf sie blicken. Es ist wirklich ein guter Geist in unserer steirischen Landjugend und wer so eine Tagung des Bundes der steirischen Landjugend mitmachen könnte, der kann sich davon überzeugen, daß man in dieser Hinsicht beruhigt in die Zukunft schauen kann. Kritik an der Landwirtschaft zu üben hinsichtlich der Erzeugung und ihrer Einrichtungen ist leicht und, ich möchte fast sagen, populär geworden. Wir dürfen nicht vergessen, daß gerade die steirische Landwirtschaft unter den Kriegsfolgen ungeheuer viel zu leiden hatte und noch hat. Nennen Sie mir irgend einen anderen Berufsstand, in dem Frauen so viel zu leisten haben, selbständig die Wirtschaft führen und leiten müssen, um so das Erbe nicht nur sich, sondern auch ihren Kindern zu erhalten! Und wenn man diese Tatsachen kennt und um sie weiß, dann muß man davor auch Hochachtung haben. Meine Damen und Herren! Der Bauer in der Steiermark ist fortschrittlich, heimat-treu, fleißig und bescheiden. Wäre er dies nicht gewesen, dann würden wir auf weiten Strecken unseres Landes so manchen Bauernhof nicht mehr stehen haben. Ich darf nicht versäumen, noch einmal zu erwähnen, daß die Lage für die Bauernschaft ernst ist. Unsere Berg-, Klein- und Mittelbauern sind vielfach am Ende ihrer Kräfte. Es wird nicht nur ein steirisches, sondern ein österreichisches Problem größter Bedeutung sein, daß diese Frage möglichst bald gelöst wird. Ich möchte nur eines in diesem Zusammenhang erwähnen: Bund und Länder bemühen sich, um die Wohnungsnot zu bekämpfen. Eine Wohnung in Graz, wenn sie die öffentliche Hand errichtet, kostet 80.000 S. Kein Mieter ist imstande, hier den Zinsendienst und die Amortisation im Zuge der Miete auf sich zu nehmen. Jeder Bauer, der uns vom Berge herunterfällt, der aus entlegenen Tälern sich aussiedelt, kommt herein und sucht sich eine Wohnung. Es ist besser, wir sorgen dafür, daß es ihm möglich gemacht wird, droben und draußen bleiben zu können. Ich bin überzeugt, daß das weniger kostet.

Hoher Landtag! Ich danke allen, die mitgewirkt haben, daß in der Gruppe 7 die Posten für Landwirtschaft so ausgefallen sind, daß man ruhigen Gewissens feststellen kann, das Land Steiermark der Steiermärkische Landtag, habe hiefür Verständnis bewiesen und seine Pflicht gegenüber dem Bauernstand bestmöglich erfüllt. (Starker Beifall bei ÖVP.)

**Präsident:** Nach den Ausführungen des Herrn Landesrat Pirsch ist die umfangreiche Rednerliste erschöpft, es haben zu dieser Gruppe 22 Redner gesprochen. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. **Ertl:** Ich möchte das Kapitel Landwirtschaft nicht zum Abschlusse bringen, bevor ich nicht an alle Mitglieder des Hohen Hauses die ernste Bitte richte, die Belange der Landwirtschaft und die Belange im Ernährungssektor auf unpolitischer Basis im Geiste hoher Verantwortung zu führen. Verkennen wir den Ernst der Situation im Ernährungssektor nicht, wir leben von der Hand in den Mund, von heute auf morgen, wir haben keine Vorräte mehr, die Hälfte der Lebensmittel beziehen

wir aus dem Auslande. Wenn wir heute oder morgen vom Auslande nicht die normale Zusendung bekommen, kommen wir in ernste Versorgungsschwierigkeiten. Deshalb bitte ich im Geiste höchster Verantwortung die Belange zu regeln und zu ordnen, der Landwirtschaft die Möglichkeit zu geben, in aller kürzester Zeit aus dem heimatlichen Boden die höchsten Erträge für die eigene Versorgung abzugewinnen.

Nachdem in der Debatte keine Abänderungen in den Ansätzen erfolgt sind, möchte ich bitten, die vom Finanzausschuß einvernehmlich beschlossenen Beträge zu genehmigen.

**Präsident:** Ich bitte die Abgeordneten, welche für die Anträge des Berichterstatters sind, zum Zeichen ihrer Zustimmung eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 8.

Berichterstatter ist Abg. Wallner, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. **Wallner:** Hohes Haus! Ich habe für wirtschaftliche Unternehmungen und Beteiligungen zu berichten. Abschnitt 83, Landesbahnen, Gesamtaufwand 6.663.700 S. Hier ist ein Abänderungsantrag des Finanzausschusses, und zwar ein Weniger von 554.400 S, also eine Einsparung. Besonders erfreulich ist hervorzuheben, daß diesmal bei den Landesbahnen trotz des 4. Lohn- und Preisabkommens 700.000 S weniger Aufwand ist als im Vorjahre. Die Abschnitte 85 und 86 mit den Unterabschnitten Landwirtschaftliche Betriebe und forstwirtschaftliche Unternehmen, der Abschnitt 87, Industrielle und gewerbliche Unternehmungen, der Abschnitt 88, Kurbetriebe, der Abschnitt 89, Sonstige Unternehmungen, alle diese Gruppen haben ein Gesamterfordernis von 15.057.600 S, Einnahmen 7.489.000 S, dazu die Abänderungen des Finanzausschusses, wovon ich Ihnen bereits erwähnt habe, die eine Einsparung von 554.400 S vorsehen und ein Mehr durch Beteiligung an der Fluggesellschaft Graz von 40.000 S.

Ich stelle namens des Finanzausschusses den Antrag, diese Gruppe 8 mit der angeführten Einschränkung zu genehmigen.

**Präsident:** Ich bringe den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die dafür sind, zum Zeichen ihrer Zustimmung eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zu Gruppe 9, Finanz- und Vermögensverwaltung.

Berichterstatter ist Abg. Sebastian, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. **Sebastian:** Nach diesen vielen Worten für die Gruppe 7 habe ich um Entschuldigung zu bitten, daß ich übersehen habe, daß die Gruppe 8 so schnell abgewickelt wurde. Zur Gruppe 9 wurde im Finanzausschuß ein einziger Abänderungsantrag gestellt zu 9588, der besagt, daß der vorgesehene Betrag von 10.751.000 S um den Betrag von 4.996.400 S, welcher aus dem ordent-

lichen Voranschlag in den außerordentlichen Voranschlag überwiesen worden ist, auf 5,754.600 S reduziert wurde. Das Gesamtbudget in der Finanz- und Vermögensverwaltung sieht in der Einnahmenseite 261,257.700 S vor, in der Ausgabenseite 30,670.600 S.

Der Finanzausschuß schlägt dem Hohen Hause vor, die in Gruppe 9 vorgesehenen Summen anzunehmen.

Landesrat **Horvatek**: Die Gruppe 9 ist jene, die als Einnahmengruppe dafür sorgt, daß die übrigen Gruppen in ihren Abgängen bedeckt werden können. (Zwischenruf Landesrat Dr. Illig: „Das ist die Version, die wir schon einmal in der Zeitung gelesen haben.“ — Heiterkeit.) Es ist festzustellen, daß es dem Herrn Landesrat Dr. Illig gar nicht paßt, daß die Gruppe 9 insgesamt 225,590.700 S trägt, somit alle übrigen Gruppen mit den nötigen Zuschußbeträgen versorgt werden können, weil der Hauptanteil dessen, was die Gruppe 9 ausweist, aus den Bundesertragsanteilen stammt. (Zwischenruf Landesrat Dr. Illig: „Das paßt mir sehr, aber das ist ja kein Betriebsüberschuß eines Erwerbsunternehmens!“) Herr Landesrat Dr. Illig gehört zu jenen Menschen, die ein außerordentliches Interesse an der Vergangenheit haben, das beweist schon sein großes Interesse für das Joanneum, wo er auch in vielen Sälen das sammelt, was alt geworden ist oder wenigstens als wertvoll genug befunden wurde, um in diese Sammlungen aufgenommen zu werden. Er freut sich auch an alten Büchern und ist hoch beglückt, weil es Frau Dr. Mottl gelungen ist, ein altes Knochenbeil zu finden. Mit einem Wort, er blickt gerne in die Vergangenheit. (Zwischenruf Landesrat Dr. Illig: „Ich nehme auch einen interessanten Abgeordneten in das Joanneum auf, vielleicht in die Mumien-Abteilung!“ — Stürmische Heiterkeit.) Er blickt auch gerne in die Vergangenheit in Bezug auf den Aufbau und die Finanzverwaltung der ersten Republik und in die Zeit vor dem ersten Weltkrieg, als das Bundesland Steiermark noch Herzogtum Steiermark im Verbands Österreichs war. Er stellt uns immer wieder vor, daß der jetzige Finanzausgleich schlecht ist und die damaligen Verhältnisse gut waren, daß die landeseigenen Einnahmen eine größere Beweglichkeit gestatteten und daß unbedingt ein föderalistischer bundesstaatlicher Gedanke erforderlich sei. (Zwischenruf Landesrat Dr. Illig: „Das ist bewußt anders dargestellt!“) Es ist aber notwendig, zu prüfen, ob die guten alten Zeiten wirklich so gut waren. (Dr. Illig: „Ein Schlaucher!“) Ich habe ein Recht, die Dinge so darzustellen, wie ich sie sehe. Ich habe mir aus dem Voranschlag des Jahres 1914 folgendes herausgeholt: Damals haben die Landeseinnahmen, und zwar die Landesumlage, ein Ergebnis gebracht von 15,074.806 Kronen, denen sind gegenübergestellt an Pflichtschulaufwand, also Aufwand für die Pflichtschullehrerschaft einschließlich der Bürgerschulen, ein Betrag von 9,130.805 Kronen. Damals also in der alten Monarchie haben die landeseigenen Einnahmen mehr ausgemacht als der Aufwand für die Pflichtschullehrer. Es ist dem noch entgegen zu halten, daß es außerdem gewisse Staatsertragsanteile ge-

geben hat, und zwar staatliche Überweisungen aus den Personalsteuern und aus der Brantweinsteuer. Die sogenannten Ertragsanteile hat es also damals schon gegeben. Sie haben betragen 3,189.223 Kronen. Es ist festzustellen, daß dieser Betrag und die früher genannten Landeseinnahmen, zusammen rund 18 Millionen, belastet waren mit dem Aufwand für die Pflichtschullehrerschaft ungefähr zur Hälfte mit über 9 Millionen.

Wie sieht es nun in der ersten Republik aus? Ich gehe zurück auf das Jahr 1926. Damals haben die Bundesertragsanteile betragen 7,424.138 S, denen sind gegenübergestellt eigene Landeseinnahmen, wie z. B. die Landesgrundsteuer, die Landesgewerbesteuer, die Lohn- und Gehaltsabgabe, die Kraftfahrzeugabgabe, der Zuschlag zur Lustbarkeitsabgabe, der aber nicht zweckbestimmt war, im Gesamtbetrag von 12,120.800 S. Die Bezüge der Pflichtschullehrer haben damals einen Zuschußbedarf von 14,631.900 erfordert, das heißt, der Betrag für die Pflichtschullehrerschaft hat um über 2,000.000 S mehr betragen als die gesamten Landeseinnahmen aus Steuern und Abgaben betragen haben.

Nun das Jahr 1933. Die Landeseinnahmen betragen rund 20,000.000 S, der Zuschußbedarf für die Pflichtschullehrer 21,000.000 S, also sämtliche Landeseinnahmen sind durch die Bedürfnisse der Pflichtschullehrer aufgefressen worden.

Im Jahre 1937 haben wir dasselbe Bild. Die Landeseinnahmen betragen 16,000.000 S, die Bezüge der Pflichtschullehrer brauchten einen Zuschuß von 18,000.000 S.

Nun stellt es Herr Landesrat Dr. Illig immer so dar, als ob das der ideale Zustand gewesen wäre. Heute trägt aber die Bezüge der Pflichtschullehrer der Bund. Er hat dafür zwar eine Reihe von landeseigenen Einnahmen inkameriert, aber die Bundesertragsanteile stehen dafür voll zur Verfügung für andere Landeszwecke. Die Ertragsanteile von früher haben meistens gar nicht gereicht, um die Pflichtschullehrerbezüge zu decken. Die finanzielle Lage des Landes würde sich also nur verschlechtern, wenn man auf ein System zurückkäme, das dem Lande zwar eine Reihe von Mehreinnahmen bringen würde, ich bin aber sicher, daß uns der Bund dann wieder die Aufwendungen für die Pflichtschullehrerschaft auferlegen würde. Was er übrigens schon heuer versucht hat, aber vergeblich.

Ich darf in dem Zusammenhange noch ein zweites sagen: Wir wissen, daß für Europa, das nicht hinter dem Eisernen Vorhang steht, es einmal nur eine Staatsform geben wird, und zwar die Vereinigten Staaten von Europa. Es ist außer Zweifel, daß alles irgendwie zur Konzentration und zur Zusammenfassung drängt. So wie seinerzeit einmal die einzelnen kleinen Hammerwerke in der Steiermark zusammengezogen worden sind zu großen Werken, so ähnlich ist es auch hier. Wenn man gewisse Dinge vereinfachen will, wenn man eine Verwaltungsreform durchbringen will, wenn man nicht unnötigen Arbeitsaufwand schaffen will, dann ist es ja klar, daß die verbundene Steuerwirtschaft vom Standpunkt einer Verwaltungsreform gegenüber der landeseigenen Steuerwirtschaft unbedingt den Vorzug besitzt. Das ist eine grundsätzliche Frage, die

nicht so einfach ist. Man könnte eine diesbezügliche mündlich dargebrachte Meinung des Herrn Landesrates Dr. Illig noch hinnehmen, aber man muß dazu Stellung nehmen, weil sie ja auch im „Steirerblatt“ dargelegt ist. Und ich möchte hier nur eines feststellen, daß, meiner Ansicht nach, die moderne Form der verbundenen Steuerwirtschaft unbedingt den Sieg davontragen wird. Es ist doch keine Frage — und das ist für mich das entscheidende —, daß das Land Steiermark, obwohl es zu den minderbegüterten Ländern gehört, weil es bei diesem Finanzausgleich nicht so gut abschneidet wie der goldene Westen, doch weitaus besser fährt als jemals zuvor (Landesrat Dr. Illig: „Derzeit!“), als noch die alte Form bestanden hat mit den Pflichtschullehrerlasten. Geben Sie sich doch keiner Täuschung hin! Wenn einmal eine allgemeine Wirtschaftskrise kommen sollte, was wir weder hoffen noch glauben, werden Sie doch nicht annehmen, daß die Landessteuern davon unbeeinflusst bleiben und wir in der Wolle sitzen würden, während der Staat verhungert. (Zwischenruf Landesrat Dr. Illig: „Wir reden aneinander vorbei. Sie sind eben Zentralist und wir sind Föderalisten!“) Die Gesetzgebung des Bundes ist immer stärker als die des Landes. Schon die Monarchie hat seinerzeit eine Reihe von Landesabgaben inkameriert und der Bund hat das fortgesetzt. Und zu glauben, daß wir das Rad der Entwicklung und der Geschichte nach rückwärts drehen können, ist ein Irrtum. (Landeshauptmann Krainer: „Aber soweit, daß wir uns selbst auf die Schlachtbank legen, soweit sind wir noch nicht!“) Jedenfalls steht außer Zweifel, daß wir, wenn wir vom Bunde finanziell unabhängig werden würden, wir gewiß von dem Zugriff des Finanzministers bezüglich der Pflichtschullehrerschaft nicht befreit blieben. Um das geht es. Der Bund sagt: Ich gebe Euch alles, aber nehmt meine Lasten. Dann müßte man mit Rosegger sagen: „Warum haben wir die Krot gefressen?“ Damit habe ich, was notwendig ist, zu den Ausführungen des Herrn Landesrates Dr. Illig gesagt.

Er hat darauf hingewiesen, daß der Landtag erfolgreich das Budget abgeändert hat, in das Ziffernwerk, das der Finanzreferent vorgelegt hat, eingegriffen hat. Ich anerkenne gewiß, daß der Finanzausschuß und der Hohe Landtag von ihrem Rechte, das Budget zu beschließen und zu ändern, selbstverständlich Gebrauch machen; aber es ist eine bedeutsame Änderung nicht erfolgt und das freut mich, weil die Grundlagen der Gebarung dadurch unerschüttert geblieben sind. Praktisch haben sich die Ziffern in der ordentlichen Gebarung um 3·4% geändert, das heißt, es ist ein Plus von 3·4% eingetreten, im außerordentlichen Budget um 11·5%, wobei festzustellen ist, daß eine Reihe von Dingen aufgenommen worden sind, wovon wir wissen, daß die Bedeckung nicht da ist. Es ergibt sich also, daß der Voranschlag, den ich vorgelegt habe, in seinen großen Zügen beibehalten wurde, was beweist, daß die Arbeit für den Voranschlag eine gute war und auch halten wird. (Landesrat Dr. Illig: „Haben wir nie bestritten!“)

Ich darf noch eine Bemerkung machen: Landesrat Dr. Illig hat von einem Erfolg seines Klubs nach

der Richtung geredet, daß es gelungen ist, 8 Millionen Schilling, die als Darlehen der Steweag hätten gegeben werden sollen, zu Fall zu bringen. (Landeshauptmann Krainer: „Sie befinden sich in einem Irrtum!“) Nein, das ist kein Irrtum! Er hat dabei darauf hingewiesen, daß durch den Beschluß des Finanz- und Budgetausschusses es dem Finanzreferenten möglich war, die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, daß die Steweag entsprechende Bankkredite erhalten hat. Diese Darstellung ist irrtümlich. Der Finanzausschuß hat über Antrag Dr. Kaans beschlossen, daß der Finanzreferent beauftragt wird, mit den Großbanken Verhandlungen zu pflegen, die ermöglichen sollen, daß die Zahlungsverpflichtungen der Steweag bezüglich kurzfristiger Darlehen um ein Jahr verschoben werden, so daß 1951 Rückzahlungsraten an diese Banken nicht zu leisten sind. Es haben aber noch keine Verhandlungen stattgefunden, weil dazu keine Zeit war. Ich will hoffen, daß die Verhandlungen einen Erfolg haben werden. Grundsätzlich ist folgendes zu sagen: Die Steweag ist eine Landesgesellschaft, da nach dem zweiten Verstaatlichungsgesetz die gesamten Aktien dem Lande zugefallen sind. Entschädigungsansprüche stehen vor allem der AEW zu, abgesehen von den Besitzern einzelner Aktien. Wir wissen heute nicht, wie hoch diese Entschädigung sein wird, da es ein Entschädigungsgesetz noch nicht gibt. Dem steht entgegen, daß das Land die Verpflichtung hat, zu sorgen, daß die dem Lande zugehörige Gesellschaft ihre Aufgaben erfüllen kann. Diese Aufgaben können nur dann erfüllt werden, wenn der Annuitäten- und der Zinsendienst, den die Steweag zu leisten hat, nicht ihre Leistungsfähigkeit übersteigt und ich sehe diese Gefahr deshalb, weil die Steweag nicht nur Zinsen zu zahlen hat sondern auch Rückzahlungsraten, außerdem aber noch eine Reihe anderer Aufgaben zu erfüllen hat, Investitionen, Instandhaltungsarbeiten und Erneuerungen, die nicht aufgeschoben werden können. Die Landesgesellschaft hat die Pflicht, die Elektrizitätsversorgung des Landes zu organisieren und dafür zu sorgen, daß nicht ein Teil der Steiermark durch Zusammenbruch des Leitungsnetzes ohne Strom ist. Ganz bedeutsame Aufgaben sind durch die weitgehende Anwendung von ERP-Mitteln erwachsen. Der Strombedarf großer Betriebe in Obersteiermark ist in kurzer Zeit so gestiegen, daß die derzeitigen Einrichtungen der Steweag nicht genügen. In der Voraussicht dieses Umstandes habe ich mich bewogen gefühlt zu sagen, wir müssen der Steweag helfen. Ich habe mich auf den Standpunkt gestellt, am besten in Form eines Darlehens. Erstens trägt ein Darlehen dem Lande Zinsen, die die Steweag bei jedem anderen privaten Geldgeber auch zu entrichten hätte. Zweitens kann man, wenn es der Steweag besser geht, den Kredit wieder einziehen. Es wäre vielleicht glücklicher, wenn sich das Land bereit fände, das Aktienkapital zu erhöhen, das heißt, die Steweag neue Aktien in den Verkehr bringen könnte, die vom Lande Steiermark übernommen werden. Das würde aber bedeuten, daß wir Mittel, die uns zur Verfügung stehen, für geraume Zeit ohne jede Möglichkeit, sie zurückzuziehen, ohne Erhalt von Zinsen hingeben müßten.

Vom Standpunkte des Finanzreferates aus ist diese Form nicht geeignet, weil von falschen Voraussetzungen ausgegangen wird. Es kann nicht angenommen werden, daß die Steweag Aktien, die das Land erhalten hat, zum ehemaligen Nominalwerte bewertet. Das ist eine vollkommen offene Frage. Kein Mensch weiß, wie die Aktien zu bewerten sein werden, hierüber entscheidet das Gesetz. Wir wissen, daß die Aktien dem wirklichen Zeitwert am Tage der Verstaatlichung keineswegs entsprechen, daß das Vermögen ein weitaus höheres ist, das die Aktien repräsentieren, als das Nominale der Aktien beträgt. Es ist ein Fehlschluß, zu glauben, wenn wir 15 Millionen zeichnen, das wir eine Aktienmehrheit erreicht haben. Das halte ich für verfehlt. Das ist einer der Hauptgründe, weshalb ich der Meinung bin, daß bei dieser völlig undurchsichtigen Lage die Erhöhung des Aktienkapitales ein schlechter und nicht geeigneter Weg wäre. Aus diesem Grunde bedaure ich, daß es nicht möglich war, die 8.000.000 S der Steweag als Darlehen zur Verfügung zu stellen und ich befürchte nur, daß im Laufe des Jahres 1951, ob wir wollen oder nicht, uns dieser Gegenstand noch beschäftigen wird. Damit habe ich das gesagt, was mir notwendig erschien, zu den Ausführungen des Herrn Landesrates Illig zu sagen und ich will die weitere Zeit des Landtages nicht in Anspruch nehmen. (Zwischenruf Dr. Illig: „Ihre Fraktion hat mitgestimmt bei Verteilung dieses Brockens“). Da Sie es als Verdienst Ihres Klubs hinzustellen beliebten, mußte ich auf Ihre Darstellung antworten. Ich möchte aber feststellen, daß der Klub der SPÖ auch einen entsprechenden Anteil von diesen Millionen für seine Anträge in Anspruch nimmt. (Beifall bei SPÖ.)

Abg. Kaan: Hohes Haus! Befürchten Sie nicht, daß ich in dieser vorgerückten Stunde beabsichtigen werde, das Problem „Stewegdarlehen“ zu lösen. Ich will nur eine Richtigstellung vornehmen. Es wurden dem Finanzreferenten bei Behandlung dieses Projektes der 8.000.000-S-Anleihe nur entgegengehalten, daß die Betriebsmittelreserve zur Gänze herangezogen werden muß, um das außerordentliche Budget zu decken. Nach seinen Darstellungen werden also im Laufe des Jahres 1951 Betriebsmittelreserven nicht vorhanden sein. Wenn das Darlehen von 8.000.000 S gegeben werden soll, so muß es also aus laufenden Einnahmen gegeben werden. Das ist niemals die Aufgabe einer öffentlichen Körperschaft, Steuern einzuziehen, um sie dann als Darlehen wieder auszugeben. (Landesrat Horvatek: „Aber für eigene Zwecke, bedenken Sie doch, für eigene Zwecke!“) Im Darlehenswege, aber niemals im Wege der Steuereinzahlung. Es wurde uns gesagt, daß die Steweag das Geld benötige zur Deckung größerer Investitionen. Weder eine Privatwirtschaft, noch weniger eine öffentliche Körperschaft und noch weniger die öffentliche Hand kann Investitionen aus den laufenden Einnahmen machen. Es wurde uns weiter gesagt, daß die STEWEAG dieses Geld deshalb braucht, weil sie in den ersten Jahren der Übernahme in die öffentliche Verwaltung Wechselkredite bei den Banken aufgenommen hat und diese nun gedeckt werden

müssen, weil die Banken drängen. Dem wäre entgegenzuhalten, daß das Land Steiermark 30 bis 40 Millionen Betriebsmittel bei den Banken liegen hat und es doch für das Land ein Leichtes wäre, die Banken zu veranlassen, mit diesem Drängen gegenüber der STEWEAG zurückzuhalten, denn das wäre schließlich im Endeffekt das Gleiche, als wenn das Land das Geld aus der einen Tasche nimmt und über die STEWEAG wieder in die andere Tasche der Bank hineinlegt. Dazwischen würde nur ein Zinsenverdienst der Bank liegen. Es wurde noch eine andere Information gegeben. Ich weiß nicht, ob diese Sache heute bei der STEWEAG zur Sprache gekommen ist. Die STEWEAG — so hat es geheißen — könnte ja die notwendigen Investitionen auch aus ihren laufenden Betriebseingängen machen, dann wären aber diese Investitionen aus dem Gewinne gemacht und dann müßte der Gewinn besteuert werden, wenn sie es aber im Wege des Darlehens macht, dann fällt diese Besteuerung weg. Das mag sein wie es will, das Problem wird hier jedenfalls nicht gelöst werden. Die Streichung ist erfolgt auf Grund dieser Argumentation, die ich als erstes und zweites jetzt angeführt habe. Ich bin ganz Ihrer Meinung, daß die Sache aber den Landtag und die Landesregierung noch beschäftigen wird. Denn ich weiß, daß die STEWEAG der Auffassung ist, daß der Nichterhalt dieser 8.000.000 S — wobei ich bemerke, daß es nicht 8.000.000 S sind, sondern daß im laufenden Jahre schon 3.000.000 S gegeben worden sind, so daß es ungefähr 11.000.000 S sind — zum Nachteile der Versorgung der österreichischen Schwerindustrie in der Obersteiermark sei. Unter diesen Industrien befinden sich solche, die in Geld schwimmen und es wird dem Einflusse des Landes sicher möglich sein, diese Industrien zu bewegen, Mittel zur Verfügung zu stellen, damit ihre Versorgung mit Strom gesichert wird. Man sieht, es sind also noch eine Reihe anderer Auswege möglich.

Nun zum zweiten Punkt. Hiezu darf ich als objektiver Zuhörer folgendes in Erinnerung rufen. Landesrat Dr. Illig ist ausgegangen davon, daß von dem von uns zu verteilenden Kuchen nur 1,6% landeseigene Einkünfte sind, während 98,4% Zuweisungen des Bundes sind. Davon ist er ausgegangen. Er hat keinerlei prozentuelle Ziffern genannt oder gesagt, wie es wünschenswert wäre. Man konnte aus seinen Ausführungen vielleicht heraushören, daß es ihm lieber wäre, wenn das Verhältnis vielleicht 50:50 wäre, aber nicht 1:99. Er hat in keiner Weise an die früheren Zeiten erinnert, die gar keine geeignete Vergleichsbasis ergeben. Die Zahlen aus 1914 die Sie (zu Herrn Landesrat Horvatek gewendet) früher verlesen haben, haben nur gezeigt, daß damals die Ausgaben ganz andere waren als die heutigen. Sie haben im wesentlichen nur vom Pflichtschullehreraufwand gesprochen. Es sind ja gewiß heute Aufgaben dazu gekommen, die damals nicht bestanden haben. Wenn wir schon von diesem Punkte sprechen, so gestatten Sie, daß ich Ihnen vier Argumente entgegenhalte, die gegen den jetzigen Zustand sprechen. Vor allem, daß in dieser Hinsicht die Bundesverfassung und die Bundesfinanzverfassung in einem diametralen Gegensatz stehen. Es ist niemals gut, wenn zwei so wichtige

Verfassungsgesetze nicht übereinstimmen, weil dadurch eine Disharmonie entsteht, die sich praktisch in jeder Einzelheit des politischen Lebens immer wieder ungut auswirkt. Es hat der Herr Präsident Stockbauer diesem Argument entgegengehalten, daß gerade in der heutigen Zeit die innere Festigkeit das primäre Erfordernis sei und durch die zentralistische Organisation der Finanzverwaltung diese innere Festigkeit gefördert werde. Dem kann ich entgegenhalten, daß in unserer westlichen Nachbarschaft ein Land ist, an dessen innerer Festigkeit kein Mensch zu zweifeln wagen wird, der in irgendeiner Form in der Geschichte zurückblickt: die Schweiz. Die Schweiz hat auch eine Bundesverfassung und wenn ich mich richtig aus der Schulzeit erinnere, so ist diese weit davon entfernt, eine zentralistische Finanzverfassung zu haben wie wir. Der Kantönligeist ist sprichwörtlich geworden und trotzdem hält dieses Konglomerat eisern durch Jahrhunderte hindurch. Als zweites darf ich entgegenhalten: Sie, die Sie den berechtigten Ruf haben, ein guter Hauswirtschafter zu sein, wissen doch auch, daß es ein Nachteil für eine Familie ist, wenn alle nur nachzudenken haben, wie das Geld auszugeben ist und nur ein Kopf ans Herbeischaffen denken muß. So wie bei uns. Wir haben nur auszu-denken, wie geben wir das Geld aus, aber nicht, wie kommt es herein. Das mag momentan zwar angenehm sein, aber es hat zwei böse Krankheitskeime in sich. Der eine ist der pädagogische Keim. Wir werden dadurch erzogen, nur ans Ausgeben zu denken. Und der zweite ist der gefährlichere Keim, daß wir nämlich nicht Herr dieser Einnahmen sind, daß wir also bei einem Absinken mit allen bösen Folgen zu rechnen haben. Dazu kommt noch, daß es uns unmöglich ist, dann, wenn wir z. B. auf Betriebsüberschüsse hinweisen können, die ja an sich sehr angenehm sind — denn auch mir wäre es angenehm, wenn ich 30 oder 40 Millionen erspart hätte — daraus die selbstverständliche Folgerung ziehen zu können und zu sagen, die Steuereinnahmen haben das Kalkül überzogen und daher war der Steuersatz zu hoch. (Landesrat Horvatek: „Das ist Sache des Nationalrates!“) Wir können an die selbstverständliche Folge der Steuersenkung nicht denken. Wir können auch nicht sparen, wir dürfen nicht sparen. Wenn ich richtig im Bilde bin, haben die Mitglieder der Regierung vorgestern eine Nachsitzung abhalten müssen, weil sie sich beeilen mußten, alles, was an Geld noch da war, in diesem Jahre noch auszugeben. (Landesrat Horvatek: „Vollkommen falsch!“) Es ist ja selbstverständlich, wenn Ihnen heute jemand einen Haufen Geld hinlegt, so wäre es ein Unsinn, ihn nicht auszugeben. Da Sie ein sehr guter Wirtschaftler sind, der sehr vorsichtig und pessimistisch ist gegenüber dem Optimismus des Herrn Landesrates Dr. Illig, ist es für mich eine besondere Beruhigung, zu wissen, daß die Finanzverwaltung in ihren sorgfältigen und pessimistischen Händen liegt. Aber Sie müssen zugeben, es stimmt da etwas nicht. Denn wenn Sie die 30 Millionen, die Sie sich erspart haben, ein Jahr früher ausgegeben hätten, so hätten Sie damit 50% mehr bauen können. (Rufe: „Sehr richtig!“) Und wenn ich noch einmal auf das Beispiel mit der

Familie zurückkommen darf: Wenn die innere Festigkeit im Augenblick auch gefördert und gestärkt wird dadurch, daß wir augenblicklich vom Bunde sehr gut dotiert sind, so fragen wir uns doch, wie es einmal sein wird, wenn die Zuwendungen des Bundes schwächer werden, wir aber bereits gewohnt sind, das Budget mindestens so hoch zu halten, wie im vergangenen Jahr. (Landesrat Dr. Illig: „Dann kommen die bösen Zeiten!“) Dann wird dieser enge Familienzusammenhalt in jenem Punkte schwach werden, der der gefährlichste Punkt ist. Und so sehen wir also in diesem jetzigen System eine Gefahr und darum heißen wir es nicht gut, wenn es auch augenblicklich angenehm und bequem ist. (Beifall und Bravorufe bei ÖVP.)

**Präsident:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. **Sebastian:** Ich verzichte.

**Präsident:** Ich ersuche die Abgeordneten, welche für den Antrag des Berichterstatters sind, zum Zeichen ihrer Zustimmung eine Hand zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zum außerordentlichen Landesvoranschlag.

Berichterstatter ist Abg. Sebastian, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. **Sebastian:** Hohes Haus! Im Namen des Finanzausschusses, welcher sich eingehend mit dem außerordentlichen Voranschlag befaßt hat, habe ich zu unterbreiten, daß der außerordentliche Voranschlag auf der

Einnahmenseite . . . . .	10,002.600 S
auf der Ausgangsseite . . . . .	55,132.400 S

vorsieht, also mit einem unbedeckten	
Abgang von . . . . .	45,129.800 S

abschließt. Namens des Finanzausschusses bitte ich Sie um Ihre Zustimmung.

Landesrat **Horvatek:** Hoher Landtag! Ich will kurz folgendes sagen: Von den Vorhaben im außerordentlichen Voranschlag können als bedeckt bezeichnet werden:

Amtsgebäude Bezirkshauptmannschaft Radkersburg,

Amtsgebäude Bezirkshauptmannschaft Feldbach,

Amtsgebäude Graz,

Fortbildungsheim St. Martin,

Zentral-Röntgeninstitut in Graz-Ost,

Personalhaus Landeskrankenhaus Bruck,

Erweiterung des septischen Operationssaales Landeskrankenhaus Hartberg,

Aufstockung einer gemauerten Baracke Landeskrankenhaus Rottenmann,

Neubau eines Personalwohnhauses Voitsberg,

Neubau und Einrichtung Landes-Obst- und Weinbauschule Silberberg,

Neubau eines Nebengebäudes Landesackerbauschule Grottendorf-Hardt,

Neubau eines Internatsgebäudes samt Speisesaal  
Landwirtschaftsschule Grabnerhof,

Neubauten Landwirtschaftsschule Kirchberg am  
Walde.

Diese Vorhaben werden ihre Bedeckung finden  
durch die vielgeschmähte Betriebsmittelreserve.

Die Steiermärkische Landesregierung, und zwar  
sämtliche Regierungsmitglieder, sind von dieser  
unterrichtet, da sie über Beschluß der Landesregie-  
rung gebildet wurde. Ich hätte sie nicht verwenden  
können ohne Beschlüsse der Landesregierung. Es  
ist deren Aufgabe, die bezüglichen Anträge zu  
stellen und das Notwendige zu verfügen.

Was nun die weiteren Bauvorhaben im außer-  
ordentlichen Voranschlag anbelangt, so sind es  
folgende:

Landeskrankenhaus Graz, Errichtung einer Fernheizleitung . . . . .	750.000 S
Ausbau und Instandsetzung der Zahn- klinik . . . . .	500.000 S
Errichtung einer Wasserbettenstation . . . . .	570.000 S
Errichtung eines Zentralbades in den Heilstätten Hörgas-Enzenbach . . . . .	502.000 S
Neubau von Landesstraßen . . . . .	4.400.000 S
Zuführung an einen Fremdenverkehrs- investitionsfonds . . . . .	1.500.000 S
Beteiligung an der Schöckelseilbahn . . . . .	55.400 S
Handwerksbetriebe, Grundankauf Werkstättengebäude . . . . .	400.000 S
Draukraftwerke, Erhöhung des Ak- tienkapitals . . . . .	4.000.000 S
Ankauf von Liegenschaften . . . . .	500.000 S
Miethäuser Leoben . . . . .	60.000 S
insgesamt . . . . .	13.237.400 S

wo der ausdrückliche Wunsch besteht, daß sie im  
Jahre 1951 alle zum Tragen kommen. Nach der  
derzeitigen Übersicht stehen uns zur Bedeckung zur  
Verfügung 7.000.000 S, und zwar nachdem der kli-  
nische Beitrag erst im Jahre 1951 einlaufen wird,  
3.000.000 S, dann der Überschuß von 2.000.000 S für  
1950 und es ist möglich und nicht ausgeschlossen,  
daß wir eine Nachzahlung aus der Abrechnung für  
1950 etwa in der Höhe von 2.000.000 S bekommen  
werden, das wären 7.000.000 S. Wir müssen hoffen,  
daß der Optimismus Dr. Illigs über meinen geringen  
siegen wird und doch etwas mehr Einnahmen er-  
zielt werden, um diese 13.000.000 S zu bedecken,  
von denen 7.000.000 S bedeckt sind.

Was nun weitere Vorhaben anbetrifft, so haben  
wir noch die Krankenpflegerinnenschule mit  
2.200.000 S, das Krankenhaus Wagna mit 2.000.000 S,  
Neubau von Landesstraßen mit 2.600.000 S und der  
Beitrag des Landes zur Errichtung von Versteige-  
rungshallen von 800.000 S. Ob hiefür eine Be-  
deckung wird gefunden werden können, wissen wir  
noch nicht, es wird Aufgabe der Landesregierung  
sein, falls sich im Laufe des Jahres Bedeckungs-  
möglichkeiten ergeben sollten, selbst die ent-  
sprechende Rangordnung festzustellen, so daß zu-  
erst die Vorhaben zur Ausführung gelangen, die die  
vordringlichsten sind und jene, deren Verschiebung  
möglich ist, erst später zur Durchführung gelangen.

Abg. **Stöffler:** Hoher Landtag! Die Gestaltung  
des außerordentlichen Haushaltes für 1951 war weit-  
gehend dadurch bereits bestimmt, daß eine Anzahl  
von Bauvorhaben, die im Jahre 1950 begonnen  
wurden, 1951 weitergeführt und zur Vollendung ge-  
langen werden. Der Finanzausschuß war daher in  
seinen Beschlüssen über die Verwendung der für  
den außerordentlichen Haushalt zur Verfügung  
stehenden Mittel weitgehend eingeengt. Der Groß-  
teil dieser Mittel fließt also, wie schon erwähnt,  
solchen Bauvorhaben zu, die wir früher begonnen  
haben.

Wenn man aber diese Bauvorhaben und ihre  
Entwicklung näher ansieht, so stellt sich heraus,  
daß sie die Eigenschaft haben, sich wie ein Hefe-  
teig zu vergrößern. Sicher sind seit dem Zeitpunkte,  
an dem diese Bauvorhaben beschlossen wurden, die  
Bauführungskosten gestiegen. Dies scheint mir aber  
nicht die alleinige Ursache der Ausweitung ihrer  
Kosten zu sein, sondern vielmehr der Umstand, daß  
sich während der Planung und Ausführung immer  
wieder Zubauten und Einrichtungen als dringend  
notwendig ergeben, damit aber auch Ausgaben ent-  
stehen, deren schließliche Höhe man sich bei der  
Beschlüßfassung sehr reichlich überlegt hätte.

Da der überwiegende Teil dieser Bauvorhaben  
aber im Jahre 1951 auslaufen wird, werden wir bei  
der Gestaltung des außerordentlichen Haushaltes  
für das Jahr 1952 in unseren Beschlüssen nicht mehr  
so gedrosselt sein wie heuer. Wir müssen dann  
dazu kommen, dem außerordentlichen Haushalt jene  
Linie zu geben, die in den verfassungsmäßigen Auf-  
gaben des Landes begründet ist. Diese Linie ist ge-  
kennzeichnet durch Förderung der Straßenbau-  
tätigkeit, Förderung der Landwirtschaft und För-  
derung des Fremdenverkehrs.

Wir müssen das Land Steiermark, das im Rahmen  
der Bundesrepublik Österreich geographisch un-  
günstig liegt, in der Reihe der Bundesländer weiter  
in den Vordergrund bringen und dies geschieht am  
besten durch einen sinnvollen und großzügigen Aus-  
bau unseres Straßennetzes. Vorerst werden jene  
Hauptverkehrsadern zu errichten sein, welche die  
von der Bahn und den Bundesstraßen abseits ge-  
legenen Gebiete verkehrstechnisch erschließen und  
in weiterer Folge wird durch Querverbindungen  
auch für die dazwischenliegenden Gebiete aus-  
reichende Verkehrsmöglichkeit zu schaffen sein.  
Der Absatz unserer gewerblichen und industrieellen  
Produkte ist durch den Verkehr kaum mehr ge-  
hemmt, wohl aber ergeben sich durch unsere un-  
zureichenden Straßenverhältnisse Behinderungen  
im Absatz unserer landwirtschaftlichen Produkte,  
vor allem jener Produkte, die man nicht über Stock  
und Stein befördern kann, weil sie sonst Schaden  
leiden. Die Anforderungen an die Qualität von Ge-  
müse und vor allem Obst werden immer größer, die  
Konkurrenz wird immer schärfer. Diese Produkte  
bilden aber eine große Einnahmsquelle unserer  
Bauernschaft, vor allem südlich von Graz.

Dem Straßenbau kommt aber auch hinsichtlich  
des Fremdenverkehrs größte Bedeutung zu. Wir  
haben eine Reihe von Gebieten, die mindestens so  
schön sind, als jene, die wir in Prospekten anderer  
Bundesländer abgebildet finden und trotzdem haben

wir in diesen Gebieten, die genügend Schönheit aufweisen, um von Fremden besucht zu werden, so gut wie keinen Fremdenverkehr, weil eben dort hin keine anständige Straße führt. Der Wintersport, der in steigendem Maße ein wichtiger Faktor des Fremdenverkehrs wird, leidet in Steiermark vielfach darunter, daß in schöne Wintersportgebiete fast unpassierbare Straßen führen. Wir erleben es immer häufiger, daß der Wiener und Niederösterreicher an Steiermark vorbei nach dem Westen fährt, um dort seinen Winterurlaub zu verbringen und dabei hätten wir mindestens schönes Wintersportgelände zu bieten. Welche Auswirkungen ein guter Fremdenverkehr hat, zeigt am besten die relativ hohe Zahl der z. B. in Salzburg und Tirol am Fremdenverkehre verdienenden Arbeiter, oder wenn wir die Häuser der dort ansässigen Bauern mit den Häusern unserer Bauern vergleichen. Dort sind die Häuser nicht aus dem Ertrag der Landwirtschaft so schmuck ausgestaltet worden, sondern weitgehend aus dem Ertrag des Fremdenverkehrs. Wir werden daher dieser Frage wesentlich mehr Augenmerk zuzuwenden haben, als es bisher geschehen konnte. Auch wenn wir dabei vielleicht mehr Geld ausgeben müssen, als es andere Länder tun, so wird dies keine Vergleichsbasis sein, denn man darf nicht vergessen, daß wir auf diesem Gebiet eben viel nachzuholen haben. Wenn wir daher in Zukunft im außerordentlichen Haushalt für die Fremdenverkehrsförderung größere Beträge einsetzen werden müssen, liegt dies nach dem bisher Gesagten auf der Hand.

Schließlich, aber durchaus nicht zuletzt, wird auch der Förderung der Landwirtschaft ein besonders großes Augenmerk gezollt werden müssen. Wir werden den Bauern dabei helfen müssen, daß sie in wirtschaftlich ungünstigen Gebieten nicht ihre Höfe verlassen müssen, wir werden uns weitgehend bemühen müssen, ihnen zu helfen, möglichst viel Brot für die Bevölkerung herzustellen und gepaart mit einer in Zukunft hoffentlich glücklicheren Preispolitik für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse werden wir durch den Ausbau der Förderung der Landwirtschaft im Rahmen des Landes eine dankenswerte Aufgabe erfüllen. (Beifall und Bravorufe.)

**Präsident:** Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

**Berichterstatter:** Ich wiederhole den schon eingangs gestellten Antrag, das Hohe Haus möge den vom Finanzausschusse vorgeschlagenen Ansätzen seine Zustimmung erteilen.

**Präsident:** Sie haben den Antrag des Berichterstatters gehört, ich schreite zur Abstimmung. Wer dem Antrage seine Zustimmung erteilt, den bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschiebt.) Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen nun zum

### Dienstpostenplan.

Ich erteile dem Berichterstatter Abg. Dr. Allitsch das Wort.

Abg. Dr. Allitsch: Hohes Haus! Der als Beilage zum Landesvoranschlag dem Hohen Hause vor-

liegende Dienstpostenplan für das Jahr 1951 umfaßt, gegliedert nach Gruppen 0 bis 8, die allgemeine Verwaltung mit der Gruppe 0, die Landesanstalten, Schulen und Betriebe mit den Gruppen 2 bis 8, ausgenommen die Unterabschnitte 454, 521/22, 524, 525 und die Landeskranken-, Heil- und Pflegeanstalten sowie die Fürsorgeheime, das ist die Gruppe 4 mit dem Unterabschnitt 454 und die Gruppe 5 mit den Unterabschnitten 521/22, 524 und 525.

Der Dienstpostenplan 1951 weist für Bundes- und Landesbedienstete zusammen insgesamt 9.146 Dienstposten aus, gegenüber 9428 Dienstposten im Jahre 1950, demnach um 282 Dienstposten weniger.

Hievon entfallen auf die allgemeine Verwaltung mit der Gruppe 0 2520 Dienstposten. Der Dienstpostenplan wies in diesem Abschnitt 2645 Dienstposten aus, so daß sich nunmehr eine Verminderung um 125 Dienstposten ergibt.

Das Jahres-Personalerfordernis beträgt für die Allgemeine Verwaltung 38,949.400 S.

Für die Landesanstalten, Schulen und Betriebe, wobei jedoch die Landeskranken-, Heil- und Pflegeanstalten sowie Fürsorgeheime nicht mit inbegriffen sind, sind insgesamt 3041 Dienstposten vorgesehen, gegenüber 3256 Dienstposten im Jahre 1950, so daß sich hier eine Verminderung um insgesamt 215 Dienstposten ergibt. 13 Dienstposten sind als künftig wegfallend bezeichnet.

Faßt man die Dienstposten der Allgemeinen Verwaltung und dieses Abschnittes zusammen, so ergeben sich für das Jahr 1951 5561 gegenüber 5901 Dienstposten im Jahre 1950. Es ist demnach eine Verminderung um 340 Dienstposten festzustellen. Ich habe diese beiden Gruppen für den Vergleich der Jahre 1951 und 1950 aus dem Grunde zusammengenummen, weil der Vergleich des gesamten Dienstpostenplanes 1951 mit dem von 1950 insofern kein richtiges Bild ergibt, als durch den fortschreitenden Ausbau der Landeskranken-, Heil- und Pflegeanstalten bei dem Abschnitt, in dem diese behandelt werden, eine Dienstpostenvermehrung durchgeführt werden mußte, die sich eben aus der mit dem Ausbau zusammenhängenden Bettenvermehrung ergibt.

Das Personalerfordernis für die Landesanstalten, Schulen und Betriebe, wie diese im 2. Abschnitte des Dienstpostenplanes dargestellt sind, beträgt 38,891.500 S für aktive Bedienstete.

Für die Landeskranken-, Heil- und Pflegeanstalten sowie Fürsorgeheime sind für das Jahr 1951 3585 Dienstposten gegenüber 3527 Dienstposten im Jahre 1950 vorgesehen, so daß sich hier eine Vermehrung um 58 Dienstposten ergibt. Es sind allerdings auch in diesem Abschnitt 25 Dienstposten als künftig wegfallend bezeichnet. Hievon entfallen auf das Landeskrankenhaus Graz 15, die übrigen verteilen sich auf andere Sanitätsanstalten.

Das Personalerfordernis für die Landeskranken-, Heil- und Pflegeanstalten sowie Fürsorgeheime beträgt 40,233.200 S für die aktiven Bediensteten.

Das gesamte Personalerfordernis für die aktiven Bediensteten beträgt 108,074.100 S. Hievon entfallen auf die Funktionäre der Landesregierung 390.400 S, auf Beamte 42,964.900 S, auf Vertrags-

bedienstete des Entlohnungsschemas I 24,193.000 S, auf Lohnbedienstete 26,469.500 S.

Der veranschlagte Aufwand für Ruhe- und Versorgungsgenüsse beträgt 15,054.300 S. Es gibt derzeit 920 Pensionisten und 498 Hinterbliebene nach Landes- und Bundesbeamten, die Versorgungsgenüsse vom Lande erhalten. Hiezu kommen noch 181 Empfänger von außerordentlichen Versorgungsgenüssen.

Der gesamte Personalaufwand für die aktiven Bediensteten und für die Ruhe- und Versorgungsgenüßempfänger beträgt 123,128.300 S. Hievon entfallen auf die Bezüge der aktiven Bediensteten 87,77 Prozent, auf Ruhe- und Versorgungsgenüßempfänger 12,23 Prozent.

Die verschiedenen Redner der hier im Hause vertretenen Parteien haben den Bediensteten des Landes, die im nunmehr abgelaufenen Jahre voll und ganz ihre Pflicht erfüllt haben, den Dank zum Ausdrucke gebracht.

Ich glaube, es ist aber auch Pflicht des Hohen Hauses, dafür einzutreten, daß die Bezahlung unserer Bediensteten ihrer Leistung und ihrer Verantwortung entsprechend geregelt wird. Schon anlässlich der Beratungen für den Landesvoranschlag 1950 hatte ich Gelegenheit, Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, einen Überblick zu geben, mit welchen oft unzureichenden Bezügen der größte Teil der Landesbediensteten sein Auslangen finden muß. Gegenüber dem damaligen Zustande hat sich bedauerlicherweise trotz der fortschreitenden Teuerung nichts geändert, so daß die Lage der öffentlichen Bediensteten noch schlechter geworden ist.

Die Beratungen des Finanzausschusses haben sich — wie ich erwähnen dürfte — mit dem Dienstpostenplan eingehend befaßt und ist derselbe im Rahmen des Finanzausschusses einstimmig angenommen worden. Ich darf daher namens des Ausschusses den Antrag stellen, dem Dienstpostenplan auch von Seiten des Hohen Hauses die Zustimmung zu geben. (Bravorufe und Händeklatschen.)

**Präsident:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bringe den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung und bitte die Abgeordneten, die dem Antrage zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschicht.) Ich stelle fest, der Antrag ist angenommen.

Der Hauptberichterstatter hat das Schlußwort.

Hauptberichterstatter **Abg. Dr. Speck:** Hohes Haus! Es sind im Finanzausschuß eine Anzahl von Beschlüßanträgen eingebracht worden, die dem Hohen Haus in der Beilage 42 vorgelegt worden sind. Sie befinden sich auf Seite 25 bis 27. Es sind dies folgende Beschlüßanträge:

Zur Gruppe 0 sind drei Beschlüßanträge eingebracht worden, und zwar 1., 2., und 3. Ich würde bitten, auf die Verlesung zu verzichten.

**Präsident:** Wird die Verlesung gewünscht? Wenn nicht, bitte ich eine Hand zu erheben. (Geschicht.) Es wird auf die Verlesung verzichtet.

**Abg. Dr. Speck:** Ich bitte um Annahme der drei Beschlüßanträge zur Gruppe 0.

**Präsident:** Ich bitte die Abgeordneten, die dem Antrage des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, eine Hand zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist angenommen.

**Abg. Dr. Speck:** Zu 319,71: „Der bewilligte Mehrbetrag von 10.000 S dient zur Förderung des Buches von Dr. Kohlbach ‚Die gotischen Kirchen von Graz‘. Ich bitte, auch diesem Antrage die Zustimmung zu geben.“

**Präsident:** Ich bitte die Abgeordneten, die dem Antrage des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, eine Hand zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist angenommen.

**Abg. Dr. Speck:** „Die Landesregierung wird ersucht, beim Bundesministerium für Finanzen dahin vorstellig zu werden, daß der Bund dem Lande Steiermark für seinen Aufwand in der Flüchtlingsfürsorge entsprechende Erstattungen gewährt, weil es sich hier um Leistungen handelt, die verfassungsmäßig nicht in den Aufgabenbereich eines einzelnen Bundeslandes fallen.“

Ich würde den Herrn Präsidenten bitten, daß am Schluß erst über den Antrag zu 469,70 entschieden wird und jemand anderer dann das Referat über diesen Punkt übernimmt.

Ich bitte um Annahme des Beschlüßantrages zu 4.

**Präsident:** Wer diesem Antrage des Berichterstatters zustimmt, den bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist angenommen.

**Abg. Dr. Speck:** Zu Punkt 5: entfällt.

Zu Punkt 6: „Die Landesregierung wird aufgefordert, Vorschriften einzuführen, durch welche die Benützung der Landesstraßen durch Lastkraftfahrzeuge an bestimmte Höchstbelastungen für das einzelne Fahrzeug gebunden wird. Ferner wird die Landesregierung aufgefordert, dafür zu sorgen, daß die Kontrolle hinsichtlich rechtzeitiger Abnahme der Schneeketten strenge gehandhabt wird.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

**Präsident:** Ich bitte die Abgeordneten, die dem Antrage des Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist angenommen.

**Abg. Dr. Speck:** Zu 661,53: „Der vom Landtag bewilligte Mehrbetrag von 725.000 S ist für folgende Straßenzüge zu verwenden:

Graz—Kirchbach . . . . .	500.000 S,
Murau—Neumarkt . . . . .	100.000 S,
Leutschach—Langegg . . . . .	25.000 S,
Krieglach—Alpl . . . . .	100.000 S.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

**Präsident:** Ich bitte die Abgeordneten, die dem Antrage des Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist angenommen.

**Abg. Dr. Speck:** Zu 662,53: Es liegen dazu zwei Beschlüßanträge vor. Ich würde bitten, auf die Verlesung zu verzichten.

**Präsident:** Wird die Verlesung gewünscht? Wenn dies nicht der Fall ist, dann bitte ich eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Es wird auf die Verlesung verzichtet.

Ich bitte die Abgeordneten, die dem Beschlußantrage zu 662,53 ihre Zustimmung geben, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

**Abg. Dr. Speck:** Zu 663,53: „Der bewilligte Mehrbetrag ist für den Straßenzug Fürstenfeld—Loipersdorf zu verwenden.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

**Präsident:** Ich bitte die Abgeordneten, die dem Antrage des Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

**Abg. Dr. Speck:** Zu 68,76: „In der Widmungsbezeichnung haben die Worte „und Darlehen“ zu entfallen. Der Betrag der Erhöhung von 30.000 S ist als Beitrag zur Quellenfassung in der Gemeinde Wenigzell zu verwenden.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

**Präsident:** Ich bitte die Abgeordneten, die dem Antrage des Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

**Abg. Dr. Speck:** Zu 68,77: „Der Erhöhungsbetrag von 470.000 S ist für folgende Kanalisationsanlagen zu verwenden:

Graz—Wetzelsdorf (Polizeisiedlung) 390.000 S, Fürstenfeld 80.000 S.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

**Präsident:** Ich bitte die Abgeordneten, die dem Antrage des Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

**Abg. Dr. Speck:** Zu 779,707: „Der veranschlagte Mehrbetrag von 10.000 S ist zur Förderung des Volksfestes im Juli 1951 in Bad-Aussee zu verwenden.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

**Präsident:** Ich bitte die Abgeordneten, die dem Antrage des Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

**Abg. Dr. Speck:** Zu 8604: „Die Landesregierung möge veranlassen, daß der Landwirtschaftsbetrieb in Hafendorf der „Molkerei Landforst“ beitrifft und die Anteile übernimmt, die nach dem Viehstand auf diesen Betrieb entfallen.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

**Präsident:** Ich bitte die Abgeordneten, die dem Antrage des Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

**Abg. Dr. Speck:** Zu 87: „Die Landesregierung wird ersucht, beim Bundesministerium für soziale

Verwaltung die beschleunigte Registrierung der pharmazeutischen Präparate im Interesse der inländischen Erzeugung zu erwirken.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

**Präsident:** Ich bitte die Abgeordneten, die dem Antrage des Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

**Abg. Dr. Speck:** Zum außerordentlichen Landesvoranschlag 3,1: „Die Bezeichnung ist auf „Beitrag zum Bau eines Künstlerhauses“ richtigzustellen.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

**Präsident:** Ich bitte die Abgeordneten, die dem Antrage des Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

**Präsident:** Es sind zwei Resolutionsanträge von den Parteien eingebracht worden, ordnungsgemäß unterstützt. Der erste Antrag lautet: „Der Steiermärkische Landtag stellt mit Bedauern fest, daß heute, fünf Jahre nach Beendigung des Krieges, noch immer Kriegsgefangene in Kriegsgefangenen- und anderen Lagern außerhalb Österreichs zurückgehalten werden. Er fordert die Bundesregierung auf, neuerlich alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um eine ehemöglichste Rückführung dieser festgehaltenen ehemaligen Soldaten zu erwirken. Es sollen neuerlich beim alliierten Rat für Österreich Vorstellungen erhoben und es soll auch neuerlich die UNO auf diese den Grundsätzen der Menschlichkeit widersprechende Tatsache hingewiesen und um Intervention ersucht werden.“

Die Steiermärkische Landesregierung wird eingeladen, diese Willensmeinung des Landtages unverzüglich der Bundesregierung bekanntzugeben.“

Ich frage den Berichterstatter, ob er den Antrag aufnimmt.

Hauptberichterstatter **Abg. Dr. Speck:** Ich nehme den Antrag auf.

**Präsident:** Der zweite Resolutionsantrag lautet:

„Der Steiermärkische Landtag gibt seiner Überzeugung Ausdruck, daß das längst fällige Nachziehverfahren für die Beamten und Angestellten, deren wirtschaftlicher Notstand von keiner Seite bestritten werden kann, so rasch als möglich durchgeführt werden soll. Er ladet die Steiermärkische Landesregierung ein, diese Willensmeinung unverzüglich an die Bundesregierung weiterzuleiten.“

Ich frage den Berichterstatter, ob er auch diesen Antrag aufnimmt.

Hauptberichterstatter **Abg. Dr. Speck:** Ich nehme diesen Antrag auf.

**Präsident:** Ich bringe beide Anträge zur Abstimmung. Ich bitte jene Abgeordneten, welche für den ersten Antrag sind, zum Zeichen ihrer Zustimmung eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Ich bringe den zweiten Antrag zur Abstimmung und ersuche jene Abgeordneten, die mit dem An-

trag einverstanden sind, zum Zeichen ihrer Zustimmung eine Hand zu erheben. (Geschickt.) Der Antrag ist angenommen.

Hohes Haus! Zu Post 469,70 bestimme ich als Berichterstatter den Antragsteller Abg. Ebner und ersuche ihn, die Berichterstattung durchzuführen.

Berichterstatter Abg. **Ebner:** Hohes Haus! Zu Post 469,70 wurde im Finanzausschuß ein Antrag für das Hohe Haus mit Stimmenmehrheit beschlossen. Der Antrag lautet:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, nach welchen die pflichtschulentlassene Jugend im Bundesstaate Österreich vor Ergreifung eines Berufes ein Dienstpflichtjahr in der Landwirtschaft zu leisten hat.“

Als Begründung darf ich folgendes kurz feststellen. Unter Punkt 469,70 finden wir einen Betrag von 500.000 S für Maßnahmen zur Bekämpfung der Verwahrlosung pflichtschulentlassener Jugendlicher. Es ist dies jedenfalls ein ansehnlicher Betrag, doch als Maßnahme unzureichend. Besonders schwerwiegend ist aber ein anderes Moment, das wir seit einigen Jahren feststellen müssen, und zwar, daß alljährlich nach Schulschluß tausende schulentlassener Jugendlicher weder einen Lehr- noch einen Arbeitsplatz erreichen können. So sind diese mehr oder weniger der Straße überantwortet und irren dort ohne Aufsicht herum. Dieses Herumtreiben bildet in der Folge die Ursache für viele Kriminalitätsfälle. Diese Kriminalität beansprucht die Polizei im höchsten Ausmaße, erfordert Kosten und im weiteren Sinne wird die Fürsorge beansprucht, weil diese jungen Menschen keine Lebensmöglichkeit haben. Andererseits ist der krasse Arbeitermangel in der Landwirtschaft maßgebend dafür, daß die Eigenversorgung mit Lebensmitteln ständig im Absinken ist und es müssen hiefür kostbare Devisen ins Ausland gehen, um die notwendigen Lebensmittel für die österreichische Bevölkerung hereinzubringen. Des weiteren ist es für die jungen Menschen sicher sehr vorteilhaft, wenn sie wissen, mit wieviel Schweißtropfen 1 Stück Brot, 1 Liter Milch erzeugt werden müssen. Es würde zur inneren Befriedigung der Bevölkerung und zum leichteren Verständnis wesentlich beitragen, wenn der Hohe Landtag diesem Antrage seine Zustimmung geben würde.

**Präsident:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor, ich bringe den Antrag des Berichterstatters zur Ab-

stimmung und ersuche die Abgeordneten, welche dem Antrage zustimmen, zum Zeichen ihrer Zustimmung eine Hand zu erheben. (Geschickt.) Der Antrag ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Wir kommen nun zur Einzelberatung über den Text des Gesetzes über den Landesvoranschlag und die Landesumlage 1951. Ich bitte den Herrn Hauptberichtersteller Dr. Speck das Wort zu ergreifen.

Hauptberichtersteller Abg. **Dr. Speck:** Zu Beilage Nr. 39 im gedruckten Entwurfe sind in Beilage Nr. 42 zu diesem Gesetz auf Seite 28 zusammengestellt die Abänderungsanträge, die auf Grund der Beschlüsse des Finanzausschusses dem Hohen Hause vorgelegt werden. Wenn nicht gewünscht wird, daß ich beides verlese, so könnte man vielleicht von einer Lesung Abstand nehmen.

**Präsident:** Ich frage, ob von der Verlesung Abstand genommen werden kann? (Nach einer Pause.) Ein Widerspruch ergibt sich nicht. Ich bitte jene Abgeordneten, die den gesamten Gesetzentwurf über den Landesvoranschlag in der Fassung, die sich aus der Kombination zwischen der gedruckten Vorlage mit den Abänderungen auf Seite 28 der Beilage 42 ergibt, ihre Zustimmung geben, eine Hand zu erheben. (Nach einer Pause.) Der Antrag ist angenommen.

Damit sind wir am Ende der Beratungen des Voranschlages angelangt. Ich darf zunächst dem Finanzreferenten, seinen Mitarbeitern und dem Finanzausschusse für die außerordentlich guten und zeitgerechten Arbeiten den besten Dank zum Ausdruck bringen. (Starker Beifall.) Ich glaube aber auch, dem Landtage danken zu müssen für die zügige Beratung, die heute entfaltet worden ist und für das große Verständnis, mit dem diese Beratungen innerhalb einer Zeit abgeführt worden sind, wie wir sie bis jetzt noch nicht erlebt haben. Ich sage allen Mitarbeitern nochmals meinen besten Dank dafür.

Ich verbinde meine Schlußworte mit den herzlichsten Weihnachtswünschen und mit den besten Wünschen auf ein gutes Neujahr, welche Wünsche ebenso an das Hohe Haus wie an die Beamten-schaft, die mit uns zusammenarbeitet, gerichtet sind. (Allgemein andauernder, sehr lebhafter Beifall.)

Die Sitzung ist geschlossen. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege bekanntgegeben werden.

Schluß der Sitzung 22. Dezember um 1 Uhr 10 Minuten.